BEGEGNUNG

DEUTSCHE SCHULISCHE ARBEIT IM AUSLAND

4-2016
37. Jahrgang

Wertevermittlung

FOKUS: WERTEVERMITTLUNG

Werteerziehung um jeden Preis?

Gastbeitrag: Was ist uns die Jugend wert?

Werte in Deutschland, Werte in Frankreich: Interview mit Werner Zettelmeier

INLAND

Das Abitur – was ist es wert?

LÄNDERDOSSIER

Niederlande:
Kleine Schule, weiter Horizont

ALUMNI VIP

Prof. Dr. Christian Thomsen, Präsident der TU Berlin

INLAND

Der 5. IHK-Auslandsschulwettbewerb

ISSN: 0940-3132

Schulen: Partner der Zukunft

1800 SCHULEN – 1 ADRESSE!

WWW.PASCH-NET.DE

DAS NETZWERK FÜR DEUTSCHLERNENDE*

Die Initiative „Schulen: Partner der Zukunft“ (PASCH) weltweit

- Interaktive Weltkarte und Porträts von PASCH-Schulen
- Informationen zu PASCH-Projekten weltweit
- Aktuelles aus der PASCH-Welt
- Blogs und Reportagen aus verschiedenen Weltregionen
- Schulpartnerbörse

Für Schülerinnen und Schüler

- Lesetexte auf verschiedenen Sprachniveaustufen
- Deutsch lernen in der Community
- PASCH-Global: die Online-Schülerzeitung
- Austauschprojekte und Wettbewerbe
- Tipps zum Studium in Deutschland

Für Lehrerinnen und Lehrer

- Materialien für den DaF-Unterricht
- Online-Fortbildungen
- Virtuelle Kurs- und Arbeitsräume auf der PASCH-Lernplattform
- Länderübergreifende Vernetzungsprojekte
- Austausch in der Community

JETZT MITMACHEN!

* Die Website der PASCH-Initiative vernetzt weltweit rund 1.800 Schulen, an denen Deutsch einen besonders hohen Stellenwert hat.

Auswärtiges Amt | In Zusammenarbeit mit: ZfA Deutsche Auslandsschularbeit International · Goethe Institut · DAAD · KMK Kultusministerkonferenz Pädagogischer Austauschdienst

- Präsentationsplattform
- Austauschprojekte
- Deutschlernangebote
- Kooperatives Lernen
- Unterrichtsmaterial

Wertevermittlung

Die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Flüchtlings- und Migrationshintergrund ist zurzeit eine der wichtigsten Aufgaben von Schule. Dabei geht es auch um eine soziale und kulturelle Integration. Toleranz, demokratische Bildung und interkulturelle Kompetenz betreffen jedoch die ganze Klassengemeinschaft, gerade im Angesicht terroristischer Bedrohungen in Europa. Ab S. 20 beschäftigen wir uns im Heftfokus mit Fragen und Antworten zur schulischen Vermittlung von Werten. Ein Plädoyer für eine freiheitliche Werteerziehung hält Dr. Helmut Meißner in seinem Gastbeitrag ab S. 26.

Über den hohen Wert von Bildung haben wir für unsere Serie Alumni VIP mit Prof. Dr. Christian Thomsen gesprochen. Für den Präsidenten der TU Berlin sind eine gegenseitige Akzeptanz und Toleranz – gerade angesichts der Flüchtlingskrise – Fundament des gemeinsamen Lernens. Lesen Sie mehr über den Alumnus Deutscher Schulen in Athen und Tokio in unserem Porträt ab S. 48.

Ab S. 10 beschäftigen wir uns mit dem Wert des Abiturs – zwischen Quantität und Qualität. Ihre Noten werden immer besser, aber mancher Hochschulprofessor beklagt die sinkende Studierfähigkeit junger Abiturienten. Ist das Abitur zur Mogelpackung geworden? Kritiker sprechen von einer „Noteninflation“ und bezweifeln die Vergleichbarkeit der Abiturergebnisse in den einzelnen Bundesländern. Bildungspolitiker dagegen verweisen auf verbesserte Fördermöglichkeiten für Schüler und freuen sich über ein steigendes Bildungsniveau der Bevölkerung.

Schnelle Einführung, schnelle Abschaffung: Nicht nur Kopfnoten und Studiengebühren zählen zu den bildungspolitischen Reformen mit fragwürdigem Ergebnis. Ab S. 54 beleuchten wir das Reformstreben von Bildungspolitikern im Spannungsfeld zwischen (wahl-)politischen und pädagogischen Beweggründen. Laut Schulentwicklungsforscher Dr. Ernst Rösner bieten gerade Bildungsthemen ein großes Versuchungspotenzial zur politischen Profilierung, wie er in seinem Gastbeitrag auf S. 57 erklärt.

In unserer neuen Serie „ZfA betritt Neuland“ beschäftigen wir uns ab diesem Heft regelmäßig mit dem wachsenden Netzwerk des Auslandsschulwesens. Der erste Beitrag führt in die Niederlande, wo 2017 acht Schulen zum ersten Mal Prüfungen zum Deutschen Sprachdiplom der Kultusministerkonferenz durchführen werden. Auch im Länderdossier ab S. 38 besuchen wir das deutsche Nachbarland und seine einzige Deutsche Auslandsschule inmitten des internationalen Umfeldes von Den Haag.

Viel Spaß beim Lesen der aktuellen BEGEGNUNG wünschen Ihnen

Boris Menrath

Stefany Krath

Abitur 10
Das Abiturzeugnis soll nicht nur zu einem Studium befähigen, sondern auch entscheidende Aussagekraft über die Kompetenzen eines Schülers haben. Dass die Zahl der Abiturienten und der Abschlüsse mit Bestnoten in den vergangenen Jahren kontinuierlich steigt, führt jedoch immer wieder zu Diskussionen über die Vergleichbarkeit und den Wert der Reifeprüfung.

5. IHK-Auslandsschulwettbewerb 18
„Schüler bauen weltweit Brücken" – das Motto des IHK-Auslandsschulwettbewerbs füllten die drei Siegerteams auch in diesem Jahr auf ganz unterschiedliche Weise mit Leben. Mit ihren sozialen, wirtschaftlichen oder technischen Projekten überwanden die Schüler nicht nur Ländergrenzen, sondern auch ihre eigenen.

Fokus: Wertevermittlung 20
Nach den Attentaten von Paris beschlossen die europäischen Bildungsminister, die Vermittlung gesellschaftlicher Werte zu intensivieren. Doch schon zuvor galt: Unabhängig von ihrer religiösen Zugehörigkeit sollen junge Europäer die Schule als verantwortungsbewusste und weltoffene Menschen verlassen, die für Werte wie den Rechtsstaat und die freie Meinungsäußerung eintreten.

Niederlande 38
Eine eng zusammenstehende Schulgemeinschaft mit einem weiten Horizont, so könnte man die Deutsche Internationale Schule Den Haag (DISDH) beschreiben. Im Vergleich zu anderen internationalen Schulen am niederländischen Parlaments- und Regierungssitz ist die Deutsche Auslandsschule klein. Aber familiäre Atmosphäre und Weltoffenheit müssen kein Widerspruch sein, wie die DISDH beweist.

ZfA betritt Neuland 41
Eine Deutsche Schule im Ausland gründen oder das Programm für das Deutsche Sprachdiplom neu etablieren – das Netzwerk des deutschen Auslandsschulwesens wächst in einigen Ländern wie beispielsweise in Vietnam, Spanien oder Turkmenistan. In der neuen Serie „ZfA betritt Neuland" stellen wir aktuelle Projekte vor. Erste Station: das Deutsche Sprachdiplom der Kultusministerkonferenz in den Niederlanden.

Alumni VIP 48
Japan, Griechenland, USA: Christian Thomsen hat zwei Deutsche Auslandsschulen besucht und auch danach an unterschiedlichen Orten gelernt und gelehrt. Seit zwei Jahren ist der Physiker Präsident der Technischen Universität Berlin. Dort zeigt er Mut zur Veränderung: Für Studienanfänger oder Flüchtlinge an Hochschulen setzt er sich ebenso ein wie für die Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Wissenschaft.

Inhalt

FOKUS: WERTEVERMITTLUNG

Werteerziehung um jeden Preis?
Meinungsfreiheit, Menschenwürde, Gleichberechtigung: Was kann Schule bei der Vermittlung von Werten leisten? 20

Wertevermittlung in der Schule: Was ist uns die Jugend wert?
Von der Schule der Gegenwart wird viel erwartet, nicht nur Inhalte und Kompetenzen soll sie lehren, sondern auch einen Wertekanon. Doch von welchen Werten ist eigentlich die Rede? Und lässt sich die Haltung zu etwas lehren, ähnlich wie Französischvokabeln oder Stochastik? Diese und andere Fragen stellt sich Gastautor Dr. Helmut Meißner. 26

INLAND

Argumentieren, auseinandersetzen, annähern
Zu Gast beim Siegertraining von „Jugend debattiert international" in Berlin 6

Mehr Abiturienten, mehr Bestleistungen
Das Abitur – was ist es wert? 10

„Durch das Regionalabitur haben wir an Qualität gewonnen."
Interview mit Dorothée Bauni 14

Herausforderungen: Chancengleichheit und Integration
Der Nationale Bildungsbericht 2016 16

Grenzen überwinden
Die Sieger des 5. IHK-Auslandsschulwettbewerbs 18

„In Deutschland hat sich die Zivilgesellschaft den Staat geschaffen, in Frankreich hat sich der Staat eine Zivilgesellschaft geschaffen."
Experteninterview mit Werner Zettelmeier 28

Neues von PASCH-net
Neuigkeiten aus dem Netzwerk 31

MINT international
Partnerschulen im Netzwerk der Junior-Ingenieur-Akademie 36

Mehr Lehrkräfte für Deutsche Auslandsschulen
Das WDA-Symposium 2016 46

Bildungspolitik im Wahlkampf
Weichenstellung oder Reformflop? 54

Nutzt die Politik Bildungsthemen für die eigene Profilierung?
Gastbeitrag von Dr. Ernst Rösner 57

Zielsprache Deutsch
Das internationale Fachsymposium CLILiG GLOBAL 2016 58

AUSLAND

Serie: ZfA betritt Neuland
DSD in den Niederlanden – Aufwärtstrend im flachen Land 41

Gemeinsame Vergangenheit, gemeinsame Zukunft
Ein deutsch-russisches Schülerprojekt 44

LÄNDERDOSSIER

Niederlande
Kleine Schule, weiter Horizont 38

ALUMNI VIP

Der Mann mit dem Hirsch-Faktor
Prof. Dr. Christian Thomsen, Präsident der TU Berlin 48

ORTSTERMIN

Verbindungstüren öffnen
Deutsche Minderheit in Kasachstan 34

KOLUMNE

Der Mensch des 21. Jahrhunderts – pragmatisch, praktisch, gut?
Die Gewinnerin des Kolumnenwettbewerbs zur Wertevermittlung 62

Schreibtischwechsel 61

Editorial 3

Meldungen 8, 30, 32/33, 37, 45, 52/53, 56, 59, 60

Impressum 60

Jugend debattiert international

Argumentieren, auseinandersetzen, annähern

Die 20 besten Debattanten aus den Vorrunden von „Jugend debattiert international“ (Jdi) reisten Mitte Mai zum Siegertraining nach Deutschland. Gemeinsam verfeinerten die Jugendlichen aus Russland und der Ukraine ihre Künste im Debattieren. Höhepunkt war eine Schaudebatte im Auswärtigen Amt.

Anton aus Kiew war einer der Jugendlichen aus der Ukraine und Russland, die im Auswärtigen Amt debattierten.

von Anne Odendahl und Johanna Böttges

Drei Tage zuvor standen sich die Ukraine und Russland noch im Finale des Eurovision Song Contest (ESC) gegenüber, nun treffen sie bei „Jugend debattiert international“ aufeinander. Ob auf der Weltbühne oder hinterm Rednerpult, die Beziehung zwischen den beiden Ländern erregt derzeit besondere Aufmerksamkeit. Gerade deshalb haben die Organisatoren entschieden, die besten Teilnehmer aus Russland und der Ukraine zu einem gemeinsamen Siegertraining nach Deutschland einzuladen. Gastgeber Michael Reiffenstuel, Beauftragter für Auswärtige Kulturpolitik in der Abteilung Kultur und Kommunikation im Auswärtigen Amt, betont in seiner Begrüßung: „Wir glauben, dass Außenpolitik zunehmend

> „Es kostet sehr viel Mühe, die Schüler vorzubereiten, aber es ist eine faszinierende Sache.“
>
> **Elizaveta Deltsova, Lehrerin der ukrainischen Schüler**

durch Zivilgesellschaften und Menschen geprägt wird.“ Ziel von Jdi ist es auch, einen Beitrag zur politischen Bildung in Ost- und Mitteleuropa zu leisten: Die Schüler lernen, ihre Meinung zu äußern und sich mit den Meinungen anderer fair und sachlich auseinanderzusetzen.

Debattieren auf Deutsch

Das gelingt den vier Jugendlichen, die im Auswärtigen Amt die Streitfrage erörtern, ob politische Beiträge zum ESC zugelassen werden sollten. Maiia aus St. Petersburg und Valentyn aus Kiew vertreten die Pro-Meinung. Auf der Kontraseite stehen ihnen Anna aus Moskau und Anton aus Kiew gegenüber. Hintergrund der Debatte ist der ukrainische ESC-Beitrag 2016 über die Vertreibung der Krimtataren durch die Rote Armee in den 40er Jahren. Die Debattanten erläutern zunächst in zweiminütigen Eröffnungen ihren Standpunkt und verteidigen danach in der freien Aussprache ihre Meinung: Maiia und Valentyn betonen das Recht auf Meinungsfreiheit, Anna und Anton kritisieren die politische Instrumentalisierung des musikalischen Wettstreits. Abschließend fasst jeder seine Position in einem einminütigen Statement zusammen.

Die Reise nach Berlin ist eine besondere Ehre: Nur Jugendliche, die es bei den Jdi-Landeswettbewerben in Russland und der Ukraine ins Halbfinale schaffen, können die aus Mitteln der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) finanzierten mehrtägigen Siegertrainings gewinnen. Mit geschulten Trainern bereiten sie sich gemeinsam auf die Finalveranstaltungen vor. Normalerweise findet die Vorbereitung im jeweiligen Heimatland statt.

Begegnung und Völkerverständigung

Das binationale Siegertraining dient jedoch nicht nur zur Vorbereitung auf die Finalrunden. Es eröffnet die Möglichkeit, Jugendliche aus einem anderen Land kennenzulernen, sich auszutauschen und Freundschaften aufzubauen. „Was auf der großen Bühne nur schwer gelingt, schaffen die Jugendlichen ganz leicht: Es findet Völkerverständigung statt“, erklärt Pavel Bobek, Projektleiter von „Jugend debattiert international“ in Mittel- und Osteuropa, der beim Goethe-Institut Prag arbeitet. Beim russisch-ukrainischen Siegertraining spielt der Begegnungsaspekt eine besondere Rolle. Bobek beschreibt den Wettbewerb als Investition in die Zukunft: „Die persönliche Entwicklung der Jugendlichen wird gestärkt, ihr Demokratieverständnis und damit die europäische Entwicklung.“ Die 17- bis 19-Jährigen lachen und reden miteinander in deutscher Sprache, ihrer Lingua franca. Die Atmosphäre unter den Schülern ist entspannt und freundschaftlich. Sie verorten die Konflikte zwischen ihren Ländern auf politischer Ebene. „Wir sind Freunde geworden und haben keinen Grund zu streiten, außer in den Debatten“, sagt Valentyn. Auch den ESC haben sie gemeinsam geschaut und die Punktevergabe für fair befunden: Gewonnen hat die Sängerin aus der Ukraine, Russland erreichte den dritten Platz.

Deutsch als Brückensprache

Bei der Schaudebatte am 17. Mai sind alle Gewinner. Die Jurorinnen Galina Manyutina und Irina Avdeeva loben die Debattanten für ihre starken Argumente. Die ehemaligen Jdi-Siegerinnen aus

> „Die Schüler lernen Deutsch, abseits der üblichen Curricula, und wie sich Konflikte zwischen ihren Heimatländern zukünftig friedlich lösen lassen.“
>
> **Mariia Vysochan, Lehrerin der russischen Schüler**

Russland wissen aus eigener Erfahrung, worauf es beim Debattieren ankommt: Sachkenntnis, Ausdrucksvermögen, Gesprächsfähigkeit und Überzeugungskraft. Beide studieren mittlerweile in Deutschland. „Die Jdi-Teilnehmer lernen nicht nur, sich demokratisch auseinanderzusetzen, sondern bauen auch einen besonderen Bezug zu Deutschland auf“, findet Bobek, der die Schaudebatte moderiert. „Debattieren und Argumentieren ist eine Anforderung der deutschen Lernkultur“, meint Heike Toledo, Leiterin des Fachbereichs Deutsches Sprachdiplom/Deutsch als Fremdsprache in der ZfA. „Anwendungsbereites Faktenwissen zu haben spielt in der russischen und ukrainischen Lernkultur eine große Rolle. ‚Jugend debattiert international‘ ist gerade deshalb so erfolgreich, weil verschiedene Lernkulturen aufeinandertreffen und sich ergänzen.“ Toledo betont zudem, wie wichtig die erlernten Fähigkeiten seien, ob für ein Studium in Deutschland oder beim Kontakt mit Deutschen im Berufsleben. Eine denkbare Perspektive, denn schließlich haben die Debattanten des Siegertrainings bereits das Deutsche Sprachdiplom der Stufe I bzw. II abgelegt.

Politiker brauchen Debattenkultur

„Es hat wirklich Spaß gemacht. Ich bin froh, dass ich die Möglichkeit hatte, mein Land zu repräsentieren und gleichzeitig die anderen kennenzulernen“, resümiert Maiia nach der Schaudebatte, die das Siegertraining beendet. Anschließend öffnet sich die Diskussion für die Zuschauer. Ein wenig mehr Debattenkultur täte auch den Politikern von heute gut, ist sich das Publikum einig. „Ich glaube, dass es für viele Politiker heutzutage ein Problem ist, nicht nur die eigene Meinung durchsetzen zu wollen, sondern auch zu verstehen, warum Menschen anderer Meinung sind“, merkt eine Schülerin an und lobt, dass die Debattanten wirklich aufeinander eingegangen seien. Nach der Diskussion besichtigt die Gruppe die Bundestagskuppel, bevor es zurück ins Trainingslager und am nächsten Tag wieder in die Ukraine und nach Russland geht.

Mehr Eindrücke von der Debatte und dem Bundestagsbesuch finden Sie in der E-BEGEGNUNG.

Jedes Jahr nehmen über 2.000 Schüler an mehr als 160 Schulen in 10 Ländern an **Jugend debattiert international** teil. Teilnehmen können Schüler aus Sekundarschulen in Mittel- und Osteuropa ab der 9. Klasse, die Deutsch auf dem Niveau B2 oder höher lernen. Im Schulwettbewerb ermittelt jede Schule die besten Teilnehmer für die Regionalebene. Die zwei Punktbesten erreichen das Halbfinale, aus dem die Landessieger hervorgehen. Bei der internationalen Finalwoche debattieren die 20 Sieger und Zweitplatzierten der Landesfinale um den internationalen Sieg. Jdi in Mittel- und Osteuropa ist eine Initiative des Goethe-Instituts, der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung und der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen.

Bei einem Besuch des Bundestags schlossen die Schüler neue Freundschaften.

Meldungen

DSD I PRO: Deutsch für den Beruf

Köln/Bonn. Ab dem Frühjahr 2017 können Auszubildende im Ausland eine berufsbezogene Sprachprüfung auf Deutsch ablegen: Das DSD I PRO gehört zum Programm des Deutschen Sprachdiploms der Kultusministerkonferenz und richtet sich an Deutschlernende ab etwa 16 Jahren, die sich im Ausland auf eine deutschsprachige Berufsausbildung im dualen System vorbereiten oder während ihrer Ausbildung an einer Berufsfachschule Deutsch als Fremdsprache erlernen. Als Stufenprüfung kann das DSD I PRO zwei verschiedene Kompetenzniveaus messen und damit die individuelle Schülerleistung beim Fremdsprachenerwerb widerspiegeln. Geprüft werden die Teilfertigkeiten Leseverstehen, Hörverstehen, Schriftliche und Mündliche Kommunikation auf den Kompetenzstufen A2 und B1. „Die Aufgaben sind der Zielgruppe angepasst und in den Handlungsfeldern Berufsschule, Praktikum bzw. betriebliche Ausbildung situiert“, erklärt Dr. Wassilios Klein, der das neue Format in der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen entwickelt. | [AP]

Der erprobte Modellsatz 1 und weitere Materialien finden sich unter: www.auslandsschulwesen.de/dsd

DSD-Absolvent des kosovarischen Loyola-Gymnasiums und Auszubildender zum Industriemechaniker

DSD-Schüler diskutieren mit Staatschefs

Sofia. Schüler bulgarischer DSD-Schulen erhielten im Juni die Möglichkeit zum unmittelbaren Dialog mit den Staatsoberhäuptern Bulgariens und Deutschlands. In der Staatlichen Universität „Sveti Kliment Ochridski“ in Sofia sprachen Rossen Plevneliev und Joachim Gauck mit rund 250 Jugendlichen und jungen Erwachsenen zum Thema „Bulgarien und Deutschland – Partner in Europa“. Darunter waren auch 25 Zehnt- und Elftklässler von DSD-Schulen in Sofia, Pernik, Pazardshik, Lovech, Montana und Plovdiv. Beide Präsidenten bezeichneten sich als überzeugte Europäer, die ihre Länder innerhalb einer starken europäischen Gemeinschaft begleiten wollen. Die Sorge um die Zukunft Europas prägte viele Fragen der Schüler. Maria Ivanova von der Erich-Kästner-Schule in Sofia wollte vom Bundespräsidenten wissen: „Kann der ‚Brexit‘ zum Zerfall der EU führen?“ Gauck verneinte und betonte, trotz aller Kritik stünde die Mehrheit der Mitgliedsländer hinter der EU. Plevneliev hob die Errungenschaften des europäischen Einigungsprozesses hervor. Dazu gehöre, „überall in der Union studieren zu können, von Tallinn bis Valletta, von Belfast bis Sofia“, ergänzte Gauck. Ein großer Teil der jährlich mehr als 900 DSD-II-Absolventen aus Bulgarien strebt nach dem Schulabschluss ein Studium in Deutschland an. | [AO]

Die Staatsoberhäupter Rossen Plevneliev und Joachim Gauck (r.) bei der Diskussion mit Schülern in Sofia

JASMIN MÜLLER, Lehrerin für Englisch und Spanisch am Gymnasium

Guter Unterricht beginnt im Kopf.
Und mit Lösungen von Klett.

Wir versorgen Sie genau mit den Lösungen, die Sie im Alltag brauchen. Praxisnah und immer auf dem neuesten Stand. Von Lehrerbänden über Fortbildungen bis zu Digitalen Unterrichtsassistenten. Ob gedruckt oder digital – uns kommt es auf den Inhalt an.

www.klett.de/der-inhalt-zaehlt

Klett

Das Abitur – was ist es wert?

Die Reifeprüfung: Ihr Zeugnis soll entscheidende Aussagekraft über die Fähigkeiten junger Menschen haben. Bis heute genießt das deutsche Abitur weit über die nationalen Ländergrenzen hinweg einen exzellenten Ruf. Doch hierzulande heizen Rekordmeldungen über die jährlich steigende Zahl der Abiturienten und der Abschlüsse mit Bestnoten in Deutschland die schwelende Debatte über die Vergleichbarkeit der Abschlüsse an.

von Anika Wacker

Kommen die besten Schüler aus Thüringen? Eine Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz (KMK) zu den bundesweiten Abiturabschlussnoten von 2014 könnte diesen Eindruck erwecken: Demnach gelang Schülern in Thüringen am häufigsten ein Abiturdurchschnitt von 1,0. Abiturienten in Niedersachsen erhielten hingegen die schlechtesten Noten: Ein Drittel von ihnen erzielte einen Schnitt von 3,0 oder schlechter, in Rheinland-Pfalz sah es wenig besser aus. Im Spitzenreiterland Thüringen hingegen hatte nur jeder zehnte Schüler einen Notendurchschnitt von 3,0 oder schlechter. Bildungsministerin Birgit Klaubert (Die Linke) freut sich über das überdurchschnittlich gute Abschneiden der Schüler ihres Bundeslandes: „Das Thüringer Schulsystem setzt auf Leistung und belohnt sie auch."

Doch die regionalen Leistungsunterschiede sorgen für Aufmerksamkeit. Für Bildungsjournalistin Heike Schmoll werfen sie die Frage auf, ob die Schüler in Niedersachsen dümmer sind als in Thüringen. „Das dürfte kaum der Fall sein", schreibt sie in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung". Die Unterschiede begründet Schmoll stattdessen mit den ungleichen Bewertungsmodellen der einzelnen Bundesländer bei den Abiturprüfungen. Mit dieser Meinung steht sie nicht alleine da: „Ich habe immer schon gegen die Tendenz der Noteninflation gekämpft", erklärt Heinz-Peter Meidinger, Vorsitzender des Deutschen Philologenverbands. Er kritisiert nicht nur eine mangelnde Vergleichbarkeit der Abiturnoten, sondern auch den erkennbaren politischen Willen einzelner Bundesländer, Bildungsreformen durch die Vergabe immer besserer Noten abzusichern. Mit der Einführung des Abiturs nach acht Jahren sei der politische Druck noch gewachsen. „Es wäre ja politisch undenkbar, wenn die G8-Abiturienten häufiger durch die Prüfungen gefallen wären oder schlechter als vorher bestanden hätten", meint Meidinger.

Erwartungshorizonte: Theorie versus Praxis?

In diesem Sommer befeuerten weitere Vorfälle die Diskussion um eine mögliche Abiturinflation: In Niedersachsen protestierten Schüler und Eltern gegen zu schwere Abiprüfungen in Mathematik. Und erzielten damit eine nachträgliche Senkung des Bewertungsmaßstabs, wodurch die Schüler besser benotet wurden. Das niedersächsische Kultusministerium begründete die Entscheidung damit, dass die Mathematikprüfungen im Zentralabitur „auffallend schlecht" ausgefallen waren. „Selbst wenn die Fragen schwer gestellt worden sind, kann es zum Problem werden, wenn sich so ein Vorgehen etabliert", kritisiert Meidinger. Die Bewertung von Abiturprüfungen dürfe nicht dem politischen Willen der jeweiligen Landesregierung unterliegen.

Höhere Abiturientenquote in Deutschland

Bei der Vorstellung des Nationalen Bildungsberichts 2016 (siehe auch S. 16) zeigte sich die KMK-Präsidentin und Bremer Senatorin für Kinder und Bildung, Dr. Claudia Bogedan, sehr zufrieden damit, dass „sich der Bildungsstand der Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich verbessert hat". Als Gründe führt sie unter anderem die Durchlässigkeit des Schulsystems im Hinblick auf höhere Schulabschlüsse und einen kleiner werdenden Anteil der Schüler an, die die Schule ohne einen Hauptschulabschluss verlassen. Doch ob der quantitative Anstieg der Abiturientenquote mit der Qualität des Abschlusses Schritt halten kann, beschäftigt Bildungsexperten schon länger. Der Bildungsbericht zeigt nun erneut den deutlichen Anstieg der Schulabgängerquote mit allgemeiner Hochschulreife von knapp 30 Prozent im Jahr 2006 auf 41 Prozent im Jahr 2014. Heinz-Peter Meidinger sieht unterschiedliche Gründe für diese Entwicklung: Spätestens seit dem sogenannten „PISA-Schock" von 2000 habe die deutsche Bildungspolitik erhöhte Abiturienten- und Studierendenzahlen forciert, um „im internationalen Wettbewerb keine Nachteile zu haben". Zudem argumentiere die Wirtschaft, dass für viele Berufsbilder ein guter Hauptschulabschluss oder der Mittlere Schulabschluss nicht mehr ausreichten. Meidinger befürchtet jedoch, dass das Abitur als Hochschulzugangsberechtigung infrage gestellt wird, „wenn hinter der Studienberechtigung immer häufiger keine Studierbefähigung mehr steht".

Inflationierung des höchsten Bildungsabschlusses?

Diese Befürchtung teilen auch andere Experten: Ein Bericht der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) kommt zu dem Ergebnis, dass trotz der Zunahme guter Schulabschlüsse die Zahl junger Menschen wächst, die zu Beginn ihres Studiums oder ihrer Berufsausbildung mit fehlenden Grundlagenkompetenzen kämpfen. Dabei mangele es vor allem an Wissen in Mathematik oder an Kompetenzen zur Texterfassung und -erarbeitung. Immer mehr Betriebe und Hochschulen bieten den Autoren zufolge deswegen nachholenden Schulunterricht oder Brückenkurse an. Diesen Vorwürfen steht Hamburgs Schulsenator Ties Rabe (SPD) skeptisch gegenüber. „Die KAS hat zwar ein Phänomen erkannt, sie zieht aber die falschen Schlüsse daraus", meint der Bildungspolitiker. In den Schulen werden heute zahlreiche zusätzliche Kompetenzen vermittelt, die noch vor 10 oder 20 Jahren gar nicht im Lehrplan vorkamen: Englischunterricht bereits in der Grundschule, Referate per PowerPoint und den Erwerb von Medienkompetenzen im Umgang mit PCs und Lernsoftware, nennt Rabe als Beispiele. „Wir können die Basics in den Lehrplänen gerne wieder stärken, aber dann bleiben andere Bereiche, die heute wichtiger geworden sind, auf der Strecke", erklärt er. „Weniger Unterrichtszeit und doppelt so viel lernen – das geht nicht. Das muss auch die KAS wissen."

Auswirkungen auf die Hochschulen

Doch dass Erstsemestern oft Grundlagenkompetenzen fehlen, beobachtet auch Horst Hippler. Für den Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) ist das wenig überraschend: „Wenn wir einen größeren Prozentsatz der Bevölkerung zum Abitur bringen wollen, müssen die mittleren Anforderungen heruntergesetzt werden, damit die Menschen tatsächlich in der breiten Masse die Prüfungen bestehen." In der Konsequenz verzeichnen Hochschulen in den vergangenen Jahren einen regen Zuwachs: Waren es 2005 noch 356.000 Studienanfänger, stieg diese Zahl, mit Ausnahme des Jahres 2006, in jedem Folgejahr deutlich an. 2011 nahmen mit knapp 519.000 besonders viele Menschen ein Studium auf. Für Horst Hippler steht fest: Das Abitur ist heute längst nicht immer hinreichende Voraussetzung für ein Studium. „Wir müssen uns über alternative Zulassungswege Gedanken machen", findet der HRK-Präsident. Neben einem fächerbezogenen Assessment Center hält er die Einführung eines Orientierungsjahrs für sinnvoll. In diesem Jahr sollen Studenten die Angebote der Hochschule kennenlernen, um erst danach zu entscheiden, welches Fach sie studieren wollen. Ein Vorbild sind für Hippler die USA: „Dort wird man zum Beispiel für eine Elite-Universität wie Harvard >

Für HRK-Präsident Horst Hippler (l.) ist das Abitur heute nicht mehr unbedingt eine hinreichende Voraussetzung für ein Studium. Heinz-Peter Meidinger (r.), Vorsitzender des Deutschen Philologenverbands, kritisiert die steigende Zahl der Abiturienten mit Bestnoten: „Ich habe immer schon gegen die Tendenz der Noteninflation gekämpft", erklärt er.

zugelassen, nicht für einen speziellen Studiengang. Die im ersten Jahr erbrachten Leistungsnachweise sind für die Studenten dann Teil ihrer Bewerbung für den gewünschten Studiengang.“ Für eine Umsetzung in Deutschland gebe es derzeit allerdings rechtliche Probleme, zum Beispiel bei der Personalberechnung. „Unser Hochschulsystem hat sich an die Veränderungen unserer Gesellschaft nicht angepasst“, kritisiert Hippler. Der an den Schulen herrschende Trend zur Noteninflation habe das deutsche Bildungssystem entwertet, weil „wir in den Zulassungsverordnungen nach Noten auswählen. Die Lehrkräfte wollen aber den jungen Leuten durch ihre Notenvergabe nicht deren potenzielle Karriere verbauen.“

Maßnahmen für mehr Vergleichbarkeit

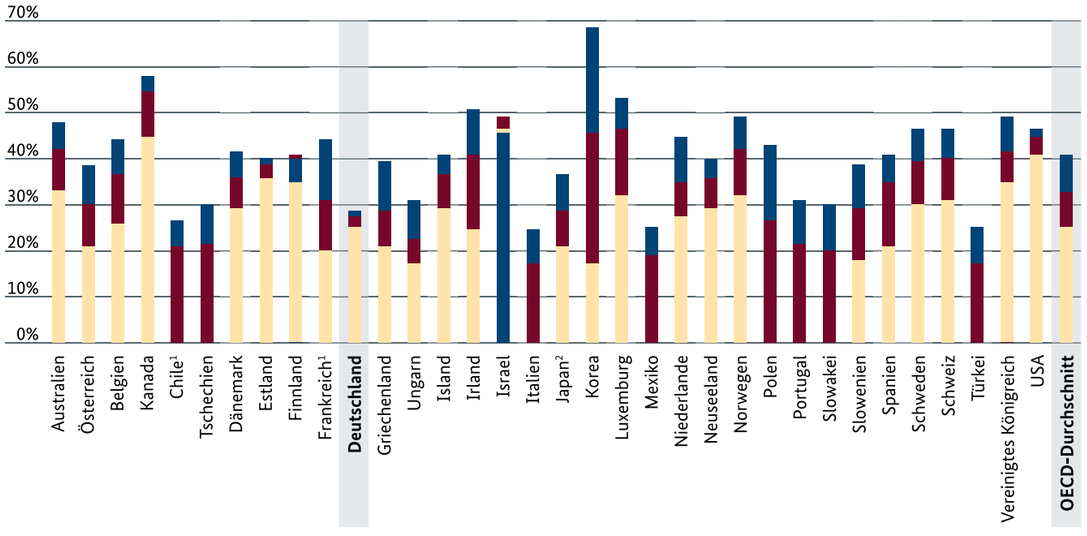
Das sieht Schulsenator Ties Rabe anders: Seiner Meinung nach ist es falsch, von einer Noteninflation an Schulen zu sprechen. Die Inflation guter Noten beobachtet Rabe vielmehr an den Hochschulen. Dass es mehr Abiturienten als früher gibt, habe mit den besseren schulischen Fördermöglichkeiten zu tun, wodurch die Schüler „vermutlich auch etwas klüger geworden sind und ein größerer Anteil das Abitur oder Fachabitur besteht“. Lediglich die mangelnde Vergleichbarkeit von Abiturnoten zwischen den Bundesländern betrachtet der Bildungspolitiker als Problem. In seiner Amtszeit als KMK-Präsident 2012 hat sich Rabe daher für die Entwicklung eines Aufgaben-Pools engagiert. Dieser soll ab 2017 zum ersten Mal zum Einsatz kommen: In Zusammenarbeit mit der KMK hat das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) einheitliche Aufgaben für die Fächer Deutsch und Mathematik sowie Englisch und Französisch als fortgesetzte Fremdsprachen erarbeitet. Standards für die naturwissenschaftlichen Fächer sollen ab dem nächsten Jahr entwickelt werden. „Es ist dringend nötig, dass die Bundesländer jetzt mit großen Schritten in Richtung Vergleichbarkeit gehen“, erklärt Rabe. 14 der 16 Bundesländer sollen bereits erklärt haben, die Mathematik-Abiturprüfungen 2017 am gleichen Tag abzunehmen. Rabe begrüßt die Entwicklung, denn sollten Firmen und Universitäten das Abiturzeugnis nicht mehr als Zugangsvoraussetzung und valide Bewertung anerkennen, sei das „eine dramatische Entwertung von Schule“. Der Schulsenator schlussfolgert: „Deswegen müssen wir für mehr Gerechtigkeit sorgen und gleiche Aufgaben sowie einheitliche Bewertungsmaßstäbe auch für weitere Fächer entwickeln, an denen sich die Lehrer bundeslandübergreifend orientieren können.“

Aufgaben-Pool als Lösung?

So optimistisch blicken Kritiker nicht in die Zukunft. Den Aufgaben-Pool des IQB hält Heinz-Peter Meidinger für „politische Augenwischerei“. Der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbands meint: Gleiche Prüfungsaufgaben führen noch längst nicht zur Vergleichbarkeit der Noten. „Es gibt noch immer verschiedene Erwartungshorizonte oder Korrekturphilosophien in den Ländern.“ Vor allem für Fächer wie Deutsch oder Englisch spiele das eine große Rolle. Zudem werden zwei Drittel der Leistungspunkte, die in die Bewertung des Abiturs einfließen, nicht durch die Abschlussprüfungen, sondern in den zwei Jahren zuvor erbracht: „Der Weg der KMK mit einem kleinen gemeinsamen Prüfungsteil wird wenig bis nicht zu einer größeren Vergleichbarkeit beitragen.“ Trotz aller Kritik und unterschiedlicher Ansichten sind sich Meidinger und Schulsenator Rabe in einem Punkt einig: Ein sehr gutes Abitur wird Schülern auch heute nicht geschenkt. Zudem betont Rabe den in seinen Augen zentralen Stellenwert von Schule und ihre Expertise: „Wenn nicht die Lehrer über die Kompetenzen ihrer Schüler ein valides Zeugnis am Ende einer Schulzeit abgeben können, wer dann?“

Anteil der Bevölkerung mit einem Abschluss im Tertiärbereich (in Prozent) 2014

Abschlüsse im Tertiärbereich* insgesamt



Anmerkung: In den meisten Ländern beziehen sich die Daten auf ISCED 2011, eine internationale Standardklassifikation im Bildungswesen.
1 Chile, Frankreich: Referenzjahr 2013
2 Japan: Daten für den Tertiärbereich ohne Daten für Kurzstudiengänge

*Abschlüsse an Hochschulen, Berufsakademien, Fachschulen, etc.

Quelle: OECD. Lettland, Litauen: Eurostat

Interview mit Ties Rabe

„Keiner dieser Kritiker würde heute eine Abiturprüfung bestehen.“

Ties Rabe ist Hamburgs Senator für Schule und Berufsbildung. Er war Präsident der Kultusministerkonferenz, für die er seit 2015 die Koordination der SPD-regierten Bundesländer für Bildung und Wissenschaft übernimmt. Im Interview mit Anika Wacker sprach er über Noten im deutschen Bildungssystem und den Wert des Abiturs.

Herr Rabe, wenn man die vergangenen zehn Jahre betrachtet, fällt auf, dass es immer mehr Abiturienten und Fachabiturienten gibt. Wie erklären Sie sich diese Entwicklung?

Zunächst einmal hat sich die Berufswelt erheblich verändert: Vor allem der Anteil an Berufen, die einen einfachen Schulabschluss voraussetzen, hat deutlich abgenommen. Im Zuge der Globalisierung sind in Deutschland dagegen jede Menge zusätzlicher Berufe und Berufsfelder dazugekommen, die einen hochwertigen Schulabschluss voraussetzen. Ein weiterer Punkt ist, dass wir uns von der OECD jahrelang vorhalten lassen mussten, dass andere Länder im europäischen Vergleich eine höhere Studierendenquote hatten als wir. Und drittens haben offensichtlich auch die vielen Besserungen in der Schulbildung im letzten Jahrzehnt dazu geführt, dass Schüler zielgenauer gefördert wurden und dadurch tatsächlich mehr das Abitur geschafft haben. Was die Verbesserung des Schulunterrichts betrifft, hat sich das deutsche Schulwesen, glaube ich, einen großen Schritt nach vorne bewegt. All diese Entwicklungen haben erheblich dazu beigetragen, dass immer mehr junge Menschen das Abitur machen wollen. Grundsätzlich müssen wir uns von der Vorstellung lösen, dass der Anteil der Abiturienten „biologisch“ begrenzt ist. Im Gegenteil, wir haben dieses Jahr bei den Olympischen Spielen in Rio de Janeiro gesehen: Bei guter Förderung gibt es auch deutlich mehr Spitzenleistung.

Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Hochschulen?

In der Tat ist die Neigung junger Menschen zu studieren riesig, auch weil uns jahrzehntelang vorgehalten wurde, wir hätten im europäischen Vergleich zu wenig Hochschulabsolventen. Diese Entwicklung stimmt mich allerdings zunehmend nachdenklich, denn dieser europäische Vergleich übersieht, dass wir in Deutschland ein hervorragendes Berufsausbildungssystem haben. Insbesondere die duale Berufsausbildung ist ein Erfolgsmotor unserer deutschen Volkswirtschaft und wird weltweit bestaunt. Je mehr Schüler aber nach ihrem Abschluss studieren gehen, desto weniger werden in diese hochwertigen Berufe wie Immobilien- oder Speditionskaufleute gehen. Bei einer derart wachsenden Zahl von Studierenden weiß ich aber nicht, ob sich die Hoffnung erfüllen kann, später beruflich erfolgreicher zu sein. Das galt sicherlich zu der Zeit, in der ich noch studiert habe und 10 bis 15 Prozent eines Jahrgangs studierten. Aber wenn jetzt die Hälfte aller Schulabsolventen an die Hochschulen geht, dann ist unsicher, ob auch in Zukunft die Prognose gilt: Wer studiert, bekommt auf jeden Fall einen guten Job. Deswegen müssen wir eher darüber nachdenken, wie wir die duale Berufsausbildung stärken und für die Abiturienten attraktiver machen können.

Die teils guten Notenvergaben bei Abiturprüfungen bieten immer wieder Zündstoff für Diskussionen. Kritiker sprechen sogar von einer „Noteninflation“. Wie stehen Sie dazu?

Es gibt eine „Noteninflation“, aber nicht so sehr an den Schulen, sondern eher an den Universitäten. Es wundert mich, dass das im öffentlichen Diskurs und in den Medien nie untersucht worden ist. In Hamburg stellen wir beispielsweise für das Referendariat inzwischen oft nur noch Lehrer ein, die einen Durchschnitt von 1,0, 1,1 oder 1,2 haben, weil wir mittlerweile eigentlich keinen Kandidaten mehr mit einem schlechteren Notendurchschnitt >

als 2,0 haben. Das finde ich schon seltsam, was dort passiert. Bei den Schulen haben wir sehr genaue Untersuchungen, die zeigen, dass sich der Notendurchschnitt nur sehr leicht verbessert hat. Es geht dabei um marginale Verbesserungen: Innerhalb von fünf Jahren hat sich der Durchschnitt von 2,5 auf 2,42 verbessert. Das sind Entwicklungen, die sicherlich nicht besorgniserregend sind. Mit zentral vorgegebenen Prüfungsvorgaben wird hier zudem gegengesteuert. Das Problem der „Noteninflation“ sehe ich in der Tat eher an den Universitäten und in bestimmten Studiengängen.

Was würden Sie Kritikern entgegnen, die behaupten, dass das heutige Abitur nicht mehr die gleiche Qualität aufzeigt wie früher?
Keiner dieser Kritiker würde heute eine Abiturprüfung bestehen. Als ich Schulsenator wurde, und wir haben hier in Hamburg zentrale Prüfungen, habe ich gesagt: „Ich will die Abiprüfungen vorher sehen.“ Ich selber war früher Jahrgangsbester und habe einen Notendurchschnitt von 1,2. Das war damals eine Sensation. Ich kann Ihnen ganz offen sagen: Ich finde viele Aufgaben, die den Schülern heute vorgelegt werden, sehr schwer. Wenn sich all die Kritiker diese Abiturprüfungen wirklich angucken würden, wäre die Frage schnell erledigt.

Ist das Abitur in Ihren Augen auch heute noch ein valides Reifezeugnis?
Ja, aber sehr. |

Das Abitur an Deutschen Auslandsschulen

Interview mit Dorothée Bauni

„Durch das Regionalabitur haben wir an Qualität gewonnen.“

Dorothée Bauni ist seit 2015 Ländervorsitzende des Bund-Länder-Ausschusses für schulische Arbeit im Ausland (BLASchA). Im Interview mit Anika Wacker sprach die rheinland-pfälzische Ministerialrätin über das Abitur an Deutschen Schulen im Ausland.

Frau Bauni, was ist in den vergangenen Jahren getan worden, um die Qualität des Abiturs an Deutschen Schulen im Ausland zu sichern?
Wir haben in den vergangenen zehn Jahren verschiedene Maßnahmen zur Qualitätssteigerung auf den Weg gebracht. Aktuell haben wir zum Beispiel eine neue Prüfungsordnung für das Internationale Deutsche Abitur etabliert: Bis auf wenige Ausnahmen nehmen ab 2019 alle Schulen das Abitur weltweit nach der gleichen Prüfungsordnung ab. Wir haben zudem ein verbindliches Curriculum für die Oberstufe verabschiedet, das sich auf die sieben Fächer Deutsch, Englisch, Mathematik, Geschichte, Physik, Chemie und Biologie bezieht. Die Schulen hatten in den vergangenen Jahren weltweit den Auftrag, aufgrund dieses Kerncurriculums ihre Schulcurricula zu überarbeiten, damit sie auf dem neuesten Stand sind und der Kompetenzorientierung entsprechen. Das dritte große Thema ist das Regionalabitur. Das ist eine auslandsspezifische Form des Abiturs, die es im deutschen Inland nicht gibt: Wir haben auf der Welt 16 sogenannte Prüfungsregionen, und in jeder erarbeiten die Schulen gemeinsam auf Basis ihrer Schulcurricula Abituraufgabenvorschläge. Das sind teilzentrale Prüfungen, sodass innerhalb einer Region alle Schüler zum Beispiel im Fach Mathematik am gleichen Tag die gleiche Arbeit schreiben.

Abschlüsse an Deutschen Auslandsschulen

Die meisten Deutschen Auslandsschulen sind sogenannte „Begegnungsschulen“ mit internationaler Schülerschaft. Die Schüler können sowohl deutsche als auch landeseigene Abschlüsse erwerben, wobei das Angebot an Schulabschlüssen von der jeweiligen Schule abhängt.

Generell können folgende Abschlüsse erworben werden: das Abitur, das Gemischtsprachige International Baccalaureate (GIB), das International Baccalaureate (IB), die Fachhochschulreife, berufliche Abschlüsse, Mittlerer Schulabschluss, Hauptschulabschluss, nationale Abschlüsse der Sitzländer sowie das Deutsche Sprachdiplom (DSD) der Kultusministerkonferenz (KMK). Seit dem Schuljahr 2013/2014 werden die Abiturprüfungen im Ausland als „Regionalabitur“ durchgeführt, wofür die Deutschen Auslandsschulen in 16 Prüfungsregionen eingeteilt wurden.

Das Regionalabitur gibt es seit 2014. Welche Erfahrungen hat man inzwischen damit gemacht?
Das Regionalabitur ist ja noch verhältnismäßig jung. Wir sind auf jeden Fall zufrieden damit, dass eine qualitative Steigerung bei den Abituraufgaben stattgefunden hat. Die Schulen arbeiten seither enger zusammen und tauschen sich auch über die Bewertungsmaßstäbe und -kriterien aus. Der Schwerpunkt der Arbeit hat sich von der Einzelschule auf die Koordination zwischen den Schulen verlagert. Oft wird die Arbeit an den Abituraufgaben im Anschluss mit einer regionalen Fortbildung verbunden, beispielsweise zu neuen Prüfungsformaten.

Welche Auswirkungen hat das Regionalabitur an den Deutschen Schulen im Ausland auf die Vergleichbarkeit?
Man muss sich zunächst vor Augen führen, dass Deutsche Schulen auf der ganzen Welt nach einer Prüfungsordnung arbeiten. Vorher hatten wir verschiedene Prüfungsordnungen, die wir verschmolzen haben. Diese weltweit geltende Prüfungsordnung enthält auch Richtlinien zur Erstellung der Abituraufgaben, zu Prüfungsformaten oder zu organisatorischen Fragen wie der Prüfungsdauer. Trotzdem behält jede Schule aber noch ihre Spezifika, Begegnungsschulen zum Beispiel haben den Auftrag, zwischen den Kulturen, also zwischen dem jeweiligen Gastland und Deutschland, gegenseitiges Verständnis und die Begegnung zu fördern. Dadurch ergeben sich gerade in Fächern wie Deutsch und Geschichte auch schul- und landesspezifische Aspekte. Diese schulspezifischen Ergänzungen sind aber nicht Teil des schriftlichen Abiturs, sondern können in die mündlichen Abiturprüfungen Eingang finden. Die Aufgaben für die mündlichen Prüfungen werden nicht in der Region, sondern von den einzelnen Lehrkräften an den Schulen erstellt.

Anerkennung

Das Abiturzeugnis einer Deutschen Auslandsschule wird weltweit genauso anerkannt wie das Abiturzeugnis einer Schule in Deutschland und befähigt zur Aufnahme eines Hochschulstudiums in Deutschland. Darüber hinaus ist das International Baccalaureate (IB) ein internationaler Schulabschluss, der in den meisten Ländern der Welt als Berechtigung zum Studium anerkannt wird. Das Gemischtsprachige International Baccalaureate (GIB) ist ein IB mit hohem Deutschanteil. Auch das GIB berechtigt in den meisten Ländern zum Hochschulzugang, so auch in Deutschland. Es wird an über 30 Deutschen Auslandsschulen angeboten; an weiteren Deutschen Auslandsschulen ist das GIB in Vorbereitung.

Fachhochschulreife an Deutschen Auslandsschulen

Die Fachhochschulreife wird an den Deutschen Auslandsschulen an Fachoberschulen und Berufsschulen angeboten. Die Fachoberschule eröffnet Schulabgängern mit Mittlerem Bildungsabschluss innerhalb von zwei Jahren den direkten Weg zu einem Studium an einer Fachhochschule und den Zugang zu verschiedenen Bachelor-Master-Studiengängen im In- und Ausland. An den Fachoberschulen werden theoretische und praktische Inhalte fachbezogen vermittelt.

Trotz einer weltweit einheitlichen Prüfungsordnung wird an Deutschen Schulen im Ausland Wert auf länderspezifische Individualität gelegt – wie an der DS Guayaquil, die zum nationalen Abitur und dem Gemischtsprachigen International Baccalaureate führt.

Gibt es Überlegungen, das Regionalabitur zu einem Zentralabitur weiterzuentwickeln?
Aktuell gibt es keine Bestrebungen oder Hinweise darauf, dass die innerdeutschen Kultusbehörden dafür plädieren würden. In der Auslandsschulwelt legen wir auf regionale Spezifika Wert, das wäre dann kaum noch möglich. Aus geografischen Gründen wäre ein weltweites Zentralabitur zudem ein enormer organisatorischer Aufwand. |

Bildungsbericht 2016

Herausforderungen: Chancengleichheit und Integration

Der Nationale Bildungsbericht 2016 bescheinigt Deutschland eine hohe Bildungsbeteiligung – bei gleichzeitig niedriger Chancengleichheit: Noch immer entscheidet die Herkunft stark über den Bildungserfolg.

von Anne Odendahl

Die Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft wachsen: 2014 wurden nach vorläufigen Berechnungen 265,5 Milliarden Euro investiert. Pro Schüler bedeutet das ein Plus von rund 1.600 Euro gegenüber 2005. Der im Juni erschienene Bericht „Bildung in Deutschland 2016“ spricht von einem anhaltenden Trend zu mehr Bildung. Die Qualifikation der Jugendlichen steigt. 2014 absolvierte fast jeder zweite Schüler die allgemeine Hochschulreife, rund 10 Prozent mehr als noch 2006. Auch Menschen mit Migrationshintergrund sind stärker in das deutsche Bildungssystem integriert. 90 Prozent aller Kinder aus Migrantenfamilien besuchten 2015 einen Kindergarten.

Vier Mal mehr Studenten

Zudem ist der Trend zum Studieren ungebrochen, während gleichzeitig weniger junge Menschen eine Berufsausbildung beginnen. Seit 2000 hat sich der Anteil der Studienanfänger mehr als vervierfacht. Das hat nach Ansicht von Heinz-Peter Meidinger, Vorsitzender des Deutschen Philologenverbands, allerdings nicht nur positive Auswirkungen. Für ihn deuten unter anderem steigende Abbruchquoten in vielen Studienfächern darauf hin, dass „die Qualität der Abschlüsse mit der gestiegenen Quantität nicht Schritt gehalten hat“.

Keine Berufsqualifikation

Doch trotz steigender Bildungsbeteiligung und obwohl der Anteil von Schülern ohne Hauptschulabschluss auf 5,8 Prozent gesunken ist, verfügen viele Jugendliche und junge Erwachsene nur über eine geringe Qualifikation. Die Schere zwischen sehr hohen und sehr niedrigen Qualifikationen öffnet sich weiter: auf der einen Seite die Bildungsaufsteiger und auf der anderen die Geringqualifizierten. Mit der aktuellen Migrationsentwicklung steigt diese Tendenz noch. Denn ein Fakt bleibt unverändert: Mehr als doppelt so viele ausländische Jugendliche verlassen die Schule ohne Hauptschulabschluss und erreichen dreimal seltener die Hochschulreife als ihre deutschen Mitschüler. „Wir müssen auch künftig unseren Blick verstärkt auf die Gruppe der gering oder nicht Qualifizierten richten“, betonte Claudia Bogedan, Präsidentin der Kultusministerkonferenz und Bremer Senatorin für Kinder und Bildung, mit Blick auf den Bericht.

Ungleiche Bildungschancen

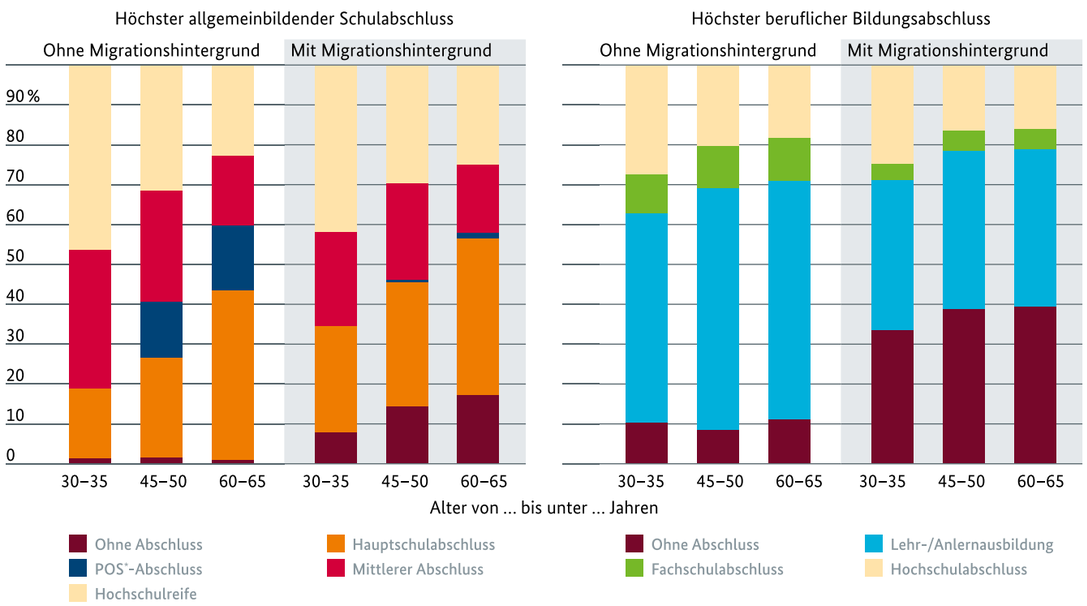
Trotz vieler positiver Nachrichten belegt der Bericht eine Gerechtigkeitslücke. „Soziale Herkunft, Migrationshintergrund und zunehmend auch regionale Rahmenbedingungen üben einen starken Einfluss auf den Bildungserfolg aus“, sagt Prof. Dr. Kai Maaz, Sprecher der Autorengruppe des Berichts. Auch die „Zeit“ schlussfolgert: „Zeig mir deine Eltern, und ich sage dir, was aus dir wird.“ Obwohl sich im Sekundarbereich die Kompetenzen von Schülern mit Migrationshintergrund verbessert haben, bestehen weiterhin Kompetenzunterschiede, die vor allem durch den sozioökonomischen Status begründet sind. Das betrifft nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund. Jugendliche haben in Ostdeutschland mit einem Hauptschulabschluss schlechtere Chancen auf eine Lehrstelle als in Westdeutschland, Absolventen einer Ausbildung erhalten niedrigere Einkommen. Die Autoren des Bildungsberichts schätzen, dass für die Integration von frühkindlicher Bildung bis zur Berufsausbildung jährlich ein zusätzlicher Finanzbedarf von bis zu drei Milliarden Euro entsteht.

Bundesbildungsministerin Johanna Wanka ist trotzdem zuversichtlich: „Die Maßnahmen von Bund und Ländern greifen. Deshalb werden wir sie ausbauen. Aber: Integration braucht Zeit.“ Immerhin verfügen inzwischen immer mehr Personen mit Migrationshintergrund über einen allgemeinbildenden und beruflichen Bildungsabschluss.

Die Kultusministerkonferenz, das Bundesministerium für Bildung und Forschung und das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) geben alle zwei Jahre den Bericht **„Bildung in Deutschland“** heraus. Das Schwerpunktkapitel beschäftigt sich 2016 mit dem Thema **„Bildung und Migration“.**

Weitere Informationen: www.bildungsbericht.de

Bildungsabschlüsse der Bevölkerung 2014 nach Altersgruppen und Migrationshintergrund (in Prozent)



* POS = Polytechnische Oberschule (DDR)

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2014

In Berlin gratulierten unter anderem (1. Reihe): Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (3. v. r.), Maria Böhmer, Staatsministerin im Auswärtigen Amt (2. v. l.), DIHK-Präsident Eric Schweitzer (2. v. r.) und DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben (l.).

5. IHK-Auslandsschulwettbewerb

Grenzen überwinden

„Schüler bauen weltweit Brücken" – das Motto des IHK-Auslandsschulwettbewerbs füllten die drei Siegerteams 2016 auf ganz unterschiedliche Weise mit Leben. In sozialen, wirtschaftlichen oder technischen Projekten überwanden sie nicht nur Ländergrenzen, sondern auch ihre eigenen.

von Bettina Taylor und Johanna Böttges

„Wie oft begegne ich auf meinen Reisen dem Chef eines Unternehmens, der mir von seiner Zeit an einer Deutschen Schule vorschwärmt", erzählt Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier in seiner Eröffnungsrede bei der Preisverleihung des Auslandsschulwettbewerbs der Industrie- und Handelskammern (IHK) am 10. Mai. Werden die heutigen Preisträger eines Tages ebenso positiv auf ihre Schulzeit zurückblicken? Die Projekte, für die sie an diesem Abend im Haus der Wirtschaft in Berlin ausgezeichnet werden, haben zumindest ihre Zukunftspläne beeinflusst.

„Statt einem kreativen Fach möchte ich jetzt internationale Betriebswirtschaft studieren", sagt Viktoria Buben von der Deutschen Schule Washington bei der Preisverleihung. Boyang Yan von der Deutschen Schule Pretoria wollte Polizist werden, bevor er für das IHK-Siegerprojekt Lego-Roboter entwickelte. Sein Studienwunsch ist nun Informatik. Hania Al-Hashemy von der Deutschen Evangelischen Oberschule Kairo (DEO) will nach ihrer Schulzeit weiter im Sozialkomitee der DEO mitwirken.

Praktizierte Völkerverständigung

Hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Verbänden sind an diesem Abend zur Weltkonferenz der deutschen Auslandshandelskammern nach Berlin gekommen. DIHK-Präsident Dr. Eric Schweitzer ehrt den Auslandsschulwettbewerb in seiner Begrüßungsansprache als „Höhepunkt unserer Konferenz". Die Leistung der Schüler sei „praktizierte Völkerverständigung". Boyang, Hania und ihre Mitstreiter wirken nervös, aber auch stolz, als sie dem Publikum ihre Arbeit in professionellen Einspielfilmen vorstellen.

Lernen und spielen mit Lego-Robotern

Über den ersten Platz freut sich schließlich das Team der DS Pretoria: Mit Lego-Robotern ist den Schülern ein spielerischer Zugang zur Automatisierungstechnik gelungen. Ihr Fachwissen geben sie an Kinder aus sozialen Brennpunkten, wie den Townships in Südafrika, weiter. Zu den größten Herausforderungen gehörte für Boyang Yan von der DS Pretoria dabei nicht die Technik, sondern die Teamarbeit: „Es ist schwierig, in der Gruppe Informationen zu sammeln. Das kostet Zeit." Das Preisgeld von 60.000 Euro soll den Schülern der Klassenstufe 10 künftig ein Praktikum in Deutschland ermöglichen.

Mut zum Unternehmertum

Während die DS Pretoria den Erfindergeist ihrer Schüler weckt, ist bei der DS Washington Unternehmergeist gefragt. Ihr Wirtschaftsprojekt erhält den mit 40.000 Euro prämierten zweiten Platz. Dabei entwickeln die Schüler fiktive Geschäftsideen, die auch in der realen Wirtschaft Bestand haben sollen. In Projektarbeit lernen sie unter anderem, Marktanalysen durchzuführen und Businesspläne zu erstellen. Abgesehen von der Unterstützung durch den German Executive Roundtable, eine Gruppe deutsch-amerikanischer Geschäftsleute im Großraum Washington, arbeiten sie in Eigenregie. Im Einspielfilm lernt das Publikum bei der Preisverleihung den „Parkmate" kennen. Für die App, die es Privatpersonen ermöglicht, eigene Parkplätze zu vermieten, haben sich bereits Investoren gefunden. Das Wirtschaftsprojekt will mehr als nur Theorie vermitteln, wie Miterfinder Rashid Haddad betont: „Es kann ein Steigbügel in die Wirtschaft sein, auch für einen Elftklässler." Als Prof. Dr. Maria Böhmer, Staatsministerin im Auswärtigen Amt, dem Team der DS Washington den Preis überreicht, fragt sie: „Wer hat heute den Mut, ein Unternehmen zu gründen?"

Mit Kindern aus Townships Roboter bauen: Platz eins beim IHK-Auslandsschulwettbewerb belegte die DS Pretoria.

Soziale Verantwortung zeigen

Mut zur sozialen Verantwortung zeigen indessen die Schüler der DEO Kairo. Sie werden mit dem dritten Preis geehrt. Seit über 25 Jahren organisieren etwa 25 Schüler in einem Sozialkomitee Spendenaktionen für Hilfsbedürftige in ihrer Region. Dazu gehören auch die „Müllkinder von Kairo", die in Slums recyclebaren Müll sammeln, um zu überleben. Mit den Spenden der DEO Kairo haben sie die Chance auf eine Schulbildung. „Die Dankbarkeit dieser Menschen ist uns mehr wert als alle Geschenke", sagt Hanna Hartmann, Leiterin des Sozialkomitees beim Festabend. Das Preisgeld von 20.000 Euro möchte das Sozialkomitee für Schulgelder und Ausflüge nutzen.

Eine Investition wert

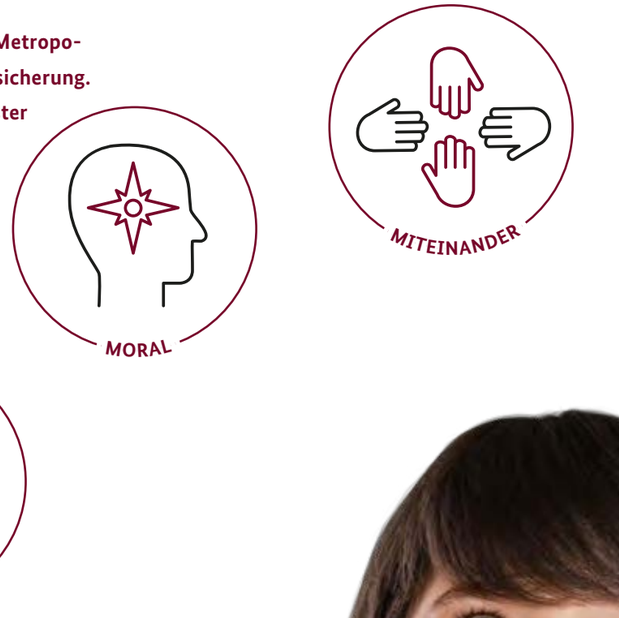
Dass die Leistungen der Schüler über den IHK-Auslandsschulwettbewerb hinaus Bestand haben, hatte Präsident Schweitzer schon in der Ausschreibung betont: „Die Schulen fördern internationale Begegnungen und eröffnen ihren Schülerinnen und Schülern eine globale Berufs- und Lebensperspektive." Den Sponsoren ist das eine Investition wert. Dieses Jahr haben sie das Preisgeld von insgesamt 80.000 auf 120.000 Euro erhöht. Außerdem erhielten sieben weitere Projekte im Rahmen eines neu geschaffenen Exzellenzpreises jeweils 1.000 Euro, damit die Schüler, getreu dem Wettbewerbsmotto, noch größere Brücken bauen können.

Der Wettbewerb „**Schüler bauen weltweit Brücken**" wird seit 2008 alle zwei Jahre von den Industrie- und Handelskammern ausgeschrieben. Er soll die Beziehungen zwischen den Deutschen Auslandsschulen und der deutschen Wirtschaft stärken. Pädagogisch wird er von der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen unterstützt. Der Wettbewerb steht unter der Schirmherrschaft des Bundesaußenministers.

Weitere Informationen finden Sie unter www.dihk.de

Werteerziehung um jeden Preis?

Radikalisierte Jugendliche, terroristische Anschläge in mehreren Metropolen und anhaltende Flüchtlingswellen sorgen in Europa für Verunsicherung. Nach den Attentaten von Paris veröffentlichten die Bildungsminister der europäischen Staaten eine Erklärung, in der sie sich dazu verpflichten, die Vermittlung gesellschaftlicher Werte zu intensivieren. Hier kommt auch die Schule ins Spiel – und die Frage, ob und wie sie das leisten kann.



von Stefany Krath

Religionsunterricht an der Johannes-Löh-Gesamtschule im nordrhein-westfälischen Burscheid, einer Privatschule in evangelischer Trägerschaft: Abraham ist heute Thema. Die Schüler wissen, dass er sowohl im Islam als auch im Christentum eine bedeutende Rolle spielt. An diesem Morgen sitzen in der 6. Klasse evangelische, muslimische, römisch-katholische und griechisch-orthodoxe Kinder an dem Projekt und erarbeiten an zehn Stationen verschiedene Aspekte: Lückentexte füllen, basteln, ein Rollenspiel aufführen. In den religiös gemischten Gruppen vertiefen die Schüler ihr Wissen über das, was sie in den vergangenen Wochen über Abraham, den „Vater der vielen Völker", gelernt haben.

„Die Jugendlichen lernen mit religiösen Unterschieden umzugehen", erläutert Schulleiterin Angelika Büscher das interreligiöse Modellprojekt, das seit dem Schuljahr 2015/2016 an ihrer Schule durchgeführt wird. Die 2014 gegründete Gesamtschule ist die einzige weiterführende Schule in Burscheid. 370 Schüler besuchen sie, darunter 65 muslimische. Neben religionsübergreifenden Lerneinheiten werden die Kinder weiterhin in ihren eigenen Religionen unterrichtet. „Die Themen Schöpfung, Jesus, Abraham, der Dialog mit den Religionen kommen tatsächlich in allen Lehrplänen vor", erklärt die Schulleiterin. „Neu ist, dass nicht jede Religion das in ihrem stillen Kämmerlein für sich macht, sondern dass wir gemeinsam in einen Austausch gehen und die Schüler voneinander lernen, statt nur übereinander zu reden."

Damit verfolgt das Unterrichtsmodell der Johannes-Löh-Gesamtschule eine wichtige Zielsetzung der EU: Unabhängig von ihrer religiösen Zugehörigkeit sollen junge Europäer die Schule als verantwortungsbewusste und weltoffene Menschen verlassen, die bereit sind, für die Achtung der Menschenwürde, freie Meinungsäußerung, Demokratie, Gleichheit vor dem Gesetz, Menschenrechte und den Rechtsstaat einzutreten – so die Vorstellung der EU-Bildungsminister.

Was sind Werte?

Damit eröffnen sich gleichzeitig Fragen, die die europäischen Staaten vor große Herausforderungen stellen. Lässt sich angesichts von enormen historisch und kulturell geprägten Unterschieden bei der Vermittlung gesellschaftlicher Werte in den europäischen Staaten wirklich eine einheitliche Strategie entwickeln? Können in Schule und Gesellschaft Grundwerte an die nachkommende Generation erfolgreich vermittelt werden? Wie kann eine pädagogische Strategie entwickelt und umgesetzt werden, die Radikalisierungsprozesse erfolgreich verhindert? Und grundsätzlich: Wie definieren sich Werte?

Der Schweizer Dr. Andreas Giger forscht seit Jahrzehnten zum Thema Werte und hat einige Studien zu Wertefragen publiziert. „Was uns etwas wert ist, wird automatisch zu einem Entscheidungskriterium in Wahlsituationen. Werte beeinflussen unser Denken und Handeln", erklärt der studierte Sozialwissenschaftler. „Werte sind bewusst oder nicht bewusst. Werte drücken aus, was uns ‚wünschenswert' erscheint. Ob etwas für uns wertvoll oder wertlos ist, entscheiden wir über unsere individuellen Werte."

Die Ergebnisse seiner Studien sind eindeutig, aber nicht überraschend. Sie belegen einen Trend zur fortschreitenden Individualisierung. Ehemals wertevermittelnde Institutionen, wie Staat und Kirche, haben diese Funktionen teilweise eingebüßt. An ihre Stelle tritt zunehmend das Individuum, das die Freiheit gewonnen hat, eigene Werte auszuwählen. Damit deutet sich ein Wandel des Selbstbilds des Menschen vom Lebensverwalter zum Lebensgestalter an, der selbstverantwortlich über Ziele und Wege bestimmt.

Wertewandel zum Schlechten?

Die Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) beschreibt auf ihrer Website den Wertewandel seit Gründung der Bundesrepublik. Während die 50er- und 60er-Jahre durch Wohlstandszuwachs, Bildungsexpansion, eine hohe soziale Sicherheit und Liberalisierung der Werte geprägt waren, erfolgte ab den 70er-Jahren ein Wertewandel, der die Gesellschaft bis heute prägt: weg von materiellen Werten hin zu Werten der Selbstverwirklichung. „Die Menschen richteten ihr Leben nicht mehr nach tradierten kollektiven Lebensweisen ein, die sie meist von den Eltern übernommen hatten. Vielmehr wurde es eine Frage der individuellen Wahl oder Kreation des eigenen Lebensstils, welchen Bildungsweg man einschlägt, welche Berufswahl man trifft, ob und, wenn ja, wann man eine feste Beziehung eingeht, ob man heiratet oder nicht, ob man Kinder bekommt oder nicht, ob man sich gesellschaftlich und politisch engagiert oder nicht", heißt es im Dossier. >

Die aktuelle Auswertung der **Umfrage „Unsere Werte"** von Andreas Giger findet sich unter www.spirit.ch

„Als Reaktion auf die Terroranschläge in Frankreich und Dänemark zu Beginn dieses Jahres und im Gedenken an ähnliche Schreckenstaten in Europa in der jüngeren Vergangenheit bekräftigen wir unsere Entschlossenheit, uns gemeinsam für die Stärkung unserer Grundwerte einzusetzen, die ein zentrales Anliegen der Europäischen Union sind: Achtung der Menschenwürde, Freiheit (vor allem freie Meinungsäußerung), Demokratie, Gleichheit vor dem Gesetz (vor allem zwischen Frauen und Männern), Rechtsstaat und Achtung der Menschenrechte. Diese Werte werden von den Mitgliedstaaten geteilt – in einer europäischen Gesellschaft, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet."
„Pariser Erklärung" der EU-Bildungsminister, März 2015

Schulleiterin Angelika Büscher und Forscher Dr. Andreas Giger beschäftigen sich intensiv mit dem Thema Wertevermittlung.

Selbstverwirklichung auf Kosten sozialer Werte?

Für Forscher Andreas Giger steht dieser Trend keineswegs im Widerspruch zu sozialen Werten. „Individualismus ist nicht mit Egoismus gleichzusetzen. Man kann Individualist sein und sich trotzdem um andere und die Welt kümmern." Es sei empirisch längst erwiesen, dass gute Lebensqualität soziale Kontakte mit anderen einschlösse. „Selbst wenn man egoistisch wäre, müsste man für sein eigenes Wohlbefinden Beziehungen pflegen." Auch in der Entwicklung der jüngeren Generationen sieht Giger keine besonderen Auffälligkeiten. Er widerspricht dem viel zitierten Werteverfall. Dass die Jugend erst mal stärker um sich selbst kreist, um ihre eigene Identität zu finden, als das in späteren Lebensphasen der Fall ist, betrachtet er als „keine neue Erscheinung. Von daher ist für mich der Selfie-Wahn vielleicht manchmal komisch, aber nicht beunruhigend."

Auch die bpb zieht ein positives Resümee. „Dass Selbstverwirklichung nicht gleich zu Egoismus oder gar Werteverfall führen muss, belegen die in den 70er Jahren einen Höhepunkt erlebenden ‚neuen sozialen Bewegungen'", schreibt Dossier-Mitautor Hans-Peter Müller. „Politisches und gesellschaftliches Engagement waren also durchaus weiter vorhanden, doch in der jüngeren Generation war dieses Engagement nicht eine Frage des Pflichtgefühls, sondern der freiwilligen Einsicht in die Notwendigkeit politischen Protests."

Heute geht es nicht mehr darum, Jugendlichen einen fertigen Wertekanon überzustreifen. Sie müssten zu ihren eigenen Werten finden, „natürlich auch in der Auseinandersetzung mit den Werten anderer Individuen und anderer Kulturen. Dafür müssen Instrumente entwickelt werden, die diesen Prozess der Selbsterkenntnis fördern. Der Schule kommt dabei natürlich eine wichtige Rolle zu."

Was kann Schule leisten?

Der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Philologenverbands (DPhV) Dr. Horst Günther Klitzing sieht das ähnlich. In der Verbandszeitschrift „Profil" schreibt er: „Damit die Schule als Ort einer wirklichen Integration wirken kann, muss sie eine Gesprächs- und Diskussionskultur pflegen, die allen Jugendlichen erlaubt, das, was sie bewegt, gerade auch wenn es zum Beispiel religiöser Natur ist, vorzubringen, ohne eine Diskriminierung durch Worte, Taten oder nonverbale Reaktionen befürchten zu müssen." Gleichzeitig dürfe Schule nicht darauf verzichten, den Jugendlichen Grenzen dabei aufzuzeigen, was in einer aufgeklärten, modernen europäischen Industriegesellschaft akzeptabel sei. „Das Verhältnis von Liberté und Egalité zu klären, muss Aufgabe der Schule sein, um auf grundsätzliche Weise eine Werteerziehung zu leisten."

> „Ich sehe Hunderttausende von Kindern, die sich nicht zu einer Parallelgesellschaft entwickeln dürfen, sondern in unser Bildungssystem integriert werden müssen. Diese Kinder sprechen noch kein Wort Deutsch, trotzdem müssen wir ihnen von Anfang an gleiche Chancen einräumen – das wird uns eine enorme Kraftanstrengung abverlangen. (…) Egal, welche Schwierigkeiten wir bekommen werden: Wir müssen die Menschen aufnehmen, die vor dem Hungertod oder dem Terror der IS flüchten. Das entspricht unseren Werten und ist unsere humanitäre Aufgabe."
>
> **Philosoph Richard David Precht, Stuttgarter Zeitung, Januar 2016**

Klitzing warnt jedoch vor einer Überbewertung der schulischen Rolle. „Keine Schule und keine Lehrkraft kann das reparieren oder auch nur ausgleichen, was gesamtgesellschaftlich defizitär oder falsch läuft. Materielle Notlagen, berufliches Ausgegrenztsein und berufliche Perspektiv- und damit verbundene Hoffnungslosigkeit wie auch bewusst hingenommene oder herbeigeführte Ghettoisierung sozial schwächerer Bevölkerungsschichten, vielfach solche mit Migrationshintergrund, sind stärker beeinflussende Faktoren, als es Schule und Unterricht je sein können."

Die in der Erklärung der EU-Bildungsminister aufgeführten Werte begrüßt der Ministerialrat a.D. ausdrücklich, hinterfragt jedoch deren praktische Umsetzung durchaus kritisch. Der Erklärung müssten Taten folgen, findet Kitzling. Politische Formulierungen machten sich gut in Erklärungen, „bedeuteten für eine Schülerpopulation aus prekären Verhältnissen in Berlin, Birmingham oder Lyon aber noch kein Aufzeigen einer verbesserten Perspektive. Und bieten für potenzielle IS-Sympathisanten und -Terroristen sicher ebenso keine Ausstiegshilfe."

Islam ist nicht gleich Dschihad

Eine große Herausforderung – nicht nur für die Politik, deren Handlungskompetenz mehr denn je gefragt ist. Einigkeit herrscht in Expertenkreisen darüber, dass es meist gesellschaftliche Umstände wie Ausgrenzung und soziale Ungleichheit sind, die zu Verhaltensauffälligkeiten führen. Doch ist islamische Radikalisierung wirklich die Folge einer gescheiterten Integration? Hier streiten die Fachleute. Der Islamforscher Olivier Roy warnte in einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" davor, Islam und Terror vorschnell zu verknüpfen. „Viele der jungen Leute, die in den Dschihad ziehen, sind integriert. Sie sprechen Französisch, Englisch oder Deutsch. (…) Sie entwickeln eine Faszination für die Ästhetik der Gewalt, die sie aus Filmen und Videos kennen. Darin ähneln sie mehr den Amokläufern an der Columbine Highschool oder dem Massenmörder Anders Behring Breivik." Nirgendwo im muslimischen Kulturkreis gebe es eine Organisation wie den IS mit 25 Prozent Konvertiten, so Roy weiter. „Kulturelle Erklärungen allein funktionieren also nicht, um die Attraktivität des IS zu begründen. Auch junge Leute, die keinen Einwanderungshintergrund haben, fühlen sich zum Dschihad hingezogen."

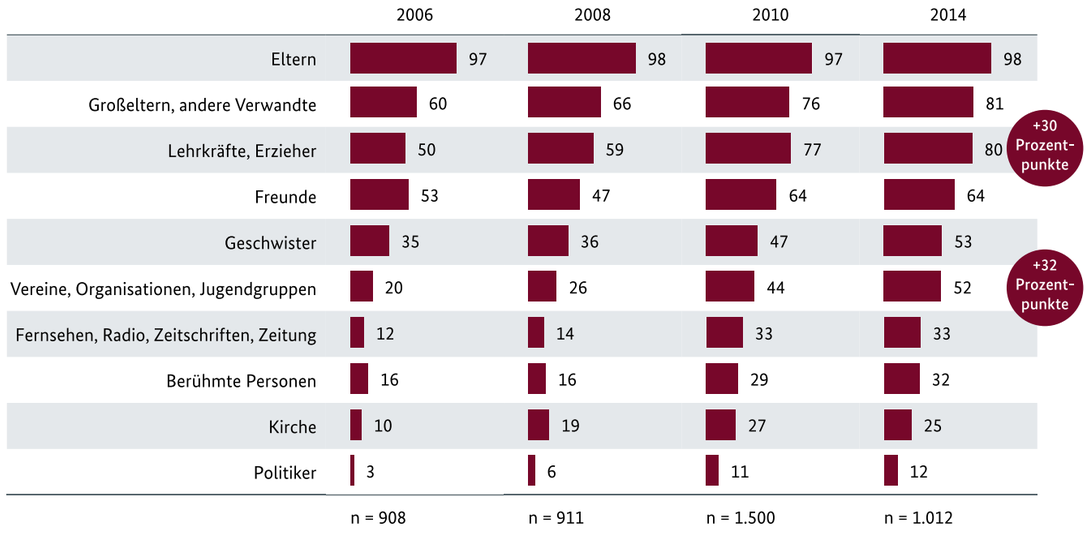
Lehrer werden als Wertevermittler wichtiger

Egal, ob in Deutschland, Frankreich oder anderen europäischen Staaten, die Institution Schule steht bei der grundsätzlichen Wertevermittlung in vorderster Reihe. Das sehen nicht nur Erwachsene so. >

Der **Geolino-UNICEF-Kinderwertemonitor** 2014 wurde in Zusammenarbeit mit der Humboldt-Universität Berlin erstellt und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie der Robert Bosch Stiftung gefördert. Die Ergebnisse im Überblick unter www.unicef.de

Seit 2006 steigt das Ansehen der Lehrer als Wertevermittler kontinuierlich

„Wer bringt Dir die Werte am besten bei?"



Quelle: Geolino-UNICEF-Kinderwertemonitor 2014

Befragt wurden 1.012 Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren. Mehrfachnennungen waren möglich.

Nicht nur Eltern sind gefragt, auch Lehrkräfte und Erzieher gewinnen bei der Vermittlung von Werten an Bedeutung.

Das Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung München hat im Rahmen der bayerischen Werteinitiative „Werte machen stark“ die **Handreichung „Werte bilden. Impulse für wertebasierte Schulentwicklung**“ erarbeitet, die über die Website www.isb.bayern.de kostenpflichtig bestellt werden kann.

Der „Geolino-UNICEF-Kinderwertemonitor 2014“, eine repräsentative Umfrage unter Müttern, Vätern und Kindern zum Thema Wertevermittlung, kommt zu dem Ergebnis, dass für Kinder die Eltern vor den Großeltern an erster Stelle stehen, wenn es um die Vermittlung von Werten geht. Direkt danach allerdings kommen die Lehrer, weit vor Freunden, Medien oder sozialen Netzwerken.

Als Wertevermittler haben Lehrkräfte in den Augen von Kindern in den vergangenen Jahren mehr Bedeutung gewonnen: Fanden 2006 nur 50 Prozent Lehrer wichtig für die Wertevermittlung, waren es 2014 80 Prozent. „Der Kinderwertemonitor zeigt, dass Familie und Schule die entscheidenden Orte sind, in denen Kinder ihre Wertorientierungen finden und erproben“, erklärte die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Johanna Wanka, bei der Präsentation der Studie. Familie und Freundschaft sind für deutsche Kinder das Wichtigste im Leben, weit wichtiger als Geld und Besitz. Auch Vertrauen und Zuverlässigkeit, Geborgenheit und Ehrlichkeit stehen bei Kindern laut Studie hoch im Kurs. Werte wie Bildung, gute Manieren und Toleranz gewinnen bei den 6- bis 14-Jährigen an Bedeutung.

Das **Ethika-Projekt** wird mit Unterstützung der Europäischen Union und der Slowenischen Nationalen Agentur des Erasmus+-Programms finanziert. Ziel des Programms ist der Aufbau eines Europäischen Netzwerks für Wertevermittlung und ethische Bildung. Bisher nehmen Partner aus Deutschland, Österreich, Italien, Spanien, Kroatien und Slowenien daran teil. Auf der Website www.ethics-education.eu finden Lehrkräfte praktische Unterrichtsmaterialien zum Thema.

Das Wort **Flüchtlinge** wurde von der Gesellschaft für die deutsche Sprache zum Wort des Jahres 2015 gewählt.

Wertevermittlung ist auch ein wichtiges Thema an Deutschen Auslandsschulen, so auch an der Deutschen Schule Porto in Portugal.

Doch werden Lehrkräfte damit in ihrer Rolle nicht überfordert? Bei einer Umfrage unter Lehrern unterschiedlicher Nationen, die im Rahmen des EU-Projekts „Ethika. Ethics and values education in schools and kindergardens“ 2015 durchgeführt wurde, gaben mehr als die Hälfte an, durch ihre Erzieher- oder Lehramtsausbildung nicht auf die Vermittlung ethischer Bildung und Werte vorbereitet worden zu sein. Fast jeder Zweite eignete sich Kenntnisse auf diesem Gebiet durch Fortbildungen an, mehr als Dreiviertel der Lehrkräfte bildeten sich im Selbststudium weiter.

Verunsicherungen ernst nehmen

Radikalisierte Jugendliche, terroristische Anschläge, Flüchtlingswellen – auf viele aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen gibt es weder in der Politik noch in der Praxis eine einheitliche Antwort. Sie führen nicht nur in Deutschland zu Verunsicherung, Misstrauen und Angst, teilweise sogar zur Ausgrenzung. Spätestens mit der Asyldebatte entflammte auch die Diskussion um Political Correctness neu. „Wer in Deutschland nicht sozialdemokratisch ist, landet entweder im Irrenhaus oder im Ausland“, polemisierte der Philosoph Peter Sloterdijk im Magazin „Focus“. In einer solchen Atmosphäre wird es zunehmend schwieriger, Ängste – ob berechtigt oder unberechtigt – frei zu äußern. Auf der anderen Seite wird Political Incorrectness als Protestform plötzlich attraktiv und zieht die Massen an.

Eine von der SPD in Auftrag gegebene Allensbach-Studie zeigt: „Die Stimmungslage der Bürger ist zurzeit von einer ungewöhnlichen Konstellation geprägt. Die materielle Zufriedenheit wächst, die Sorgen um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes bewegen sich auf niedrigem Niveau, aber der Zukunftsoptimismus ist steil zurückgegangen.“ Die Bürger seien verunsichert durch den Flüchtlingsstrom, die Häufung von Terrorakten, internationale Krisen, die Entwicklung der inneren Sicherheit und Veränderungen in der Gesellschaft.

Bei aller Unsicherheit kann Werteforscher Andreas Giger der aktuellen Situation Positives abgewinnen. „Ich denke, es gehört zu den Aufgaben jeder Gesellschaft, dass sie sich immer wieder Gedanken darüber macht, was ihre Werte sind. Was ist uns wichtig? Im jetzigen Fall ist das durch die Konfrontation mit anderen Wertesystemen von außen herausgefordert worden.“

Lebensrealität abbilden

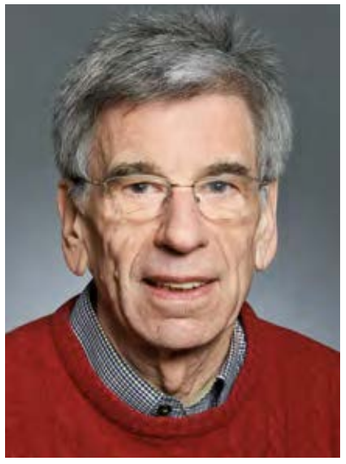
Auch an der Johannes-Löh-Gesamtschule machen sich die Kinder ihre Gedanken darüber, was ihnen wichtig ist und was den anderen. Freundschaft gehört auf jeden Fall dazu. Der Religionsunterricht bildet ihre Lebensrealität ab und spiegelt die religiöse Vielfalt der Stadt. „Wir können durch dieses Projekt schon früh Vorurteile und Schubladendenken abbauen“, erklärt Schulleiterin Angelika Büscher. „Ein Verständnis von Religion und Glauben, das Lebenshilfe bedeutet und Menschen zueinander führt, kann nicht zuletzt dazu beitragen, Vorurteile abzubauen“, ist die Pädagogin überzeugt. Für das Pilotprojekt des gemeinsamen Religionsunterrichts ist jedoch enorm viel Vorbereitung nötig. Katholische, evangelische und ein islamischer Lehrer mussten viel zusammentragen und abgleichen, um den Kindern entsprechende Inhalte zu vermitteln. Das Fazit der Schulleiterin ist positiv: „Selbst wir Lehrer haben unglaublich viel dazugelernt.“ So wie die Kinder, denn das individuelle Wertesystem entwickelt sich ein Leben lang.

Wertevermittlung in der Schule

Was ist uns die Jugend wert?

Die Schule soll es richten. Sie ist zuständig für die Vermittlung von Werten. Aber wie lässt sich die Haltung zu etwas lehren? Können Schüler Einstellungen wirklich lernen wie Französischvokabeln? Und wie kann Schule das leisten? Ein Plädoyer.

von Dr. Helmut Meißner



Dr. Helmut Meißner, ehemaliger Lehrer für Latein, Griechisch und Ethik, sowie Gastautor der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“

Bisher gibt es keine Einigkeit darüber, welche Haltungen, Einstellungen oder moralischen Überzeugungen es genau sind, die vermittelt werden sollen. Und wenn man sich hier geeinigt hätte, wäre damit immer noch nicht geklärt, welche Unterrichtsmethoden erfolgversprechend sein könnten.

Manche Lehrplanautoren machen sich darüber offenbar wenig Gedanken. So erregte beispielsweise im Jahre 2014 ein baden-württembergischer Lehrplanentwurf Aufsehen, der für die Klassen 5 und 6 insgesamt 202 „Einstellungen“ vorschrieb, die im Fachunterricht vermittelt werden sollten. Dabei wurde anscheinend ein von der Pädagogik längst erkannter Sachverhalt ignoriert: Einstellungen lassen sich lehrplanmäßig nicht vermitteln. Entsprechende Versuche sind nur schwer von Indoktrination zu trennen.

Es klingt paradox: Um möglichst erfolgreich zu sein, sollte Werteerziehung freiheitlichen Charakter haben. Eine mit Zwang verbundene Wertevermittlung hat die Tendenz, junge Menschen geistig weniger selbstständig und leichter manipulierbar zu machen. Worauf es ankommt, ist der freiheitliche Weg der Werteerziehung. Doch an der Frage, wie freiheitliche Werteerziehung gelingen kann, scheiden sich die Geister.

Allgemeinbildung als Ansatz

Allgemeinbildung bezieht sich auf den ganzen Menschen mit all seinen Kräften: den geistigen und den seelischen. Ihre Ziele mag man unterschiedlich formulieren. Befürworter eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats dürften aber weitgehend darin übereinstimmen, dass ein Hauptziel der Allgemeinbildung in der Erziehung junger Menschen zu selbstständig denkenden, begründet urteilenden, für sich selbst und für andere verantwortungsfähigen Persönlichkeiten bestehen sollte.

Um eine anspruchsvolle Allgemeinbildung zu vermitteln, ist Unterricht in sehr unterschiedlichen Disziplinen notwendig. Dazu gehören die gymnastischen und musischen Disziplinen. Auch Mathematik und die Naturwissenschaften sind unentbehrlich, vor allem, weil diese Fächer Zugang zu wichtigen Wissensbereichen schaffen und zum Training des Verstands beitragen.

Ein wesentlicher Teil der wünschenswerten Persönlichkeitsbildung in demokratischen Systemen ist die Fähigkeit, sich ein eigenes, möglichst begründetes Urteil zu politisch-moralischen Fragen der Zeit zu bilden. Angesichts der existenziellen Bedeutung dieser Fähigkeit erscheint es erstaunlich, wie wenig Gewicht darauf in neueren Bildungsstudien der Wirtschaft gelegt wird. Dabei müssten zur Schärfung des politisch-moralischen Urteilsvermögens – und zum dafür nötigen Nachdenken über unterschiedliche politisch-moralische Wertkriterien – alle Schulfächer nach Kräften beitragen. Dass dem Geschichtsunterricht und den Fächern Deutsch, Religion und Ethik dabei große Bedeutung zukommt, wird heute kaum bezweifelt.

Literatur als Impuls

In der neueren Bildungsdiskussion wird den Chancen, die in der Beschäftigung mit Literatur liegen, nicht viel Aufmerksamkeit geschenkt. In der fremdsprachlichen Literatur, gerade auch in der altsprachlichen, sind zahlreiche Texte zu finden, die Schülern wertvolle Impulse geben können, über politisch-moralische Wertkriterien nachzudenken und ihr politisch-moralisches Urteilsvermögen zu entwickeln. Die pädagogischen Chancen, die in der Auseinandersetzung mit großen Werken fremdsprachlicher Literatur liegen, sollten genutzt werden.

Allgemeinbildung zielt nicht nur auf die Vermittlung messbarer Kompetenzen ab. Sie beinhaltet vielmehr die eingehende Beschäftigung mit Grundfragen menschlicher Existenz anhand hochrangiger Literatur, die an den Werten Freiheit, Wahrheit, Vernunft und Verantwortung für das größere Ganze orientiert ist, ohne jedoch die Gedankenfreiheit des Lesers einzuschränken. Das Konzept dieser Allgemeinbildung stammte ursprünglich vor allem von Platon und in der frühen Neuzeit namentlich von dem Humanisten Melanchthon, der auf griechische und römische Autoren zurückgriff.

Entliterarisierung des Unterrichts

Erst als sich in den letzten Jahrzehnten ökonomistische, „erleichterungspädagogische“ Denkweisen durchzusetzen begannen, kam es zu einer „Entliterarisierung“ des Fremdsprachenunterrichts und teilweise auch des Deutschunterrichts – und damit zwangsläufig zu einem, wenn auch schleichenden, Rückgang der allgemeinbildenden Funktion der Schule. Schulpolitiker, die sich in den 80er Jahren gegen diesen Strom stemmten, wurden zum Teil so nachhaltig attackiert, dass sie ihr ursprüngliches Ansehen nicht zurückgewinnen konnten. Spätestens seit den 90er Jahren handelten die Kultusministerien vielfach so, als trügen sie für die zurückgehende Studier- und Ausbildungsfähigkeit der Schulabsolventen keine oder nur begrenzte Verantwortung.

Eine freiheitliche Demokratie ist auf gemeinwohlorientiert denkende, eigenverantwortlich handelnde Bürger angewiesen. Es besteht also ein dringender Bedarf an Texten, die Schüler anregen, sich mit der Eigenverantwortung des Einzelnen auseinanderzusetzen. Für die Bildungsarbeit ergibt sich daraus, dass der Schulunterricht Schülern nicht nur Modelle des Scheiterns, sondern auch einer gelungenen Verständigung zwischen Konfliktgegnern zur Betrachtung und Analyse anbieten muss. Wer zulässt, dass Kinder sich gewohnheitsmäßig mit gewalttätigen Computerspielen die Zeit vertreiben, dass sie Hasspredigten hören oder vom Freund-Feind-Denken bestimmte Texte lesen, braucht sich über Defizite im zivilisierten Umgang miteinander nicht zu wundern.

Offen für fremde Meinungen

Eine Demokratie ist zweifellos darauf angewiesen, dass Vertreter unterschiedlicher Meinungen bereit und fähig sind, Wege der Verständigung miteinander zu finden. Das setzt zunächst einmal die Bereitschaft und Fähigkeit voraus, sich in fremde Meinungen hineinzudenken und sich fair und selbstkritisch mit ihnen auseinanderzusetzen. Deshalb sollten junge Menschen bereits in der Schule reichlich Gelegenheit dazu bekommen, fremde Meinungen unvoreingenommen und umsichtig zu durchdenken. Wer über Jahre ein solches Training durchläuft, gewinnt damit die Chance, seinen Abwehrreflex gegen alles Fremde zu überwinden. Gelingt das, so hat man oft sogar Freude daran, fremde Meinungen möglichst unvoreingenommen und umsichtig zu durchdenken. Es leuchtet ein, dass damit auch die Bereitschaft wächst, anspruchsvolle Bücher zu lesen. Wo es der Schulpolitik gelingt, solche Lernprozesse bei einer großen Zahl von Schülern zu fördern, braucht man sich um die Zukunft der Lesekultur keine Sorgen zu machen.

Fördern statt fordern

Eine klassische Allgemeinbildung mit starker literarischer Komponente eröffnet den Weg zu einer umfassenden freiheitlichen Werteerziehung, die Schülern keine Gesinnungen vorschreibt, sondern ihnen Anreiz und Spielraum gibt, sich mit den betreffenden Fragen auseinanderzusetzen und so in Freiheit ihr jeweils eigenes Wertesystem aufzubauen.

Eine mit Zwang verbundene Wertevermittlung verkehrt sich leicht ins Gegenteil: in Erziehung zu Unfreiheit und Unaufrichtigkeit. Die Aneignung von Gesinnungen und Einstellungen muss letztlich Sache der Schüler bleiben. Sache des Staates ist es, bestmögliche Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Für das schwierige Feld staatlich organisierter Werteerziehung gelten somit zwei scheinbar widersprüchliche Forderungen: Einerseits trägt der Staat eine hohe Verantwortung für die Pflege der Werteerziehung. Andererseits muss der Staat die Meinungs- und Gedankenfreiheit von Schülern respektieren und darf ihnen nicht vorschreiben, welche Gesinnungen und Einstellungen sie haben sollen. Will der Staat für eine nicht indoktrinierende Werteerziehung sorgen, so muss er vor allem eine gründliche, freiheitliche Allgemeinbildung fördern. |

Expertenserie: Interview mit Werner Zettelmeier

„In Deutschland hat sich die Zivilgesellschaft den Staat geschaffen, in Frankreich hat sich der Staat eine Zivilgesellschaft geschaffen.“

Werner Zettelmeier ist Experte für deutsch-französische Bildungskooperationen am „Centre d’information et de recherche sur l’Allemagne contemporaine“ der Universität von Cergy-Pontoise im Großraum Paris. Stefany Krath sprach mit dem Wissenschaftler über die Bedeutung von Wertevermittlung in beiden Kulturen.

Werner Zettelmeiers Forschungsschwerpunkte als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Dozent umfassen die Auseinandersetzung mit den Bildungssystemen und der Berufsbildung in beiden Ländern ebenso wie mit der deutsch-französischen Kooperation im Bereich der Aus- und Weiterbildung.

Herr Zettelmeier, wie entwickeln Kinder Werte?
Es gibt sicherlich keine spezifische genetische Programmierung von deutschen und französischen Kindern. Wichtige Sozialisationsinstanzen in Frankreich und in Deutschland sind Familie und Schule. In den französischen Familien wird das ähnlich wie in deutschen sein. Aber sicherlich hat Schule in Frankreich einen anderen Stellenwert bei der Wertevermittlung, als das in Deutschland der Fall ist. Das erklärt sich aus historischen Zusammenhängen und der besonderen Rolle, die die Schule in Frankreich für das „Nationbuilding“ im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts innehatte. Von daher kommt der Schule eine besondere Rolle bei der Vermittlung der sogenannten republikanischen Werte zu.

Wie sieht diese besondere Rolle aus?
Ende des 19. Jahrhunderts gab es einen Kampf zwischen den Kräften, die laizistisch ausgerichtet waren, und der katholischen Kirche. Die Begründung der laizistisch ausgerichteten Schule ab 1880 ist einer der Meilensteine in der Geschichte Frankreichs. Diese sehr strikte Trennung zwischen Kirche und Staat, wie sie im Gesetz von 1905 dokumentiert wurde, ist sicherlich das Alleinstellungsmerkmal gegenüber Deutschland. Das gilt aber auch gegenüber anderen Staaten, in denen diese Trennung weit weniger strikt ist. In Frankreich ist Religion und die damit zusammenhängende Wertevermittlung reine Privatsache und hat im öffentlichen Raum nichts zu suchen. In Deutschland gibt es Religionsunterricht; Religionsgemeinschaften sind öffentliche Körperschaften, die Steuern erheben dürfen. Das ist in Frankreich anders.

Kann man denn grundsätzlich von gleichen Werten in beiden Nationen sprechen?
In beiden Nationen werden Sie ein Bekenntnis zu Menschenrechten und zu demokratischen Grundwerten finden. Die Geschichte dahinter ist natürlich unterschiedlich. In Frankreich sind diese Werte sehr viel stärker eine Errungenschaft, die sich das Volk im revolutionären Kampf gegen die Obrigkeit erkämpft hat. In Deutschland sind diese Werte ja teilweise als Folge des Ersten und des Zweiten Weltkriegs von außen importiert worden und nur zu einem gewissen Grad originär „deutsche“ Werte. In Deutschland hat es nie eine Revolution gegeben, es hat nie eine Republik gegeben, die sich dauerhaft etablieren konnte. Somit ist die Geschichte der Bundesrepublik auch eine Geschichte der von außen importierten demokratischen Werte, wie sie insbesondere von den westlichen Besatzungsmächten propagiert und implementiert worden sind.

Gibt es gemeinsame europäische Werte?
Das glaube ich schon. In beiden Völkern gibt es durchaus eine große Übereinstimmung in Bezug auf den europäischen Integrationsgedanken. Man kann aber auch sagen, dass in Frankreich die Frage der europäischen Integration viel stärker umstritten ist als in Deutschland, wo die großen Parteien und mittlerweile auch die kleinen – vielleicht mit Ausnahme der AfD – noch ziemlich konsensual in Bezug auf die europäische Einigung sind. In Frankreich gibt es traditionell eine sehr souveränistische Tendenz, die dem europäischen Gedanken nicht feindlich gesinnt gegenübersteht, aber eher der gaullistischen Tradition eines Europas der Vaterländer ohne Transfer von Souveränität an überstaatliche Institutionen folgt. Da gibt es sicherlich deutsch-französische Divergenzen, wobei auch in Deutschland mittlerweile der Integrationsgedanke nicht mehr so stark ist, wie das vielleicht noch in den 50er und 60er Jahren der Fall war.

Wie kann Wertevermittlung in einem Land wie Frankreich, das von besonders großen starken gesellschaftlichen und kulturellen Gegensätzen geprägt ist, gelingen?
Die Franzosen verstehen ihre Geschichte als einen Kampf um Einheit und Gleichheit. Frankreich kennt verschiedene Kulturen, es gibt unterschiedliche regionale Sprachen. Die Einheit Frankreichs ist immer ein Resultat militärischer Konfrontation gewesen, sowohl mit ausländischen Mächten als auch mit internen Feinden. In diesem Kontext kommt gerade der Schule eine besondere Rolle bei der Wertevermittlung zu. Schule musste geschützt werden vor dem Einfluss äußerer Kräfte wie beispielsweise der Kirche. Deshalb ist die laizistische Schule ein Grundwert, der weitestgehend von allen demokratischen Kräften in Frankreich geteilt wird. Sogar beim rechtsextremen Front National gibt es ein Bekenntnis zur Laizität, allerdings nicht aus republikanischer Tradition heraus, sondern eher aus der Motivation, den Islam auszuschließen.

Wie werden Werte in Frankreich im Vergleich zu Deutschland in der Schule vermittelt?
Das ist das große Thema. Es hat in Frankreich im Selbstverständnis lange Zeit nicht die Notwendigkeit beispielsweise eines politischen Unterrichts gegeben, wie es in Deutschland seit den 50er, 60er Jahren in allen Bundesländern üblich ist. Die Vermittlung von Werten geschah in den anderen Disziplinen, in Geschichte, Geografie oder teilweise auch im Französischunterricht. Die Begründung eines politischen oder sozialwissenschaftlich orientierten Unterrichts geschah in Frankreich erst in den 90er Jahren.

Was kann Schule im Bereich Wertevermittlung leisten?
Man darf sicherlich Schule nicht mit Erwartungen überfrachten. In Frankreich steht die Schule derzeit im Kreuzfeuer der Kritik. Sie habe versagt bei der Werteerziehung der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, ebenso wie bei marginalisierten Jugendlichen, die kriminell werden. Der Schule werden Fehler zugeschrieben, die sicherlich teilweise von ihr mitverursacht wurden – aber man kann Schule ja nicht allein verantwortlich machen. In Frankreich sind andere Institutionen der Wertevermittlung nicht mehr existent. Es gibt keine allgemeine Wehrpflicht mehr, Kirchen oder Vereine spielen nicht die Rolle, die sie in Deutschland spielen. Die Zivilgesellschaft hat in Frankreich nicht die Rolle inne, die sie in Deutschland hat. In Deutschland hat sich die Zivilgesellschaft den Staat geschaffen, in Frankreich hat sich der Staat eine Zivilgesellschaft geschaffen. In Frankreich läuft mehr oder weniger immer alles auf den Staat zu, der Entscheidungen treffen muss. Man erwartet sehr viel vom Staat, und der Staat ist eben auch die Schule. Und die Schule soll es jetzt wieder richten. Seit den Ereignissen des letzten Jahres hat es neue Programme für den Geschichtsunterricht und die Gemeinschaftskunde gegeben. Der Aufwand, der dort betrieben wird, ist hoch, aber die Möglichkeiten, die die Lehrer haben, die dafür teilweise gar nicht ausgebildet sind und ein sehr geringes Stundendeputat haben, sind unzureichend. Hier wird Schule mit Erwartungen überfrachtet, die sie alleine nicht befriedigen kann. >

Können Werte in der Schule gelehrt werden wie französische Grammatik?
Man kann sie dozieren, aber das heißt ja nicht, dass sie dann auch akzeptiert werden. Das kommt darauf an, wie man sie thematisiert und evaluiert. Kann man Wertevermittlung benoten? Das sind sehr komplexe Fragen. Die Schule kann einen Beitrag leisten, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass es gemeinsame Werte gibt, aber sie darf nicht allein gelassen werden.

Was halten Sie von Fächern wie Ethik oder Philosophie?
In Deutschland ist so etwas möglich, in Frankreich ist dies nicht der Fall. In Deutschland ist der Ethikunterricht das Gegenstück zum Religionsunterricht. Da es in Frankreich keinen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen gibt, ist auch ein Fach Ethik nicht möglich. Es gibt in Frankreich das Fach Philosophie, aber das wird erst in der letzten Klasse des Gymnasiums unterrichtet und erreicht somit längst nicht alle Schüler. Es gibt auch in Frankreich Tendenzen, die darauf abzielen, dass sehr viel stärker ein religionskundlicher Unterricht, ein Unterricht über die Religionen stattfinden muss. Das ist vorwiegend im Geschichtsunterricht zu leisten. Die Lehrer, die das machen, müssen staatlich berufene und qualifizierte Leute sein. Frankreich und Deutschland haben sich da einiges zu sagen. Aber es wird in absehbarer Zeit nicht zu einer Homogenisierung der Praktiken kommen. Man muss die unterschiedlichen Kulturen, gerade auch Erinnerungskulturen, respektieren. Das postkoloniale Trauma ist grundlegend für das Verhältnis der Franzosen zum Thema Migration. Die Beziehungen zu den sogenannten Maghreb-Staaten Algerien, Tunesien und Marokko sind durch dieses Trauma belastet. Das gibt es in Deutschland nicht, von daher fehlen dort auch bestimmte Voraussetzungen im Umgang mit Migranten.

Werte als Instrumente langfristiger Prävention vor Radikalisierung, funktioniert das?
Das ist eine Frage, bei der es viele Stellschrauben gibt. Schule allein kann nicht de- oder entradikalisieren. Das Problem in Frankreich ist, dass man sich des Problems der Radikalisierung erst sehr spät bewusst geworden ist. Das Entsetzen war dann plötzlich groß. Man war doch davon ausgegangen, dass alle Kinder in der Schule die republikanischen Werte verinnerlicht haben. Haben sie aber offenbar nicht. Es gibt in Frankreich nach wie vor große Spannungen durch soziale Ungleichheit, aber auch durch die Segregation zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund. Frankreich hat den Zweiten Weltkrieg und den Faschismus nicht in dem Maße erlebt, wie das in Deutschland der Fall war.

Sehen Sie einen Werteverfall bei der heutigen Jugend in beiden Nationen?
Es gibt sicherlich Werte, die stärker hinterfragt werden, als es früher der Fall war. Dafür gibt es auch neue Werte, die für die Jugendlichen heute sehr viel wichtiger sind als noch für die Generation ihrer Eltern oder Großeltern. Aber nach wie vor gibt es in Frankreich wie in Deutschland eine starke Kontinuität in der Tatsache, dass in beiden Ländern die Familie als ein wichtiger Ort der Wertevermittlung und auch als eine Art Rückzugsort angesehen wird. Was natürlich nicht heißt, dass es nicht in beiden Ländern auch Familien gibt, die nicht mehr gut funktionieren und in denen diese Wertevermittlung nicht mehr stattfindet. Aber die Familie als Wert, den es zu schützen gilt, darüber besteht sicher Konsens in Deutschland und Frankreich. Bei anderen Werten scheiden sich stärker die Geister. Mit dem Wert der Laizität können Sie in Deutschland nichts anfangen, das ist nur in Frankreich zentral. |

Meldungen

Mehr Gelder für inklusive und soziale Förderung

Bonn/Berlin. Die im Auslandsschulgesetz festgelegten Prozentsätze für die Förderung von Kindern aus einkommensschwachen Familien und inklusivem Unterricht an Deutschen Auslandsschulen werden erhöht. Der Deutsche Bundestag hat dazu die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen. Das Auswärtige Amt hat entschieden, dass die Pauschale für die Gewährung von Sozialermäßigung um ein Drittel auf 2 Prozent steigen soll. Die Pauschale für inklusiven Unterricht verdoppelt sich von 0,5 auf 1 Prozent. Die Verwaltungsvorschriften werden dementsprechend überarbeitet. Um den Schulen zeitnah Zugriff auf die zusätzlichen Fördergelder zu ermöglichen, erhalten sie für 2016 eine Einmalzahlung im Dezember. „Das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung", erklärte Joachim Lauer, Leiter der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen. „Die ZfA wird die Auslandsschulen bei der Umsetzung von inklusiven und sozialen Fördermaßnahmen weiter unterstützen." | [SK]

Neues von PASCH-net

www.pasch-net.de – die Website der Initiative „Schulen: Partner der Zukunft"

MINT-Wettbewerb: Alltagsphänomenen auf der Spur

Warum kocht Milch schneller über als Wasser? Warum landet das Marmeladenbrot immer auf der Marmeladenseite? Und warum funkeln Sterne? Diesen und weiteren Phänomenen aus Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik können Schüler von PASCH-Schulen im Rahmen des Videowettbewerbs auf PASCH-net auf den Grund gehen und eine Reise nach Deutschland gewinnen. Einsendeschluss ist der 11. Januar 2017.
www.pasch-net.de/gewinnen

PASCH kocht: Rezepte aus aller Welt

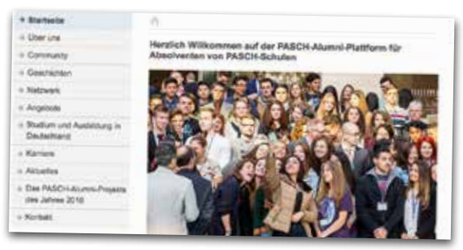
Traditionelles Essen, Festmahl oder Lieblingsgericht – am digitalen PASCH-Kochbuch können alle Schüler von PASCH-Schulen mitwirken. Wer es mit dem eigenen landestypischen Rezept plus Foto ins Kochbuch schafft, erhält am Jahresende einen Preis.
www.pasch-net.de/pasch-kochbuch

„Made in Germany": Produkte aus Deutschland

Die Gummibärchen im Süßigkeiten-Schrank, das Auto vor der Haustür, die Fußballschuhe im Flur, die Gesichtscreme im Badezimmer oder die Waschmaschine im Keller – viele der Produkte, die PASCH-Schüler im Alltag nutzen, stammen aus Deutschland. In einer Umfrage auf PASCH-net können die Deutschlernenden über ihre Lieblingsprodukte „Made in Germany" abstimmen. Die beliebtesten Produkte werden auf PASCH-net vorgestellt.
www.pasch-net.de/made-in-germany

PASCH-Alumni-Plattform: vernetzen, informieren, weiterbilden

Die PASCH-Alumni-Plattform auf dem Alumniportal Deutschland ist der Begegnungsort für alle Absolventen der weltweit rund 1.800 PASCH-Schulen. Über die Plattform können ehemalige PASCH-Schüler miteinander in Kontakt bleiben, andere Absolventen kennenlernen und sich über Karrieremöglichkeiten in Deutschland informieren. Auch Lehrkräfte und Vertreter von PASCH-Schulen können die Plattform zur Vernetzung mit ihren Alumni nutzen.
www.pasch-alumni.de



Meldungen

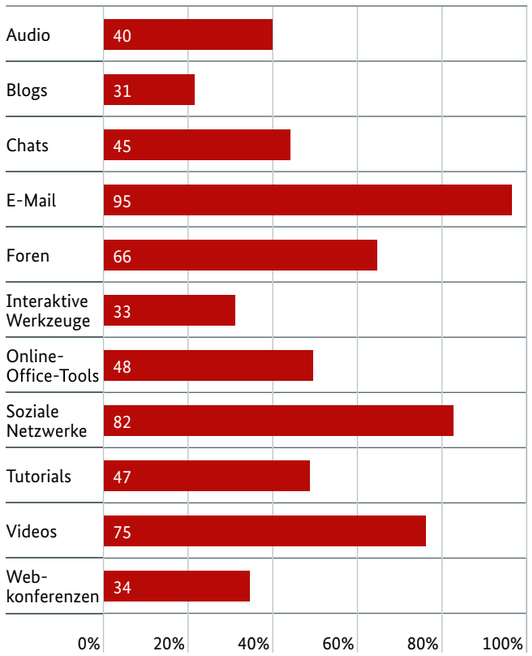
Ausbildung: Mehr digitale Lernhilfen erwünscht

Gütersloh. Berufliche Ausbildungsstätten nutzen bisher kaum digitale Lernhilfen. Wie aus der Studie „Monitor Digitale Bildung“ der Bertelsmann Stiftung hervorgeht, verwenden weniger als 20 Prozent der Schüler digitale Technologien in der Berufsschule oder im Ausbildungsbetrieb. Lediglich Informationsplattformen – sogenannte Wikis – und Präsentations-Tools setzen drei von vier Auszubildenden ein. Beim Lernen zu Hause verwenden die Berufsschüler deutlich mehr digitale Lernhilfen. Ein Grund für den unterschiedlichen Einsatz ist die unzureichende Internetversorgung an den Ausbildungsstätten: 40 Prozent der Berufsschulen verfügen nicht über WLAN. Zudem glaubt nur ein Drittel der Berufsschullehrer, mit Hilfe digitaler Technologien auch bessere Lernergebnisse erreichen zu können. Viele Berufsschüler wünschen sich laut Studie jedoch ein größeres digitales Angebot an ihren Berufsschulen und im Betrieb. Jeder dritte Auszubildende ist motivierter, wenn er Online-Lernhilfen nutzt. Der erste Bericht des „Monitor Digitale Bildung“ konzentriert sich auf die berufliche Ausbildung. Weitere Berichte zur Digitalisierung in Schule, Hochschule und Weiterbildung sollen folgen. | [PB]

Die Studie finden Sie unter: www.bertelsmann-stiftung.de

Wenige Studenten nutzen Vielfalt digitaler Medien

Häufigkeit der Nutzung digitaler Medien in Prozent



Quelle: Hochschulforum Digitalisierung

Berlin. Digitale Medien gehören in Deutschland zum Studienalltag. Wie ausgeprägt ihre Nutzung ist, hängt jedoch vom Fach und der Hochschule ab. Nur etwa ein Fünftel aller deutschen Studierenden nutzt demnach die Vielfalt digitaler Medien. Das zeigt eine Studie des CHE Centrum für Hochschulentwicklung im Rahmen des Hochschulforums Digitalisierung, bei der 27.500 Studierende aus elf Fachbereichen befragt wurden. Die Forscher unterschieden nach vier Nutzertypen: „PDF-Nutzer“, „E-Prüflinge“, „Videolernende“ und „Digitale Allrounder“. PDF-Nutzer sind mit rund einem Drittel in der Mehrheit, sie bevorzugen klassische Medien wie E-Mails oder PDF-Dokumente. Bei E-Prüflingen kommen auch digitale Prüfungen oder Formen des E-Assessment zum Einsatz. Zu ihnen zählt etwa ein Viertel aller deutschen Studierenden, die wiederum größtenteils aus der Medizin oder Zahnmedizin kommen, wo standardisierte Prüfungen gängig sind. Laut der Studie setzen Videolernende und Digitale Allrounder soziale Kommunikations-Tools oder Lernspiele am versiertesten ein. Zu ihnen zählen etwa 20 Prozent, Informatiker sind in diesen Gruppen mit jeweils rund einem Drittel am häufigsten vertreten. Julius-David Friedrich, Mitautor der Studie, schlussfolgert: „Nur wo digitale Medien einen obligatorischen Bestandteil des Lernprozesses ausmachen, ist die Verbreitung bereits heute hoch.“ Er fordert deshalb, digitale Medien systematisch in der Hochschullehre zu verankern. | [BT]

Weitere Infos zur Digitalisierung an deutschen Hochschulen unter: www.hochschulforumdigitalisierung.de

Meldungen

Studieren nach der Flucht?

Hildesheim. Auf die steigenden Flüchtlingszahlen 2015 haben viele deutsche Hochschulen mit einem erweiterten Studienangebot für Asylsuchende reagiert. Mit den Schwerpunkten und Zielgruppen, Konflikten und organisatorischen Herausforderungen dieser Angebote beschäftigt sich eine Studie der Universität Hildesheim, gefördert von der Stiftung Mercator: Die Mehrheit der neun untersuchten Hochschulen öffnete als „Soforthilfe“ zunächst ihre Gasthörerprogramme für alle Geflüchteten und bot zudem Deutschkurse, Mentorenprojekte oder Sportangebote an. Inzwischen wählen die Hochschulen ihre Zielgruppe stärker nach Kriterien wie Studierfähigkeit aus. Laut Studie stehen geflüchtete Studieninteressierte jedoch vielfach vor besonderen rechtlichen Herausforderungen. Synergien mit anderen Integrationsangeboten werden von den Hochschulen wiederum „nur punktuell genutzt, vereinzelt entstehen sogar Konkurrenzen“. Das Fazit: „Die rechtlichen Hürden und die notwendigen Sprachkenntnisse bedeuten, dass der Weg ins Studium für die meisten Flüchtlinge noch weit ist.“ | [AP]

Informationen zur Studie: www.stiftung-mercator.de

Inwiefern Studienleistungen, die bereits in einem anderen Land absolviert wurden, auf ein Studium in Deutschland angerechnet werden können, entscheiden die Hochschulen selbst.

100 Millionen Euro für Flüchtlinge an Hochschulen

Berlin. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unterstützt mit rund 100 Millionen Euro Projekte, um Flüchtlingen deutschlandweit einen Studienzugang zu ermöglichen. Das Ende 2015 beschlossene Maßnahmenpaket wird mithilfe des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) umgesetzt. 27 Millionen Euro werden bereits in diesem Jahr für mehr als 300 Projekte an über 180 Hochschulen aufgewendet. Dabei wurden unter anderem 2.800 Plätze in Vorbereitungskursen sowie kostenlose Tests zur Studierfähigkeit für Flüchtlinge finanziert. Unterstützt wurde auch das Programm „Welcome – Studierende engagieren sich für Flüchtlinge“. „Wir wollen geflüchteten jungen Talenten möglichst schnell eine Perspektive als internationale Studierende geben, damit sie als Fachkräfte eines Tages ihre Heimat wieder aufbauen oder hier zum Wohl unseres Landes beitragen können“, sagt Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU). Kern der Maßnahmen ist es, Flüchtlinge mit einer Hochschulzugangsberechtigung ihres Herkunftslandes fachlich und sprachlich auf ein Studium in Deutschland vorzubereiten. „Größte Hürde ist derzeit noch die Sprache“, weiß DAAD-Präsidentin Margret Wintermantel. | [AO]

Weitere Informationen unter:
www.bmbf.de/fluechtlinge-durch-bildung-integrieren
www.daad.de/der-daad/fluechtlinge

Die deutsche Minderheit in Kasachstan

Verbindungstüren öffnen

Großes Volksfest der Organisation „Wiedergeburt“ 2015 in Kasachstans größter Stadt Almaty.

Die Kasachstandeutschen waren in ihrer östlichen Heimat nicht immer willkommen. Während die ältere Generation dies noch selbst miterlebte, betrachten Jüngere ihre deutschen Wurzeln heute vielfach als Plus. Die Organisation „Wiedergeburt“ will beide Perspektiven verbinden, indem sie an das gemeinsame kulturelle Erbe erinnert.

von Bettina Taylor

Mittwochmorgen am deutschen Gymnasium Nr. 46 in Kasachstans Hauptstadt Astana. Tanja Unterberg, eine aus Deutschland vermittelte Fachschaftsberaterin, und ihre Kollegin Aiman Maxutowna arbeiten mit 15 Schülern an einem Theaterstück zum Thema „Mit Deutsch in die Zukunft im Zuge der Globalisierung“. Plötzlich ertönt hinter einer Verbindungstür fröhlicher Gesang, begleitet von einer Akkordeon-Melodie. Die Tür führt zu einem Nebenraum im Schulgebäude. Als eine von Unterbergs Schülerinnen sie neugierig öffnet, steht vor ihr ein Chor älterer Damen der Organisation „Wiedergeburt“, der die Räume gemietet hat. Die Gesellschaft mit rund 48.000 Mitgliedern in 20 Gebietsgesellschaften vertritt die deutsche Minderheit in Kasachstan. Ihr offizieller Titel: Assoziation der gesellschaftlichen Vereinigungen der Deutschen Kasachstans „Wiedergeburt“ (AgVDK).

Perspektiven aufgreifen

Die morgendliche Begegnung bleibt nicht ohne Folgen. Die Siebt-, Neunt- und Zehntklässler kommen mit den älteren Kasachstandeutschen ins Gespräch. Tanja Unterberg, die im Auftrag der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) an der Schule unterrichtet, erzählt von dem Schülerprojekt. Neben der Entwicklung des Theaterstücks geht es auch darum, unterschiedliche Perspektiven über die Rolle der deutschen Sprache in der Globalisierung kennenzulernen. Dafür haben die Gymnasiasten bereits Mitarbeiter der Deutschen Botschaft befragt. Jetzt bitten sie die Mitglieder der „Wiedergeburt“ um Interviews.

Die Wurzeln der Kasachstandeutschen

Die Vorfahren der Mitglieder der „Wiedergeburt“ und viele von ihnen selbst verbindet eine bewegte Geschichte. Das erste deutsche Dorf in Kasachstan wurde bereits 1880 von umgesiedelten Bauern gegründet, die aus deutschen Fürstentümern stammten. Die erste große Umsiedlungswelle begann im Jahr 1941 mit der Deportation von 444.000 Russlanddeutschen aus dem an Kasachstan angrenzenden Wolgagebiet. Hier waren unter der Herrschaft von Katharina der Großen im 18. Jahrhundert viele deutsche Siedlungen entstanden. Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg wurden deren Bewohner in andere sowjetische Gebiete deportiert, darunter Kasachstan. Wer die harten Bedingungen in den Arbeitslagern überlebte, stand unter staatlicher Aufsicht: Erst ab 1955 durfte die deutsche Minderheit außerhalb der ihnen zugeteilten Siedlungen wohnen. In der Nachkriegszeit erlebte die Volksgruppe nach langjähriger Unterdrückung eine Wiederkehr ihrer kulturellen Identität. 1966 wurde beispielsweise die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ gegründet. Dieses Gefühl einer „Wiedergeburt“ griff die AgVDK bei ihrer Gründung 1992 mit ihrer Namensgebung auf.

Wie ein zweites Zuhause

Auch heute hat die Organisation „Wiedergeburt“ für Mitglieder, die die Kriegsjahre noch miterlebten, große Bedeutung. Das zeigen auch die Interviews für das Schülerprojekt. Die 75-jährige Elena Jakowlevna Unrau erzählt, wie sie während des Zweiten Weltkriegs von Deutschland nach Russland auswanderte. Weil ihr Mann Verwandte in der Nähe der heutigen kasachischen Hauptstadt Astana hatte, zogen sie weiter nach Kasachstan und fanden eine neue Heimat. Obwohl viele ihrer Familienmitglieder in Deutschland leben, möchte Unrau in Kasachstan bei ihren Kindern und Enkeln bleiben. Bei der „Wiedergeburt“ ist die Kasachstandeutsche seit 2005 aktiv und hat schon viele Freundschaften geschlossen. Auch die 72 Jahre alte Anna Phillipovna schätzt das Miteinander in der Organisation. Für sie sei die „Wiedergeburt“ so etwas wie ein zweites Zuhause. Ihre deutschen Wurzeln habe sie niemals vergessen, erzählt sie im Interview. Deutsch sei und bleibe ihre Muttersprache.

Studieren in Deutschland

In den letzten Jahrzehnten ist der Anteil Kasachstandeutscher in der Gesamtbevölkerung deutlich kleiner geworden. Mit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ entstand ab Mitte der 90er Jahre eine Abwanderungswelle der deutschen Minderheit in die Bundesrepublik Deutschland. Wurden 1989 bei einer Volkszählung noch 957.000 Kasachstandeutsche erfasst, waren es im März 2016 nur noch 180.000. Ein Großteil der Verbliebenen lebt heute nach wie vor in den nördlichen Gebieten Kasachstans wie Kustanai, Pawlodar und Karaganda. Auch in der Hauptstadt Astana haben sich Kasachstandeutsche niedergelassen, einige ihrer Kinder besuchen das DSD-Gymnasium Nr. 46. „Im Schnitt unterrichte ich ein bis zwei Kasachstandeutsche in jeder Klasse“, schätzt die aus Deutschland vermittelte Fachschaftsberaterin Berna Budur. Eltern und Schüler zieht auch das Deutsche Sprachdiplom der Stufe II an, welches das Gymnasium anbietet. Wer es absolviert, erhält den sprachlichen Hochschulzugang in Deutschland. Dieses Ziel streben viele der Jugendlichen an, die das Gymnasium besuchen.

Damals Apfelstrudel, heute Fußball

Obwohl die Schule und die Organisation „Wiedergeburt“ eine starke Verbindung zur deutschen Kultur und Sprache pflegen, hatte es bis zu dem Mittwochmorgen im letzten Jahr wenig Austausch zwischen den Gemeinschaften gegeben. Olga Kazakov, Kulturbeauftragte der „Wiedergeburt“, erklärt sich das so: „Die Jugend Kasachstans schätzt vor allem die modernen Seiten Deutschlands. Sie finden die Volksfeste, die von der ‚Wiedergeburt‘ organisiert werden, nett, aber sie möchten die Tradition nicht leben. Sie verbinden mit Deutschland eher Fußball.“ Auch wenn die „Wiedergeburt“ mit Sommerlager und Theatergruppe Aktivitäten für jüngere Menschen bietet, ist sie eher traditionell geprägt. So findet man auf der Homepage neben Bildern von Trachten auch Rezepte von Apfelstrudel bis Käsekuchen. Wie bei vielen Kasachstandeutschen sind deutsche Traditionen auch fester Bestandteil von Olga Kazakovs Kindheitserinnerungen: „Meine Mama ist Deutsche. Zu Hause haben wir Lieder wie ‚Mein kleiner grüner Kaktus‘ gesungen.“

Nicht nur nach vorne schauen

Durch die Gespräche mit den Mitgliedern von der „Wiedergeburt“ haben die 15 Schüler, die an dem Projekt zum Thema „Mit Deutsch in die Zukunft im Zuge der Globalisierung“ teilgenommen haben, vor allem eines gelernt, wie sie in ihrem Projektbericht betonen: „In Zeiten der Globalisierung sollte man nicht nur nach vorne schauen. Man muss sich auch für die Vergangenheit interessieren, damit man versteht, welche Verbindungen zwischen den Völkern bestehen und ein friedliches Zusammenleben möglich ist. Wir werden gemeinsam mit den Menschen aus der Gesellschaft ‚Wiedergeburt‘ Ideen entwickeln, wie man zwischen ihnen und uns Brücken bauen kann.“ In Zukunft werden die Verbindungstüren somit wohl häufiger offen bleiben.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ gibt es auch im Internet unter www.deutsche-allgemeine-zeitung.de

Mit ihrem Projekt zum Thema **„Mit Deutsch in die Zukunft im Zuge der Globalisierung“** belegten die Schüler des DSD-Gymnasiums Nr. 46 im Jahr 2015 den ersten Platz im Jugendaustausch-Wettbewerb des Goethe-Instituts Almaty. Damit gewannen sie einen Austausch mit Schülern aus Hessen.

Schülerinnen des deutschen Gymnasiums Nr. 46 in Astana präsentieren stolz ihre DSD-II-Zertifikate.

MINT international

Zwei Schülerinnen arbeiten im Rahmen ihres JIA-Unterrichtsprojekts an selbst entwickelten solarbetriebenen Mini-Fahrzeugen.

Virtuelle Marsmissionen, Roboter und 3D-Druck: Damit befassen sich Nachwuchsingenieure und angehende Lehrer in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT). Seit Anfang des Jahres wird der Unterricht in Kooperation mit Deutschen Sprachdiplomschulen nun auch international.

von Anne Odendahl

Die Acht- und Neuntklässler des Hainberg-Gymnasiums in Göttingen beschäftigen sich ein Halbjahr mit Luftfahrttechnik und Flugmodellbau: Sie lernen die Grundbegriffe der Aerodynamik anhand selbstgebauter Modellflugzeuge und fertigen Zeichnungen mit CAD-Anwendungen an, einem System zur Konstruktion technischer Lösungen. Deutschlandweit entwickeln Klassen der gymnasialen Mittelstufe zum Beispiel Apps, Sportprothesen oder Solaranlagen. Ihre Schulen gehören zum Netzwerk der Junior-Ingenieur-Akademie (JIA) der Deutsche Telekom Stiftung: Als zweijähriges Wahlpflichtfach erhalten Schüler in Theorie und Praxis Einblicke in den Arbeitsalltag von Ingenieuren. Ihre Lehrkräfte bereiten die technischen Themen für den Unterricht vor, die Schüler sind jedoch aufgefordert, selbst Lösungen für technische Probleme zu entwickeln. Dabei vernetzt sich die Schule mit regionalen Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft. Die Anschubfinanzierung läuft nach zwei Jahren aus, aber die Schulen bleiben Teil des bundesweiten Netzwerks mit derzeit 78 Schulen.

Schulen in Deutschland, die an der **JIA** interessiert sind, sowie Deutsche Auslandsschulen und DSD-Schulen mit MINT-Schwerpunkt, die nach einer passenden Partnerschule im JIA-Netzwerk suchen, wenden sich an: sandra.heidemann@telekom.de. Zusätzliche Informationen finden sich auch auf www.telekom-stiftung.de/jia.

Internationale Schulbesuche

Dieses Netzwerk wird seit Jahresbeginn um Partnerschulen aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa erweitert. Über ein gemeinsames Technikprojekt, wie eine Robotik-Woche, können die Schüler nun auch andere Kulturen und Menschen kennenlernen. Das „Herzstück" der Schulpartnerschaften sind für Sandra Heidemann, Projektleiterin der JIA, die gegenseitigen Schulbesuche: „Ziel des Programms ist es, Partnerschaften langfristig zu verankern sowie die interkulturellen und fremdsprachlichen Kompetenzen der Schüler zu erweitern." Der erste Austausch findet bereits im Sommer statt. Im Juni sind Gymnasiasten aus Halle am von der ZfA geförderten Deutschen Nationalitätengymnasium in Budapest zu Gast.

Interkulturelle Kompetenzen

Auch Lehrkräfte profitieren von der Internationalisierung des Netzwerks. Sie können sich länderübergreifend über den Technikunterricht und die Vermittlung von MINT-Kompetenzen austauschen. Zudem haben angehende Lehrer mit dem Stipendienprogramm „FundaMINT" die Chance, vier bis sechs Monate an einer Schule in Polen, Rumänien oder Ungarn zu hospitieren. „Mit der Auslandskomponente verstärken wir, was wir mit FundaMINT erreichen wollen, nämlich Lehrer zu ermutigen, über den Tellerrand zu schauen", erklärt Dr. Gudrun Tegeder, FundaMINT-Projektleiterin. Die Deutsche Telekom Stiftung fördert Lehramtsstudierende der MINT-Fächer finanziell und bietet ihnen Seminare zu Classroom Management, Methodik, Mobbing oder spezifischen MINT-Themen an. So sollen die angehenden Lehrkräfte bestmöglich auf ihre künftige Aufgabe vorbereitet werden. Langfristig soll das Programm dabei unterstützen, die Wertschätzung für den MINT-Lehrerberuf zu stärken. Mit dem Auslandsaufenthalt können die Stipendiaten nun auch interkulturelle Kompetenzen erwerben. Vor Ort schauen sie sich den Unterricht in einem fremden Bildungssystem an. „Die Stipendiaten sollen Einsatzfelder jenseits des Gymnasiums um die Ecke entdecken. Die erworbenen Kompetenzen können sie auch in Deutschland einsetzen, gerade wenn die Klassen immer heterogener werden", beschreibt Tegeder den Einsatz der angehenden Lehrer. Sie gestalten den Unterricht mit und können ihn sogar zum Teil selber übernehmen. Zudem stellt die Stiftung ein Budget für Schülerprojekte zur Verfügung, wie zum Beispiel eine Mathematik-AG.

Die internationalen Aktivitäten basieren auf einer Kooperation der Deutsche Telekom Stiftung, der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) und des Pädagogischen Austauschdienstes (PAD) des Sekretariats der Kultusministerkonferenz. Die ZfA vermittelt Partnerschulen im Ausland, die einen MINT-Schwerpunkt sowie das Deutsche Sprachdiplom anbieten, und betreut die FundaMINT-Stipendiaten vor Ort. Kommunizieren können die beteiligten Schulen und Lehrer zudem über die eTwinning-Plattform des PAD.

Die Bewerbungsrunde für **FundaMINT** hat am 15. Oktober begonnen. Weitere Informationen zum Stipendium stehen auf www.telekom-stiftung.de/fundamint. Fragen beantwortet zudem: gudrun.tegeder@telekom.de

Meldungen

eTwinning: Schüler-Projekte europaweit

Brüssel. Die europäische E-Learning-Plattform „eTwinning" zählt laut dem EU-Bildungsprogramm Erasmus+ inzwischen mehr als 15.000 registrierte Lehrkräfte in Deutschland. Ihr Ziel ist es, einen virtuellen Raum für europaweite Schulpartnerschaften zu schaffen und Lehrern den fachlichen Austausch zu erleichtern. Die Website www.etwinning.de bietet kostenlose Projektplanungs-Tools, Unterrichtsmaterialien, Online-Kurse, Praxisbeispiele und Vernetzungsmöglichkeiten in 28 Sprachen. Das Angebot richtet sich an Schüler und Lehrkräfte aller Fächer, Jahrgangsstufen und Schulformen. Bei Projekten wie „A Taste of Maths" geht es unter anderem darum, Kenntnisse aus unterschiedlichen Fächern miteinander zu verknüpfen. Der Einsatz von eTwinning im Unterrichtsalltag soll auch den Umgang mit neuen Medien und die interkulturelle Kompetenz stärken. Die Plattform ist als Hauptprojekt des 2005 gestarteten E-Learning-Programms der Europäischen Kommission entstanden. Fast 400.000 Lehrkräfte aus Schulen und vorschulischen Einrichtungen beteiligen sich inzwischen europaweit. [BT]

Länderdossier Niederlande

Kleine Schule, weiter Horizont

Im Vergleich zu anderen internationalen Schulen am Regierungssitz der Niederlande ist die Deutsche Internationale Schule Den Haag (DISDH) klein. Aber familiäre Atmosphäre und Weltoffenheit müssen kein Widerspruch sein, wie die Deutsche Auslandsschule beweist.

von Johanna Böttges

Wenn Schulleiter Uwe Hinxlage einmal im Jahr die Konferenz „The Hague Model United Nations“ (THIMUN) besucht, fällt es ihm nicht immer leicht, den Diskussionen der Delegierten zu folgen – dabei sind einige davon Schüler seiner Schule. THIMUN ist die größte UN-Simulation der Welt. Jugendliche aus mehr als 100 Ländern übernehmen dort jeden Januar die Rolle internationaler Diplomaten. Fünf Tage lang verhandeln sie in den Gremien der Vereinten Nationen über Menschenrechte, Umweltschutz oder Abrüstung. Das Leitthema 2016: Sustainable Urbanisation. „Die Jugendlichen arbeiten sich in komplexe wirtschaftliche und politische Zusammenhänge ein. Da kann selbst ein Schulleiter nicht immer mitreden“, zeigt sich Hinxlage beeindruckt.

Größte UN-Simulation weltweit

Die DISDH ist Gründungsmitglied der Stiftung, die die Konferenz seit mehr als 35 Jahren ausrichtet. Bis zu 20 DISDH-Schüler ab der 8. Klasse nehmen jedes Jahr nicht nur an der Den Haager Konferenz teil, sondern reisen auch zu Simulationen in andere Länder. Eine feste Station ist Berlin, wo die Teilnehmer aus den Niederlanden in deutschen Gastfamilien leben.

Für die Schüler ist die Den Haager Großveranstaltung mit rund 3.500 Jugendlichen ein Kontrastprogramm zum Schulalltag. Die DISDH ist eine familiäre Schule, rund 400 Mädchen und Jungen besuchen sie. Gegenüber anderen internationalen Schulen in der Gegend ist das laut Hinxlage ein Alleinstellungsmerkmal, das die Eltern schätzen. „Der Kontakt ist sehr intensiv. Man sieht schneller, wenn etwas aus dem Ruder läuft, aber auch, wenn besondere Begabungen vorliegen.“ Neben der Deutschen Internationalen Schule gibt es in Den Haag nicht nur eine französische, eine amerikanische und eine britische, sondern zudem eine polnische und eine indonesische Schule. Hinzu kommt die noch junge Europäische Schule mit fünf Sprachzweigen. Nicht nur die Diplomatenstadt ist Anziehungspunkt für Menschen aus aller Welt: Jeder fünfte der 17 Millionen Einwohner der Niederlande hat einen ausländischen Pass. Knapp 72.000 von ihnen sind Deutsche. Sie kommen besonders gerne zum Studieren ins Land: Rund 24.000 Deutsche sind an niederländischen Hochschulen eingeschrieben.

Schulfamilie aus 50 Staaten

Die mitten in der Internationalen Zone der Diplomatenstadt gelegene DISDH ist multikulturell geprägt. Berücksichtigt man doppelte Staatsbürgerschaften, begegnen sich hier 50 Nationen. Zwar haben etwa Dreiviertel der Schüler einen deutschen Pass, viele sind jedoch nicht in Deutschland geboren. Andere pflegen seit Generationen eine besondere Beziehung zur deutschen Sprache. Wie eine Familie aus Mexiko: Schon die Großmutter unterrichtete an einer Deutschen Auslandsschule, der Vater lernte dort und schickt nun auch sein Kind auf eine Schule aus dem Netzwerk – auf die DISDH.

Mehrsprachigkeit ist für die meisten hier selbstverständlich: Viele wachsen mit drei oder vier Sprachen auf. Trotz des internationalen Umfelds legt die Deutsche Internationale Schule Den Haag Wert darauf, die Landessprache zu vermitteln. Die Kindergartenkinder werden jeweils von einer deutsch- und einer niederländischsprachigen Erzieherin betreut. Englisch lernt der Nachwuchs ab der Grundschule, die generelle Unterrichtssprache ist Deutsch. Später wird Geschichte bilingual auf Deutsch und Englisch unterrichtet, der Erdkundeunterricht findet ganz auf Englisch statt.

Sprachbarrieren abbauen, Übergänge glätten

Dem hohen Anteil an Nichtdeutschmuttersprachlern bietet die Schule ein Förderprogramm für Deutsch als Fremdsprache (DaF) an. Bis zur 8. Klasse werden Kinder mit einem Grundbedarf, einem erhöhten oder einem intensiven Bedarf an DaF-Förderung einer entsprechenden Lerngruppe zugeteilt. Ab 2017 können interessierte Deutschlerner zudem das Deutsche Sprachdiplom (DSD) der Stufe I ablegen. „Das DSD dient als Sprachnachweis für Schüler, die den Schulstandort wechseln und dadurch nicht bei uns das Deutsche Internationale Abitur ablegen können“, begründet der Schulleiter den Schritt. Das Bemühen um DaF-Lerner trägt ihm zufolge zur Akzeptanz der Schule bei deutschen wie nichtdeutschen Eltern bei, ebenso wie ein engagiertes Übergabemanagement, wenn ein Schüler umzieht und an eine andere Deutsche Auslandsschule wechseln möchte. Die DISDH setzt sich dann mit Lehrkräften und Leitung der Zielschule in Verbindung, um den Wechsel möglichst reibungslos zu gestalten.

Diplomaten auf Zeit: Bei der weltweit größten UN-Simulation debattieren Schüler der DISDH politische Fragen mit Jugendlichen aus aller Welt.

Inklusion ja, aber nicht um jeden Preis

Nicht nur auf sprachlicher Ebene, auch bei Lern- und Verhaltensproblemen versucht die DISDH, Schülern und Eltern entgegenzukommen. Als die Eltern eines schwer verhaltensgestörten Jungen im Kindergartenalter die Schule um Hilfe baten, fanden Schulleitung, Schulpsychologin und sonderpädagogisch ausgebildete Lehrkräfte einen Weg, den Jungen aufzunehmen. >

Autor Peter Stamm liest bei der Preisverleihung zum Übersetzungs- und Literaturwettbewerb 2016: Seit fast 25 Jahren begeistert das von der DISDH organisierte Projekt Jugendliche aus den ganzen Niederlanden für deutschsprachige Gegenwartsliteratur.

Mit einer deutschsprachigen Schulbegleitung erhielt er eine feste Bezugsperson im Schulalltag, gleichzeitig vermittelte die Schulpsychologin der Familie externe Hilfe. Der Junge konnte 2015 in die 1. Klasse eingeschult werden. Hinxlage, dessen Schule ein Inklusionskonzept erarbeitet hat, ist stolz auf diesen Erfolg. Der sei auch der Kooperation und finanziellen Beteiligung der Eltern zu verdanken. Dennoch betont er: „Wir prüfen im Einzelfall ganz genau, ob wir die Möglichkeiten haben, mit dem Kind zu arbeiten, und ob wir wirklich die sinnvollste Schule für das Kind sind. Das ist nicht immer der Fall."

Nachbarschaft der Möglichkeiten

Neugier und Toleranz, Offenheit und Weltzugewandtheit: Das sind die Werte, die die DISDH ihren Schülern vermittelt, ist ihr Leiter überzeugt. Dazu trügen nicht zuletzt die jungen Leute selbst bei, zum Beispiel, indem sie ihre kulturellen Perspektiven in den Deutsch- oder Geschichtsunterricht einbrächten. Das Den Haager Umfeld zeigt den jungen Menschen zudem eine Vielzahl an Optionen auf, ihr berufliches Leben zu gestalten. „Wir haben in unserer Umgebung über 20 internationale Institutionen von der Organisation für das Verbot chemischer Waffen bis hin zum Jugoslawien-Tribunal", erklärt Hinxlage. „Dort arbeiten nicht nur Richter oder Chemiker, sondern auch Juristen und Forstwirte. Die Kinder bekommen hier wie an wenigen anderen Orten der Welt vermittelt, was man im Leben für Möglichkeiten hat."

Niederländisch-deutsche Freundschaft

Die Schule steht in engem Austausch mit niederländischen Schulen der Region. Regelmäßig machen DISDH-Schüler bei sogenannten „Taaldorpen" mit, den Sprachendörfern: In der Turnhalle einer Schule wird ein Dorf mit Stationen wie Post, Polizei oder Reisebüro aufgebaut, an dem je ein deutschsprachiges Kind sitzt. Die niederländischen Deutschlerner müssen in Interaktion mit ihnen Aufgaben auf Deutsch erledigen, wie etwa eine Reise buchen oder eine Anzeige aufgeben. „Die Niederländer sind fasziniert, wenn ihnen dann kein Deutscher gegenübersitzt, sondern jemand aus Guatemala, der wie ein Muttersprachler Deutsch spricht", erzählt Hinxlage.

Auch in der unmittelbaren Nachbarschaft engagiert sich die Deutsche Internationale Schule. Zur 150-Jahr-Feier des Statenkwartiers, in dem die Schule liegt, pflanzten Angehörige der DISDH 2015 mit lokalen Initiativen Blumen und Bäume und diskutierten Fragen der Stadtentwicklung: Wie wird das Viertel in 50 Jahren aussehen? Ein Höhepunkt jedes Jahres ist der Übersetzungs- und Literaturwettbewerb, bei dem niederländische Deutschlerner aktuelle Texte deutschsprachiger Autoren übersetzen. 2016 stießen die Kurzgeschichten des Schweizers Peter Stamm auf großes Interesse, der Autor las bei der Preisverleihung aus seinem Werk vor. „Der Wettbewerb bietet niederländischen Jugendlichen einen Anreiz, sich mit deutschsprachiger Literatur auseinanderzusetzen, die nicht unbedingt zum Unterrichtskanon gehört", sagt der Schulleiter.

In die Tiefe wachsen

Als Hinxlage 2013 seine Stelle in Den Haag antrat, hatte die Schule noch 320 Schüler, jetzt sind es rund 400. „Die Schule hat großes Potenzial, aber der Platz ist begrenzt", sagt er. Die Nachbarschaft ist dicht bebaut, in die Höhe darf die Schule nicht wachsen. Sie befindet sich inmitten eines historischen Areals, das unter Denkmalschutz steht. Derzeit findet der Unterricht bis zur 7. Jahrgangsstufe zweizügig statt. Würde der Platz ausreichen, könnten auch die 8. und 9. Stufe zweizügig werden. Ihren letzten Trumpf spielt die Schule gerade aus: Unter dem Gebäude befindet sich eine stillgelegte Tiefgarage, die zur Bibliothek umgebaut wird. In den oberen Stockwerken wird dadurch Platz für Unterrichtsräume frei. Hinxlage wünscht sich weiteren Zuwachs, doch der familiäre Charakter der Schule soll in jedem Fall erhalten bleiben. |

DSD in den Niederlanden

Serie: ZfA betritt Neuland

Aufwärtstrend im flachen Land

Ob als Handelspartner, Studienort oder Nachbar: Deutschland ist für die Niederlande ein wichtiger Partner. Trotzdem wollten bis vor Kurzem immer weniger junge Niederländer Deutsch lernen – ein Trend, der sich langsam wandelt. Noch mehr Auftrieb soll künftig das Deutsche Sprachdiplom (DSD) bringen.

von Johanna Böttges

Was bedeutet es, Sprachdiplomschule zu sein? Über ihre Erwartungen, aber auch ihre Verpflichtungen als DSD-Anwärter tauschten sich 23 Deutschlehrkräfte niederländischer Schulen im März bei einer Fortbildung an der Deutschen Internationalen Schule Den Haag (DISDH) aus. „Wir wollen etwas ändern, wir müssen unseren Deutschunterricht attraktiver machen" – darin waren sich die Teilnehmer einig, berichtet Antje Brackmann. Im Auftrag der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) ist sie seit August 2015 Fachschaftsberaterin in Den Haag und hatte die Pädagogen zum Austausch eingeladen. Denn die Deutschlehrkräfte aus Städten wie Utrecht, Tilburg oder Emmen arbeiten an den ersten Schulen der Niederlande, die die Prüfung zum Deutschen Sprachdiplom der Kultusministerkonferenz durchführen werden.

ZfA betritt Neuland

Eine Deutsche Schule im Ausland gründen oder das DSD-Programm neu etablieren – das Netzwerk des Auslandsschulwesens wächst stetig. In unserer Serie stellen wir die neuesten Projekte vor.

Jugendliche wollen wieder Deutsch lernen

Brackmanns Aufgabe ist es, Schulen für das DSD zu begeistern und auf dem Weg dorthin zu begleiten. Damit möchte die ZfA die deutsche Sprache bei den Schülern wieder beliebter machen. Dass Brackmann ein Jahr nach Beginn ihres Engagements bereits zehn Schulen für das Programm gewonnen hat, ist keine Selbstverständlichkeit. Die Zahl der Deutschlerner an niederländischen Schulen war jahrelang rückläufig – trotz der großen Bedeutung der Sprache für das Land. Denn Deutsch ist nicht nur die Sprache des Nachbarn, sondern auch des wichtigsten Handelspartners der Niederlande. „Deutsch ist heute an vielen Schulen keine Pflicht mehr", erläutert Uwe Hinxlage, Leiter der DISDH, der zusammen mit der Deutschen Botschaft und der ZfA den Aufbau des DSD-Programms initiiert hat. „Wir wollten den Trend stoppen, dass weniger Deutsch gelernt wird, gerade in der Schulbildung." Eine Trendwende zeichnet sich bereits ab: Nach dem >

Neben der Deutschen Internationalen Schule Den Haag nehmen im Frühjahr 2017 sieben weitere Schulen erstmals an den Prüfungen zum DSD I teil (siehe Karte). Insgesamt bereiten sich derzeit zehn Schulen in den Niederlanden auf das Sprachdiplom vor.

starken Rückgang stieg die Zahl der niederländischen Schüler, die Deutsch als Fremdsprache (DaF) lernen, zwischen 2010 und 2015 um rund vier Prozent auf 380.000. Jeder fünfte Jugendliche in den Niederlanden lernt somit Deutsch. Das ergab die Datenerhebung „Deutsch als Fremdsprache weltweit", die alle fünf Jahre vom Auswärtigen Amt gemeinsam mit dem Goethe-Institut, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und der ZfA durchgeführt wird. Brackmann führt das in erster Linie auf die wirtschaftliche Situation nach der Eurokrise zurück: „Die Eltern sehen zunehmend, dass es wichtig ist, eine Zusatzqualifikation neben Englisch zu haben." Ein Grund sei aber auch das Interesse an der deutschen Kultur und Geschichte.

„Das DSD verbessert die Einstiegschancen"

Laut Alex Schmiegel können Jugendliche entscheidend vom Deutschen Sprachdiplom profitieren. Der Deutschlehrer unterrichtet am Hermann Wesselink College in Amstelveen, das im Frühjahr 2017 erstmals mit etwa 40 Schülern an den Prüfungen zum DSD I teilnehmen will. „Niederländische Unternehmen haben große Probleme, Deutsch sprechende Mitarbeiter zu finden. Das DSD verbessert die Einstiegschancen ins Berufsleben", ist Schmiegel überzeugt. „Darüber hinaus wird das Studium in den Niederlanden immer teurer, und das DSD öffnet die Türen deutscher Universitäten." Ähnlich sieht es seine Kollegin Anne Sander, die das Diplom an der Europäischen Schule Den Haag etabliert. Sie sieht im DSD das Potenzial, „das Profil des Fachs Deutsch in den Niederlanden neu zu schärfen und das Fach für Schüler wieder interessanter zu machen". Besonders für Jugendliche, die nur einen Teil ihrer Schulzeit in den Niederlanden verbringen, sei das Diplom von Vorteil. „So haben sie bei einem Standortwechsel der Eltern ein Zertifikat über ihre Deutschkenntnisse in der Tasche." Auch die DISDH hat sich aus diesem Grund für die Einführung ab 2017 entschieden.

Netzwerke nutzen, Partner finden

Als Antje Brackmann im August 2015 mit dem Aufbau des DSD-Programms begann, habe sie „bei null angefangen", sagt die Fachschaftsberaterin. Damals wurde das Deutsche Sprachdiplom nirgends im Land angeboten. Doch die Auslandsdienstlehrkraft konnte auf vielfältige Kontakte bauen. Acht Jahre lang hatte sie an der DISDH unterrichtet, wo sich jetzt ihr Büro befindet. Bis heute organisiert sie den landesweiten Übersetzungs- und Literaturwettbewerb der Schule, bei dem sich Deutschlerner niederländischer Oberstufen messen. Als Fachschaftsberaterin kontaktierte sie frühere Preisträgerschulen und konnte einige für das Sprachdiplom gewinnen. Einen wichtigen Kooperationspartner fand sie zudem in EP Nuffic, einer Organisation zur Internationalisierung im Bildungswesen, die mit dem Projekt „LinQ" den Deutschunterricht im Land stärken will: Deutschlehrkräfte teilnehmender Schulen erhalten Fortbildungen und Materialien für einen anwendungsorientierten Unterricht – „eine super Vorbereitung auf das Deutsche Sprachdiplom", freut sich Brackmann. „Diese Schulen sind besonders aktiv." Die Fachschaftsberaterin betreibt dafür auch aktive Öffentlichkeitsarbeit.

Erster Meilenstein: Im Juli erhielten 34 Schüler der DISDH und der Europäischen Schule Den Haag das Zertifikat „Auf dem Weg zum DSD".

Die Schüler zum Sprechen bringen

Inzwischen kommen immer mehr interessierte Schulen von selbst auf die ZfA-Mitarbeiterin zu. Sie sucht dann das Gespräch mit der Deutschfachschaft und der Schulleitung. „Meistens hospitiere ich schon beim ersten Besuch im Unterricht." Später gibt sie selbst

Was es bedeutet, eine Sprachdiplomschule zu sein, diskutierten Deutschlehrkräfte künftiger DSD-Schulen bei einer Fortbildung an der DISDH.

Modellstunden an den Anwärterschulen. In Fortbildungen beantwortet Brackmann Fragen zum Prozedere und erarbeitet mit den Lehrkräften Methoden zur Unterrichtsgestaltung. Das handlungsorientierte Lernen, das der DaF-Rahmenplan der ZfA vorschreibt, sei für viele ungewohnt. „Bei den niederländischen Abschlussprüfungen wird nur Lesen und Hören geprüft, die Schüler müssen nichts schreiben", erklärt Brackmann. Zudem werde mündliche Mitarbeit in den Niederlanden kaum bewertet, dementsprechend schwierig sei es, die Schüler zum Mitmachen zu animieren.

Brackmann lobt die Offenheit der niederländischen Kollegen: „Wenn ich hospitiere, kommen viele Lehrer nach der Stunde zu mir und fragen: Was könnte ich verbessern?" Auch beim Schreiben des Antrags für die Aufnahme in das DSD-Programm sei die Begleitung durch die Fachschaftsberaterin wertvoll gewesen, sagt Deutschlehrer Schmiegel. An den Schulen fielen außerdem weitere organisatorische Aufgaben an: „In einer vollen Schule muss Raum geschaffen werden, viele Entscheider wollen gefragt und überzeugt werden." Die Aussichten auf Unterstützung seitens der Schulleitung sind gut: Die meisten Leiter weiterführender Schulen in den Niederlanden halten das Fach Deutsch für sehr wichtig für die Zukunft der Schüler. Das ergab eine Untersuchung der Deutsch-Niederländischen Handelskammer 2015. Entsprechend positiv war auch die Resonanz, auf die Schmiegel und Sander an ihren Schulen stießen.

Erste Etappe geschafft

Einen Meilenstein haben einige der künftigen Prüflinge bereits erreicht: Im Juli erhielten 34 Schüler der DISDH und der Europäischen Schule das Zertifikat „Auf dem Weg zum DSD" für das Sprachniveau A2. Lehrerin Anne Sander ist stolz auf die Leistung der Jugendlichen: „Zwar sind den Schülern kompetenzorientierte Testformen aus dem Unterricht bekannt, dennoch waren der drei Unterrichtsstunden umfassende schriftliche Teil und die mündliche Prüfung eine Herausforderung." Die nächste Herausforderung steht im Frühjahr 2017 an, wenn die jungen Deutschlerner zur DSD-I-Prüfung antreten. Lehrer Schmiegel denkt sogar schon an den nächsten Schritt: Seine Schule visiert Ende 2017 die Teilnahme an den DSD-II-Prüfungen an.

Das **Deutsche Sprachdiplom der Kultusministerkonferenz**, das von der ZfA mit Mitteln des Auswärtigen Amts entwickelt wird, kommt seit mehr als 40 Jahren an mittlerweile rund 80 Deutschen Auslandsschulen und etwa 1.100 DSD-Schulen weltweit zum Einsatz. Mit dem Rahmenplan „Deutsch als Fremdsprache" ist die Sprachprüfung Teil eines umfassenden Programms zum Spracherwerb: Unter Berücksichtigung der nationalen Lernkultur vermittelt das DSD eine selbstständige, kommunikative und projektorientierte Arbeitsweise. Die von der ZfA vermittelten Fachberater und Fachschaftsberater implementieren das Programm in mehr als 70 Ländern, leiten die Prüfungen und bilden Lehrkräfte fort.

Weitere Informationen unter:
www.auslandsschulwesen.de/dsd

Gemeinsame Vergangenheit, gemeinsame Zukunft

Im Städtchen Rshew, 200 Kilometer westlich von Moskau, wurde 1942/1943 eine der blutigsten Schlachten des Zweiten Weltkriegs ausgetragen. An den historischen Ort kamen im Sommer Jugendliche aus Moskau, Rshew und Bad Salzungen, um für das Projekt „Erinnern, Gedenken, Versöhnen“ gemeinsam ein Zeichen für die deutsch-russische Freundschaft zu setzen.

von Anne Odendahl

Mehr als 70 Jahre später erinnert sich Dietrich Schöningh noch genau an die langen Tage und Nächte in den Schützengräben. Auch mit 97 Jahren wird er nicht müde, Schülern von seinen Kriegserlebnissen zu berichten und sie zu ermahnen, sich für die deutsch-russische Verständigung einzusetzen, wie er selbst es seit Jahrzehnten tut. „Was im Krieg passiert ist, kann von nichts eindrucksvoller vermittelt werden als von der persönlichen Erinnerung“, sagt Leonard, der die 11. Klasse der Deutschen Schule Moskau (DSM) besucht. Aufmerksam lauschen er und seine Mitschüler Schöningh, der an diesem Junimorgen an die Schule gekommen ist, nachdem er zuvor Rshew besucht hat, wo er einst kämpfte.

Deutsch-russische Begegnung

Das Veteranengespräch ist Teil des Projekts „Erinnern, Gedenken, Versöhnen“, das Schüler der DS Moskau, des Dr. Sulzberger Gymnasiums in Thüringen und der Mittelschule Nr. 12 in Rshew gemeinsam entwickelt haben. Das Erinnern an die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs führte Ende Juni rund 50 Schüler der drei Schulen in Moskau zusammen: nicht nur um inhaltlich zu arbeiten, sondern auch um neue Freundschaften zu schließen und sich gegenseitig verstehen zu lernen. Das Projekt schließt an die Zusammenarbeit mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge an, die in den letzten beiden Jahren an der DSM entstanden war.

Schüler im Gespräch und beim gemeinsamen Gedenken mit Kriegsveteranen im Friedenspark in Rshew.

Schüler treffen Präsident Putin

Angereist zur Eröffnung der Projektwoche am 29. Juni war ein hoher Gast: Wladimir Putin, der Präsident der Russischen Föderation. Der Staatschef hatte kurzfristig die Einladung der DS Moskau zum Auftakt des Geschichtsprojekts angenommen. „Russland und Deutschland haben stets prosperiert, wenn sie zusammengearbeitet haben“, betonte er in seiner Rede in der Aula. Im Anschluss erhielten die Schüler die Gelegenheit, ihm Fragen zu stellen: „Wie wichtig sind Ihnen die deutsch-russischen Beziehungen?“ „Was könnten wir Ihrer Meinung nach selbst für die Aussöhnung der beiden Völker tun?“ Bei dieser Frage setzt auch die Idee zum Projekt „Erinnern, Gedenken, Versöhnen“ an. „Aus den Ereignissen des Zweiten Weltkriegs erwächst für uns Deutsche, besonders hier in Moskau, eine Verantwortung, sich stets für die Aussöhnung unserer Völker und den Frieden einzusetzen“, sagt Roland Karrasch, Lehrer für Deutsch und Geschichte an der DSM und einer von drei Projektleitern. „Ein wichtiges Fundament dafür ist die Begegnung Jugendlicher beider Länder.“

Freundschaften knüpfen

Zum Projektauftakt verglichen und bewerteten die 16- und 17-Jährigen die Erinnerungskulturen Deutschlands und Russlands: In einem Workshop eruierten sie, wie wichtig Empathie und gegenseitiges Verständnis sind. Anfangs waren die Jugendlichen aufgrund der Sprachbarriere noch zögerlich. Doch die DSM-Schüler übersetzten und fungierten als Bindeglied zwischen der deutschen und der russischen Gruppe. Bald begannen rege Unterhaltungen.

Auf der weiteren Projektagenda standen ein Besuch in Rshew, der Aufenthalt in Gastfamilien und Gespräche mit Veteranen. Auch der Rshewer Bürgermeister empfing die Schüler. Er betonte die Wichtigkeit des Projekts und berichtete anlässlich des 800. Jahrestags über die bewegte Geschichte der Stadt. Nachmittags erkundeten die Schülergruppen die Stadt, um danach bei russischen Gastfamilien zu essen und zu übernachten. Denn im Fokus des Projekts standen auch ein unvoreingenommenes Begegnen und Kennenlernen: „Die Schüler sollten ungezwungen Zeit für Spiele, Sport und Gespräche haben, in denen es nicht nur um Geschichte geht. Wir hoffen, dass sich Freundschaften bilden, die das Projekt überdauern, und ein gegenseitiges Interesse an Sicht- und Denkweisen der anderen entsteht“, berichtet Lehrer Karrasch.

Völkerverständigung im Friedenspark

Bevor es schließlich zurück nach Moskau oder Thüringen ging, besuchten die Schüler den Friedenspark in Rshew, an dessen Errichtung einst auch Veteran Schöningh beteiligt war. Begleitet von russischen Veteranen legten die Schüler an den Gräbern sowjetischer und deutscher Soldaten rote Nelken nieder und sangen „Sag mir, wo die Blumen sind“.

Für Schülerin Maria Karolyi war es ein „tolles“ Projekt: „Besonders gefielen mir die Grillabende, als wir gemeinsam gegessen und gesungen haben und in der Wolga baden waren. Außerdem waren die Veteranengespräche sehr informativ und emotional und werden mir nicht so schnell aus dem Kopf gehen“, meint die Elftklässlerin der DS Moskau. Sie will weiter Kontakt halten zu ihren neuen Freunden aus Rshew und Bad Salzungen. |

Meldungen

DDR-Zeitzeuge besucht iDS Brüssel

Brüssel. Am 25. April war Rainer Eppelmann zu Gast an der internationalen Deutschen Schule Brüssel (iDSB). In einem Vortrag schilderte der 73-jährige Menschenrechtsaktivist und pensionierte evangelische Pfarrer, wie die DDR-Diktatur sein Leben prägte: Weil der gebürtige Berliner sich als Jugendlicher weigerte, in die Freie Deutsche Jugend (FDJ) einzutreten, durfte er keine weiterführende Schule besuchen. Die FDJ war die Jugendorganisation der ehemaligen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Außerdem war Eppelmann monatelang in Haft, weil er sich der Wehrpflicht widersetzte. Als Pfarrer organisierte Eppelmann in den 70er-Jahren verbotene Blues-Messen in der Ostberliner Samaritergemeinde. Nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes wurde er 1990 als Mitbegründer der Partei „Demokratischer Aufbruch“ in die Volkskammer gewählt und zum Abrüstungsminister ernannt. Im wiedervereinten Deutschland führte Eppelmann seine politische Karriere in der CDU weiter. Als Bundestagsabgeordneter engagierte er sich für zwei Enquete-Kommissionen zur Aufarbeitung der Geschichte und zu den Folgen der SED-Diktatur. Nach dem Vortrag befragten die Schüler Eppelmann zu seinem Alltag in der DDR. Der Menschenrechtsaktivist schloss die Veranstaltung mit einer klaren Botschaft ab: „Nutzen Sie die Möglichkeiten der Demokratie, engagieren Sie sich in der Demokratie und – verteidigen Sie die Demokratie!“ | [BT]

WDA-Symposium 2016

Mehr Lehrkräfte für Deutsche Auslandsschulen

Wie lassen sich mehr Lehrkräfte für den Auslandsschuldienst begeistern? Diese Frage stand im Vordergrund des diesjährigen Symposiums des Weltverbands Deutscher Auslandsschulen (WDA) in Berlin.

von Johanna Böttges

Unter dem Motto „Attraktivität stärken – Lehrer binden“ tauschten sich Vorstände, Schul- und Verwaltungsleiter am 13. Mai in der Berliner Akademie der Künste mit Vertretern der Politik und der fördernden Stellen aus. Sie diskutierten das Problem der Lehrerversorgung, sprachen aber auch über Fördermaßnahmen und Schüleraustausch. Neben Podiumsdiskussionen und Vorträgen blieb Raum für persönliche Gespräche der Teilnehmer aus rund 50 Ländern.

„Die Lehrerversorgung ist zentrales Thema an fast allen Deutschen Auslandsschulen“, betonte WDA-Vorstandsvorsitzender Detlef Ernst. Gerade Schulleiter und MINT-Lehrkräfte seien schwer zu finden. Er begrüßte die Neuordnung der Lehrkräftebesoldung, für die der Bundestag im Haushaltsjahr 2016 rund 22 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stellt, und forderte deren Verstetigung. Dieses Anliegen unterstützte auf dem Podium Dr. Bernd Fabritius (CSU), Leiter des Unterausschusses Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) im Deutschen Bundestag. Auch zur Frage des Versorgungszuschlags, den beurlaubte Ortslehrkräfte derzeit selbst tragen müssen, zeichnet sich laut Fabritius eine Lösung ab. Oliver Schramm, Leiter des Auslandsschulreferats im Auswärtigen Amt, berichtete, dass sich die Richtlinie* zur Besoldungserhöhung momentan in Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen befinde. Der Leiter der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) Joachim Lauer zeigte sich überzeugt, dass „eine höhere Besoldung entscheidend ist, um auch weiterhin qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer für die Auslandsschulen gewinnen zu können“.

Alle sind Gewinner

Eine Ursache für das knappe Personal sahen viele Teilnehmer in der Zurückhaltung der Länder, angesichts des inländischen Lehrermangels Personal ins Ausland abzustellen. Dem widersprach Dorothée Bauni, Ländervorsitzende des Bund-Länder-Ausschusses für schulische Arbeit im Ausland (BLASchA): „Es wird nicht weniger freigestellt.“ Fabritius sah eine „Win-win-win-Situation“ für Lehrkräfte, innerdeutsche Schulen und Auslandsschulen. Die Ausbildungsbiografien junger Lehrkräfte würden durch einen Einsatz an geförderten Schulen im Ausland „um einen wertvollen Erfahrungsschatz ergänzt, und die innerdeutschen Schulen profitieren davon“. Aus einem Artikel des „Hamburger Abendblatts“ zitierend, nannte er das Auslandsschulwesen eine „kleine Kaderschmiede für den Inlandsschuldienst“.

Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer sprach in ihrem Grußwort über den wertvollen Erfahrungsschatz von Lehrkräften aus dem Auslandsschuldienst.

* Anm. d. Red.: Die Richtlinie trat unmittelbar nach Redaktionsschluss in Kraft und wurde auf der Homepage des Bundesverwaltungsamts – Zentralstelle für das Auslandsschulwesen – (www.auslandsschulwesen.de) unter der Rubrik „Finanzielle Regelungen für Lehrkräfte“ bekannt gegeben.

Rückkehrer wertschätzen

Gemeinsam war den Podiumsteilnehmern das Anliegen, die Erfahrung von Rückkehrern aus dem Auslandsschuldienst stärker zu nutzen. Prof. Dr. Maria Böhmer (CDU), Staatsministerin im Auswärtigen Amt, betonte in ihrem Grußwort: „Gerade in der heutigen Zeit ist es ein dicker Pluspunkt, dass eine Lehrkraft an einer Schule im Ausland etwas erfährt, das wir in deutschen Schulen bitter brauchen: die Erfahrung des interkulturellen Lernens, des Umgangs mit Heterogenität.“ Um Lehrkräfte für diese Erfahrung zu motivieren, sei es wichtig, dass sie wissen: „Wenn sie zurückkehren, sind sie genauso geschätzt.“ Michelle Müntefering (SPD) vom Unterausschuss AKBP unterstützte dies. Sie forderte einen Mentalitätswandel, bei dem ein Auslandseinsatz „nicht mehr als Karriereknick angesehen wird“.

Mehr Flexibilität

Auch das Plenum brachte Ideen ein, wie zusätzliche Lehrkräfte für den Dienst im Ausland gewonnen werden können. Gabriele Bunzel Khalil, Vorstandsmitglied der Deutschen Internationalen Schule Beirut, appellierte an alle Auslandsschulen, sich stärker für Praktika angehender Lehrer aus Deutschland zu öffnen. „Ein zufriedener Student, der an einer Deutschen Auslandsschule eine gute Erfahrung gemacht hat, wird später viel eher wieder an eine Deutsche Schule im Ausland gehen.“ Wie gravierend der Lehrkräftemangel in manchen Regionen ist, verdeutlichte eine Wortmeldung von Stefan El Karsheh von der Deutschen Evangelischen Oberschule Kairo. Um ihren Lehrerbedarf zu decken, greife die Schule mitunter auf ehemalige Bankleute zurück. Bei der ZfA bedankte er sich für „erste Schritte der Flexibilisierung“ bei der Einstellung von Lehrkräften und regte an, diesen Weg weiterzugehen.

Schüleraustausch fördern

Auslandsschulen und Politiker hoben die besondere Bedeutung des Schüleraustauschs hervor. Die Podiumsteilnehmer wünschten sich mehr Anerkennung für den pädagogischen Wert von Austauschprogrammen. Noch immer komme es vor, dass Lehrer, die einen Austausch durchführten, als „Reiseonkel“ diffamiert würden, kritisierte Gernot Stiwitz, Leiter des Pädagogischen Austauschdienstes der Kultusministerkonferenz der Länder. Er zeigte sich überzeugt: „Austausch gehört als Querschnittsthema in das Leitbild von Schulen.“ Ereignisse wie die Kölner Silvesternacht und die Terroranschläge von Paris hätten viele Eltern verunsichert, berichtete Yoann Joly-Müller von der Initiative „Austausch macht Schule“. Dr. Thomas Feist (CDU) vom Unterausschuss AKBP unterstrich die Bedeutung der Deutschen Auslandsschulen: Als „Partner vor Ort“ sorgten sie für Vertrauen auf deutscher Seite, etwa wenn es um den Austausch mit arabischen Ländern gehe.

Wie sich die Arbeit der Deutschen Auslandsschulen langfristig auswirkt, machte Gastredner Jaafar Abdul Karim deutlich. Der Alumnus der Deutschen Internationalen Schule Beirut war 2001 zum Studium nach Deutschland gekommen, wo ihn zunächst Heimweh plagte. Doch seine an der Deutschen Schule erworbenen Kenntnisse der deutschen Sprache und Kultur, der Werte, Rechte und Pflichten hätten ihm eine Begegnung auf Augenhöhe ermöglicht: „Demokratische Werte wie Toleranz, offenes Denken und Respekt gegenüber anderen hat man dort erlebt und gelebt.“ Als Journalist der Deutschen Welle spricht Karim heute für die arabischsprachige Sendung „Shabab Talk“ beispielsweise mit Jugendlichen in Katar über den Zusammenhang von Fußball-Weltmeisterschaft und Menschenrechten.

Der **Weltverband Deutscher Auslandsschulen** vertritt die gemeinnützigen Schulträger der Deutschen Auslandsschulen. Er hat 127 Mitglieder, darunter 110 anerkannte Deutsche Auslandsschulen. Das jährliche Symposium findet in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt, der ZfA und der Kultusministerkonferenz der Länder statt. Weitere Informationen unter www.auslandsschulnetz.de.

Vorstände, Schul- und Verwaltungsleiter aus rund 50 Ländern tauschten sich mit Vertretern der Politik und der fördernden Stellen aus, darunter Joachim Lauer (o.). Der Leiter der ZfA betonte die Bedeutung qualifizierter Lehrkräfte für die Deutschen Schulen.

Alumni VIP

Der Mann mit dem Hirsch-Faktor

Japan, Griechenland, USA: Prof. Dr. Christian Thomsen hat an vielen unterschiedlichen Orten gelernt und gelehrt. Der weit gereiste Physiker ist seit zwei Jahren Präsident der Technischen Universität (TU) Berlin. Das, was Thomsen bis heute in seinem Wirken beeinflusst, hat er jedoch nicht aus Büchern gelernt: den Blick über den Tellerrand.

von Anne Odendahl

Christian Thomsen hat ein hohes Renommee, aber er stapelt tief: „Recht anerkannt" sei er als Wissenschaftler, und an der Universität wolle er „ein paar Abläufe besser strukturieren", erzählt er mir bei unserem Interview. Dabei gilt der Alumnus zweier Deutscher Auslandsschulen als exzellenter Physiker, und in seinen Reformplänen klingt der Mut zur Veränderung durch: Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Wissenschaft, Integration von Flüchtlingen an Hochschulen und die Betreuung von Studienanfängern sind ihm wichtige Anliegen. Für das Amt des TU-Präsidenten hat sich Thomsen vor zwei Jahren mit einem klaren Ziel beworben: mehr Freiraum für Forschung und Lehre. Verwaltungsvorschriften, die wissenschaftliches Arbeiten behindern, sind dem Physiker „ein Gräuel".

Die Relevanz seiner Forschungsarbeit macht nicht zuletzt sein Hirsch-Faktor deutlich. Dieser misst die „Geweihgröße" eines Professors und wird nach der Publikations- und Zitierhäufigkeit in Fachzeitschriften ermittelt. Christian Thomsen liegt bei 68 – ein durchaus beachtlicher Wert. 2005 entwickelte der Physiker Jorge E. Hirsch den „h-Faktor" als Index für den Einfluss von Wissenschaftlern in ihrem Forschungsgebiet. Für Physiker und Astronomen der renommierten US-amerikanischen National Academy of Sciences errechnete Hirsch beispielsweise einen Mittelwert von 46.

Gelebte Werte

Kein Stillstand, Dinge immer wieder neu überdenken und unterschiedliche Ansätze verfolgen: Danach zu streben und zu handeln, hat der 57-Jährige früh gelernt. Thomsen lebte schon in jungen Jahren an den unterschiedlichsten Orten auf der ganzen Welt, weil sein Vater im Auswärtigen Dienst tätig war. Zur Schule ging er in Athen, Tokio und Bonn. Thomsen studierte in Tübingen, Providence in den USA und München. Besonders beeindruckt hat ihn dabei, dass jeder Kulturkreis auf unterschiedlichen Werten und Normen als Teil eines funktionierenden Systems basiert. „Man lernt, dass nicht nur eine Art und Weise, wie ein bestimmter Ort oder ein Land etwas umsetzt, selig macht, sondern dass jeder nach seiner Fasson selig werden kann", sagt Thomsen, der 1959 in Bern geboren wurde. Dabei seien die jeweiligen Landessitten genauso gerechtfertigt wie die vermeintlich eigenen. Besonders wichtig sind Thomsen Gerechtigkeit und soziale Ausgewogenheit. Das macht er an den eigenen Erfahrungen fest: Den Wert „Leistung" oder das Motto „Jeder für sich" hat er als etwas typisch Amerikanisches kennengelernt. Das widerstrebt zwar Thomsens Sinn von Fairness, ändert aber nichts an seiner Grundhaltung: „Andere Werte sind nicht besser oder schlechter, sondern einfach anders." Die Akzeptanz und Toleranz gegenüber unterschiedlichen Lebensweisen, aber auch die Vermittlung eigener Werte betrachtet er als Basis für den Überbegriff Integration – ein Thema, das ihn als TU-Präsident angesichts der Flüchtlingskrise zurzeit umtreibt: „Ich sehe die Hochschulen in der Pflicht, Programme, Studiengänge und Vorbereitungsstudien so auszuweiten, dass der Zugang zur Hochschulbildung für geflüchtete Menschen genauso leicht wird wie für jemanden, der in Deutschland Abitur gemacht hat." Ausbildung und Bildung sind für Thomsen unermesslich große Werte, nicht zuletzt sind sie die Basis seines persönlichen Werdegangs.

Zweimal Deutsche Schule

Für seine eigene Ausbildung ist der Physiker dankbar. „Das deutsche Schulsystem im Ausland ist hervorragend, und ich würde mich freuen, wenn es weiter ergänzt wird", meint Thomsen, der von 1972 bis 1976 die Deutsche Schule Athen besuchte und ein Halbjahr 1976 an der Deutschen Schule Tokio Yokohama verbrachte. Als „ganz großartig" hat er die Atmosphäre an beiden Schulen in Erinnerung. Dabei waren beide Aufenthalte sehr unterschiedlich geprägt, allein durch die Länge der Zeiträume und sein Alter: Griechenland empfindet der junge Thomsen als groß und weit, wohingegen das Leben in Japan auf kleinstem Raum stattfindet. Auch die beiden Deutschen Schulen unterscheiden sich sehr in ihrer Größe. An der DS Athen besucht Thomsen mit etwa 25 weiteren Schülern in der Klasse den Unterricht. An der deutlich kleineren Schule in Tokio hat er 10 bis 15 Klassenkameraden. >

Die **Deutsche Schule Athen** (DSA) wurde 1896 vom Archäologen Wilhelm Dörpfeld gegründet. Sie befindet sich in Maroussi, einem Vorort von Athen, und besteht aus einer Deutschen Abteilung mit Primar- und Sekundarstufe und einer Griechischen Abteilung mit Gymnasion und Lykeion. Das Zusammenwachsen beider Abteilungen ist wesentlicher Bestandteil der Schulentwicklung. Deutsche und griechische Lehrkräfte unterrichten an der DSA rund 1.000 Schüler.

An beiden Schulen beeindruckt den Jugendlichen eines am meisten: der Austausch mit Menschen, die andere geschichtliche Erfahrungen oder kulturelle Präferenzen haben. „Dieser Teil meines Lebens war schon eine ganz große Erfahrung“, betont Thomsen. Er hält die Auslandsschulen in ihrer Funktion, die deutsche Kultur, Sprache und Literatur in fremde Länder zu bringen, für elementar. „Es entstehen Verbindungen zu Deutschland, aus denen sich ein kultureller und wissenschaftlicher Austausch ergeben kann.“

Nanoteilchen und Geweihgrößen

Als Thomsen 1976 die 12. Klasse der DS Tokio besucht, wird sein Vater nach Deutschland versetzt. Der Jugendliche legt am Nicolaus-Cusanus-Gymnasium in Bonn das Abitur ab. Als Leistungskurse wählt Thomsen seine Lieblingsfächer Mathematik und Physik. Den Weg in das Berufsfeld Physik schlägt Thomsen erst nach der Schulzeit ein. Lange denkt er über Jura oder Wirtschaft nach, um eventuell in die Fußstapfen seines Vaters zu treten. 1978 beginnt er ein einjähriges Studium Generale am Leibniz-Institut in Tübingen und entdeckt seine Faszination für die Physik: „Als Experimentalphysiker begeistert mich die Mischung aus Technik und einer sehr grundlagenorientierten Wissenschaft.“ Nach den ersten Studienjahren an der Eberhard-Karls-Universität in Tübingen wechselt er an die Brown University in den USA, wo er nach zwei Master-Abschlüssen promoviert. Später forscht Thomsen am Max-Planck-Institut in Stuttgart und habilitiert an der TU München, bevor er an die TU Berlin geht. Seit 1994 ist Thomsen dort Professor für experimentelle Festkörperphysik. Er forscht an Kohlenstoffnanoröhrchen, Hochtemperatursupraleitern und Schwingungseigenschaften von Festkörpern und Molekülen. Bereits 1991 ist der gebürtige Berner mit dem Walther-Schottky-Preis der Deutschen Physikalischen Gesellschaft ausgezeichnet worden. Mittlerweile kann er auf eine Liste von über 500 Publikationen zurückblicken, darunter Grundlagenwerke wie „Ein Jahr für die Physik“ oder auch populäre Sachbücher wie „Thermo-Formeln für Dummies“.

Niedrigere Abbrecherquote

Ab 2003 leitet Thomsen als Dekan die Fakultät für Mathematik und Naturwissenschaften. In dieser Position führt er ein Orientierungsjahr an der TU Berlin ein, wie er es selbst einst absolviert hat. Durch die Möglichkeit, Seminare und Vorlesungen in verschiedenen Fächern zu besuchen, erhielt er Einblick in unterschiedliche Disziplinen und entschied sich bewusst für die Physik. „Wer weiß denn schon nach dem Abi, was genau ein Bauingenieur, Umweltingenieur oder Informatiker macht“, sagt Thomsen. Mit der Einführung möchte er die relativ hohe Abbrecherquote in technischen Fächern eingrenzen, ein Orientierungsstudium kann er sich jedoch auch für alle Studienanfänger in Deutschland vorstellen. Die Möglichkeit, weitere Ideen umzusetzen, erkennt der Physiker schließlich in einer Kandidatur als TU-Präsident. Nachdem er sich in der Bewerberphase gegen seinen Vorgänger durchsetzen kann, wird Thomsen im April 2014 für vier Jahre als Präsident der Technischen Universität gewählt.

Die **Deutsche Schule Tokyo Yokohama** (DSTY) wurde 1904 in Yokohama, im Ballungsgebiet von Tokio, gegründet und ein Jahr später offiziell eingeweiht. 1991 bezog die DSTY eine Schulanlage am nördlichen Stadtrand von Yokohama, um Platz für steigende Schülerzahlen zu bieten: Zur Schule gehören Kindergarten, Grundschule, Sekundarstufe I und die gymnasiale Oberstufe. In den Klassen werden rund 440 Kinder und Jugendliche aus insgesamt fast 20 Nationen unterrichtet.

Exzellenz für Forschung und Lehre

Als Präsident vertritt der Physiker die Universität und ist für den geordneten Hochschulbetrieb verantwortlich. Nach 20 Jahren an der TU kennt er die Abläufe und weiß, wo man ansetzen muss, um Strukturen zu erneuern und zu optimieren. Als Herausforderung in der Bildungspolitik bezeichnet er die „teilweise prekäre“ Finanzierung deutscher Hochschulen. Die Exzellenzinitiative, mit der Politik und Wissenschaft herausragende Projekte und Einrichtungen an den Hochschulen fördern, ist für Thomsen „ein guter Ansatz, aber hilft nur denen, die ohnehin schon gut dastehen“. Zudem werde zu wenig in Personal investiert. „Exzellenz ist eher an Forschungsthemen ausgerichtet, dabei müsste man die Ausbildung und Lehre an den Unis noch mehr betonen.“

Mehr Professorinnen

Gerade der Frauenanteil in Mathematik und Naturwissenschaften muss in Thomsens Augen speziell gefördert werden. Wirklich effektiv ist für den Auslandsschul-Alumnus nur die Maßnahme, Professorinnen als Vorbilder agieren zu lassen. „Das zeigt Frauen, dass sie es schaffen können.“ Die Realität sieht zurzeit noch anders aus. In Deutschland stehen 500 Professorinnen fünfmal so vielen männlichen Kollegen gegenüber. „Häufig sind in Fächern, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, auch die Berufungskommissionen eher mit Männern besetzt.“ Als Beispiel nennt Thomsen den Bereich Informatik an seiner TU. Dort gebe es drei oder vier Frauen, die ständig in Berufungskommissionen sitzen müssten, als Ausgleich zu ihren männlichen Kollegen. Dazu ließe die Forschungsarbeit aber keine Zeit. „Männer wählen jedoch nach anderen Kriterien aus, sodass aufgrund ihres Erfahrungshorizonts oder ihrer Lebenseinstellung erneut Männer bevorzugt werden.“ Thomsen plädiert dafür, dass Berufungskommissionen hälftig von Männern und Frauen besetzt werden, stößt aber bisher auf Widerstand im eigenen Haus. Auch die jüngere Generation sei „nicht unbedingt gender-neutraler“. Einen Hoffnungsschimmer sieht der TU-Präsident in der steigenden Quote von Studentinnen in MINT-Fächern. Seit 2008 ist die Zahl der MINT-Studienanfängerinnen in Deutschland um rund 70 Prozent gestiegen. Jeder dritte Studienanfänger in MINT-Fächern ist inzwischen weiblich. Bis zu den Professorinnen reicht dieser Quotenanstieg aber nicht. Deshalb möchte Thomsen Frauen gerade bei Kinderauszeiten besser unterstützen, die häufig in die Zeit der Promotion oder des Post-Doc fallen.

Christian Thomsen engagiert sich für die Kampagne „Gleichstellung weiter denken. Ein Leitbild für das Land Berlin“.

Mittelpunkt Deutschland

Ob seine einzige Tochter einmal die Quote aufbessern wird, weiß der fünffache Vater noch nicht: Erst vor neun Monaten kam sein jüngstes Kind zur Welt. Nach den langen Wanderjahren ist Thomsen froh, dass Deutschland wieder sein Lebensmittelpunkt geworden ist: „Ich finde doch, dass der deutsche Kulturkreis mir naheliegt, nicht als ausschließliches Kriterium, aber ich fühle mich hier sehr wohl und in Berlin besonders.“ Als Physiker ist Thomsen viel gereist, das hat sich mit dem Präsidentenamt schon reduziert. Inzwischen schaut er am liebsten beim Familienessen über den Tellerrand: „Eine nicht angetretene Reise ist auch nett, weil man mehr Zeit mit der Familie verbringen kann.“

Meldungen

Eurocampus Dublin: Ausstellung über Menschenrechte

Dublin. Am 12. Mai feierte der Eurocampus Dublin den Abschluss einer dreisprachigen Multimedia-Ausstellung zum Thema Menschenrechte. Unter anderem veranschaulichten Kurzfilme, Poesie und Fotografien zur freien Meinungsäußerung sowie Utopie und Dystopie unterschiedliche Aspekte von Menschenrechten. Schüler der St. Kilian's Deutschen Schule Dublin und des Lycée Français d'Irlande hatten die Exponate in einem gemeinsamen Modul im Schuljahr 2015/2016 geschaffen. Zusätzlich wurden unter der Leitung von vier Lehrkräften Recherchearbeiten in Teams durchgeführt und eigene Projekte erarbeitet. Der Unterricht umfasste zwei Wochenstunden und fand in den drei Zielsprachen des Eurocampus statt: Französisch, Englisch und Deutsch. Ziel des Moduls war es, die Jugendlichen zum kritischen Denken anzuregen und ihre gemeinsame europäische Identität zu stärken. Die Ausstellung soll auch im Goethe-Institut und der Alliance Française, einer Vereinigung zur Förderung der französischen Sprache, in Dublin gezeigt werden. Mit Hilfe der Deutschen und Französischen Botschaften in Dublin wurde das Projekt von Übergangsschülern beider Schulen initiiert. Das Übergangsjahr ist Teil des irischen Bildungssystems und soll Jugendlichen im Alter von etwa 16 Jahren vor der Sekundarstufe II mit praktischen Aktivitäten Raum für persönliche Entwicklung bieten. | [BT]

Schüler der DS Porto bei UN-Simulation

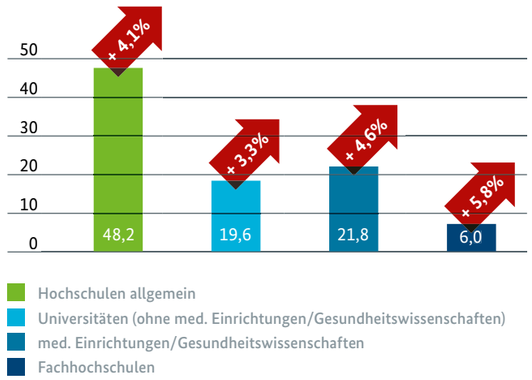
Kiel. An der größten deutschsprachigen Simulation der Vereinten Nationen haben in diesem Jahr auch 13 Schüler der Deutschen Schule zu Porto teilgenommen.

„Model United Nations Schleswig-Holstein" fand vom 3. bis 7. März in Kiel statt. Rund 430 Jugendliche aus dem In- und Ausland übernahmen die Rolle von Diplomaten, vertraten Nichtregierungsorganisationen oder begleiteten die Konferenz journalistisch. In simulierten Gremien wie dem Sicherheitsrat oder der Generalversammlung debattierten die 15- bis 20-Jährigen zum Thema: „Letzter Ausweg Flucht? Auf der Suche nach Frieden und Menschenrechten". „Die Jugendlichen haben gelernt, einen Standpunkt konsequent zu vertreten, sich mit anderen auszutauschen und tragfähige Kompromisse auszuhandeln", berichtet Deutschlehrer Reinhard Bitter, der die Schüler der DS Porto begleitete. Die UN-Simulation im Kieler Landtag fand 2016 zum elften Mal statt. | [JB]

Mehr Informationen unter:
www.mun-sh.de

Deutsche Hochschulen 2014: Höhere Ausgaben, höhere Einnahmen

Ausgaben der deutschen Hochschulen 2014 in Milliarden Euro

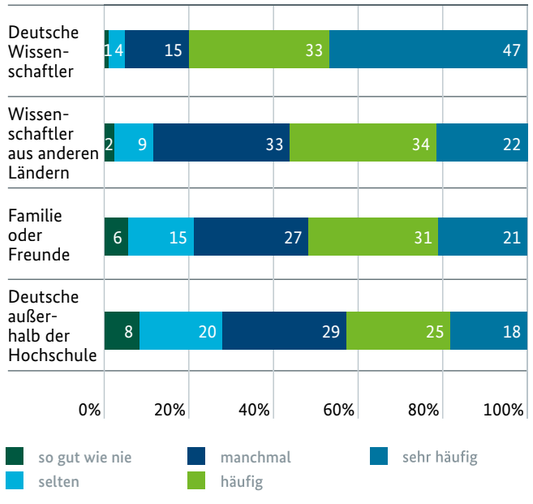


Quelle: destatis

Wiesbaden. 2014 haben öffentliche, kirchliche und private Hochschulen 48,2 Milliarden Euro für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung in Universitätskliniken ausgegeben. Laut Statistischem Bundesamt waren das rund 4 Prozent mehr als im Vorjahr. Größter Posten waren die Personalausgaben, wie in den Vorjahren umfassten sie fast 60 Prozent der Gesamtausgaben. Ihre gestiegenen Ausgaben konnten die Hochschulen zu einem beträchtlichen Teil über höhere Einnahmen finanzieren. Außerdem warben sie 2014 Drittmittel in Höhe von 7,3 Milliarden Euro ein. Wichtigste Geber waren die Deutsche Forschungsgemeinschaft, der Bund sowie die gewerbliche Wirtschaft. Die Einnahmen aus Beiträgen der Studierenden gingen 2014 mit 1 Milliarde Euro um mehr als 6 Prozent zurück – durch den weiteren Wegfall von Studiengebühren. | [AP]

Deutsche Unis für ausländische Wissenschaftler attraktiv

Häufigkeit der Kontakte zu bestimmten Personengruppen



Quelle: MIND-Onlinebefragung, n = 1.512

Berlin/Bonn. Die deutschen Hochschulen sind bei internationalen Wissenschaftlern wegen ihrer attraktiven Forschungsbedingungen, einer ausgewogenen Gleichberechtigung und guten Arbeitsatmosphäre beliebt. Das ist das zentrale Ergebnis der „MIND"-Studie, die für Motivationen Internationaler Nachwuchswissenschaftler in Deutschland steht. Finanziert wurde sie vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Promovierte internationale Wissenschaftler waren zu ihren Entscheidungsmotiven, ihrer beruflichen und sozialen Integration sowie zu ihren Karriereabsichten befragt worden. Die Mehrheit der 1.500 befragten Wissenschaftler fühlt sich an den deutschen Universitäten wohl. Außerhalb der Hochschulen sieht das jedoch oft anders aus: Der Studie zufolge haben knapp 60 Prozent der Akademiker nur gelegentlich bis nie Kontakt zu Deutschen außerhalb des Arbeitsumfelds. Mehr als jeder Dritte bezeichnet sich, bezogen auf sein soziales Umfeld in Deutschland, als eher isoliert, woran auch ein längerer Deutschlandaufenthalt wenig ändert. „Die Willkommenskultur, die viele Hochschulen so erfolgreich etabliert haben, darf nicht im Labor und an der Campusgrenze Halt machen", mahnt Horst Hippler, Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK). Die Studie wurde von GATE-Germany, dem Konsortium für internationales Hochschulmarketing des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, und der HRK in Auftrag gegeben. | [AW]

Unter www.gate-germany.de ist die „MIND"-Studie unter dem Reiter „Publikationen und Studien" zu finden.

Bildungspolitik im Wahlkampf

Über Schule und Bildung lässt sich gemeinhin trefflich streiten. Dass Bildungsreformen bei Wahlen ein beliebtes Thema sind, wundert daher nicht. Ob wichtige Weichenstellung oder Reformflop – die Konsequenzen aus dem Handeln von Bildungspolitikern spüren ihre potenziellen Wähler: Schüler, Lehrkräfte, Studierende, Dozenten und Eltern. Doch können nachhaltige bildungspolitische Maßnahmen bei dem Tempo der Regierungswechsel überhaupt Bestand haben?

von Anika Wacker

Solidarität: Auch die Schülerschaft demonstrierte 2009 in Bonn gegen die Studiengebühren.

Die Liste bildungspolitischer Reformen in Deutschland ist lang. Bei vielen Maßnahmen wurde jedoch kurz nach ihrer Einführung schon von ihrer Abschaffung gesprochen: Ob Kopfnoten, Studiengebühren, G8/G9 oder das aus finanzieller Sicht bedeutsame Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern. Waren die Reformen nicht durchdacht? Was dominiert das Reformstreben von Bildungspolitikern: (wahl-)politische oder pädagogische Beweggründe? Auch Bundesbildungsministerin Johanna Wanka warnt vor einem zu häufigen Hin und Her bei Schulreformen und plädiert für mehr Kontinuität. „Wir brauchen Verlässlichkeit in der Schulpolitik. Das ist die Voraussetzung für nachhaltigen Erfolg“, sagte die Ministerin jüngst in der „Nordwest Zeitung“.

Kurze Halbwertszeit: Kopfnoten

Die viel diskutierten Kopfnoten standen in Nordrhein-Westfalen beispielsweise nicht lange auf den Zeugnissen. Die schwarz-gelbe Landesregierung hatte sie 2007 eingeführt, um das Sozialverhalten von Schülern in Form von Ziffernnoten bewerten zu lassen. Nach den Landtagswahlen 2010 kam Rot-Grün an die Regierung und machte sogleich die von ihrer Vorgängerregierung eingeführten Kopfnoten rückgängig: Statt Ziffernnoten sollte es eine schriftliche Beurteilung des Sozialverhaltens geben. Auch die bis dahin verbindlichen Lehrergutachten zur künftigen Schullaufbahn von Viertklässlern wurden abgeschwächt; sie haben seither nur noch empfehlenden Charakter. Die nächsten Landtagswahlen stehen 2017 an, vielleicht kommen dann auch die nächsten Reformen.

Zankapfel: Gemeinschaftsschule

Dass das Thema Bildung vor allem bei Landtagswahlen häufig ganz oben auf der politischen Agenda steht, zeigt auch das Beispiel Baden-Württemberg: Die grün-rote Regierung hatte in ihrer Amtszeit zwischen 2011 und 2016 einige Reformen im Bildungssektor vorgenommen: Sie führte unter anderem die Gemeinschaftsschule ein, schaffte die verbindliche Schulempfehlung ab und weitete das Ganztagsangebot aus. Die damals oppositionelle CDU machte das Thema Bildung zum zentralen Wahlkampfthema und argumentierte vehement gegen die Bildungspolitik von Grün-Rot. „Wir wollen die verfehlte Schulpolitik beenden“, versprach CDU-Spitzenkandidat Guido Wolf. Der bildungspolitische Sprecher der CDU, Georg Wacker, bezeichnete die Gemeinschaftsschule zudem Anfang 2015 als „pure Steuerverschwendung“. Doch die Landtagswahl im März 2016 führte ausgerechnet CDU und Grüne zu einer neuen Regierungskoalition zusammen. Trotz Skepsis gegenüber der Schulform schloss die CDU eine grundsätzliche Schließung der Gemeinschaftsschule aus und erwirkte lediglich eine Limitierung des Ausbaus.

Im Dezember 2006 diskutierten der damalige Bundespräsident Horst Köhler (2. v. r.) und der frühere hessische Ministerpräsident Roland Koch (r.) mit Studierenden über die im Bundesland Hessen ab 2007 beschlossenen Studiengebühren.

Einführung, Abschwächung, Abschaffung

Ein prominentes Politikum bundesweit waren die Studiengebühren. Aufwendig mit Hilfe des Bundesverfassungsgerichts 2005 durchgesetzt, sollten bis zu 500 Euro pro Semester der Verbesserung von Lehre und Studienbedingungen dienen. Doch sie entfachten, unabhängig von der politischen Begründung, eine breite gesellschaftspolitische Diskussion. Bereits vor seiner Amtszeit machte der spätere nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers klar: „Wir wollen, dass die Studierenden dann auch etwas von ihrer Hochschule verlangen können; deshalb Studiengebühren von Anfang an und für das gesamte Studium“, so der damalige CDU-Landesvorsitzende 2003 im Deutschlandfunk. Mit seinem Wahlsieg gab es unter Schwarz-Gelb ab 2006 in Nordrhein-Westfalen als einem der ersten Bundesländer Studiengebühren. Auch in Bayern verteidigten die Verantwortlichen trotz gesellschaftlicher Kritik die Gebühr: Der damalige bayerische Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch (FDP) beharrte darauf, dass Studiengebühren „sinnvoll und plausibel“ seien. „Ich hoffe, es bleibt auch so in Bayern“, so Heubisch 2009. Doch der Druck auf die Gebühren-Verfechter wurde größer >

Lesen Sie zum Thema auch den **Gastbeitrag von Dr. Ernst Rösner** auf der rechten Seite.

und die Stimmen aus den oppositionellen Reihen lauter. Die Folge: Ein Land nach dem anderen schaffte die zuvor mit so viel Nachdruck eingeführten Studiengebühren wieder ab – teilweise begleitet von Regierungswechseln in den Ländern. Im Wintersemester 2014/2015 wurden die Studiengebühren zuletzt in Niedersachsen abgeschafft. Dem Protest der Hochschulrektorenkonferenz widersprachen Politiker von SPD und CDU öffentlich: In zahlreichen Bundesländern hätten die Menschen Studiengebühren zu Recht eine Absage erteilt, erklärte Ernst Dieter Rossmann, Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe Bildung und Forschung im Bundestag. Die Behauptung, dass Studiengebühren die Grundfinanzierung der Hochschulen wesentlich verbessern könnten, sei „Augenwischerei“. Seit der Abschaffung der Gebühren ist das Erststudium an staatlichen Hochschulen in Deutschland wieder kostenlos, erneut unterstützt vom politischen Willen der Bundesländer.

Bildungsreformen gesellschaftlich erforderlich

Einhergehend mit gesellschaftlichen Veränderungen muss sich auch das Schul- und Bildungssystem weiterentwickeln – so viel steht fest. Dass dieser Prozess voller Herausforderungen steckt, zeigen beispielsweise die aktuellen Debatten um den Einsatz digitaler Medien in Klassenzimmern und die Bologna-Reform an den Hochschulen. Veränderte Ansprüche und Familienbilder schlagen sich zudem in den Erwartungen an frühkindliche Bildung und Betreuungsformen nieder. Das Thema nimmt daher auch politisch an Bedeutung zu. So betonte Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig 2014 mit dem Beschluss des Gesetzes zum Kita-Ausbau, die Bedürfnisse der Familien ernst zu nehmen. Mit politischen Maßnahmen wie dem „ElterngeldPlus“ und dem Kita-Ausbau stelle man „die Weichen für eine neue Qualität bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf“.

Die Familien- und Bildungspolitik muss auf sich wandelnde Lebenswirklichkeiten reagieren. Die Frage ist nur, in welchem Tempo politische Reformen notwendig sind. |

Meldungen

Deutsche Schule Prag gewinnt Wettbewerb „Jugend musiziert“

Musikunterricht an der Deutschen Schule Prag

Kassel. Schüler der Deutschen Schule Prag haben im Finale des 53. Musikwettbewerbs „Jugend musiziert“ (JUMU) in drei Kategorien gewonnen: Johanna Vocetková und Denisa Ivanovová belegten den ersten Platz in der Kategorie „Streichinstrumente“. Antonia Geitmann und Paulina Michal entschieden die Disziplin „Pop-Gesang Solo“ für sich. Alexander Geitmann und Sebastian Jacques siegten als bestes „Vokal-Ensemble“. Professor Reinhart von Gutzeit, Vorsitzender der Gesamtjury, freute sich über die stilistische Vielfalt des Wettbewerbs: „Wir sind begeistert, wie viele junge Musikerinnen und Musiker in der Kategorie ‚Alte Musik‘ teilnahmen. Erfreulich ist auch, wie die Pop-Musik bei ‚Jugend musiziert‘ heimisch geworden ist.“ Am Finale in Kassel nahmen im Mai 2.400 Jugendliche teil. 571 von ihnen wurden mit einem ersten Platz ausgezeichnet. Zuvor mussten sich die Schüler in drei Vorrunden qualifizieren. JUMU ist der größte Musikwettbewerb für die deutsche Jugend und wird seit 1963 ausgetragen. Schirmherr ist der deutsche Bundespräsident. | [BT]

Weitere Informationen zum Wettbewerb finden Sie unter:
www.jugend-musiziert.org

Gastbeitrag Dr. Ernst Rösner

Bildungsreformen: Nutzt die Politik Bildungsthemen für die eigene Profilierung?

Fraglos bieten Bildungsthemen ein großes Versuchungspotenzial zur politischen Profilierung, schließlich kann hier von einem besonders starken öffentlichen Interesse ausgegangen werden.

Das lässt sich am leichtesten durch Festhalten am vermeintlich Bewährten bedienen, was vor allem das kampagnenfähige Bürgertum goutiert. Der Respekt vor dieser Klientel kann zu absurden politischen Forderungen führen. „Das Gymnasium muss bleiben“, plakatierte die FDP im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf 2011. Dass jemand das Gymnasium abschaffen wollte, ist nicht überliefert.

Maßstab Elternwünsche?

Es wäre allerdings ein Fehler, solche rhetorischen Kniefälle vor einer bestimmten Klientel als Beitrag zur eigenen Profilierung zu verstehen. Die Verhältnisse sind leider komplizierter. Da gibt es die öffentliche und veröffentlichte Meinung von Eltern, deren Wünsche im Zweifel ignoriert werden. Beispiele sind das Festhalten am unpopulären achtstufigen Gymnasium oder die Unantastbarkeit des dysfunktionalen deutschen Bildungsföderalismus, gegen den es stark verbreitete Elternvorbehalte gibt. Dass die Mehrheit der Eltern keine Schulformaufteilung nach vier Grundschuljahren wünscht, spielt in der bildungspolitischen Agenda allenfalls eine Nebenrolle. Mit hinreichender Gewissheit sind das drei prominente Profilierungschancen, die von politisch Verantwortlichen gemieden werden. Es wäre indes ein heikles Unterfangen, Elternwünsche zum alleinigen Maßstab politischen Handelns zu machen. Wäre das der Fall, hätte es den Ausbau der Ganztagsschulen oder die Umsetzung der UN-Konvention zur Inklusion kaum gegeben.

Bildungsforschung und Politik

Noch schwerer als mit Elternwünschen tut sich die Bildungspolitik mit Befunden aus der Bildungsforschung. An Beispielen herrscht kein Mangel: Der Abbau herkunftsbedingter Bildungsungerechtigkeiten gelingt nur suboptimal, der Übergang von der Grundschule ins weiterführende Schulwesen ist zwar von erbrachten Leistungen abhängig, aber auch sehr stark von Willkür und Vorurteilen geprägt. Später kann sich der gewählte Bildungsgang als Falle erweisen, denn auch dies ist wissenschaftlich gesichert: Nach Herkunft und Kompetenz identische Kinder entwickeln sich abhängig vom Anspruchsniveau ihres Bildungsgangs. Schulformen und Einzelschulen seien eben „differenzielle Entwicklungsmilieus“, befand der frühere PISA-Chef Jürgen Baumert bereits 2002. Hat das jemand zur politischen Profilierung herangezogen?

Es gibt wie so oft keine einfachen Antworten. Ausgeprägt erscheint die Neigung, mutige Entscheidungen zu vermeiden, an getroffenen Entscheidungen beharrlich festzuhalten oder Zuständigkeiten zu verlagern – so entscheiden beispielsweise die Schulträger über Schulstrukturreformen. Das lässt sich dann im politischen Geschäft als Verlässlichkeit oder Kontinuität verkaufen. Problemlösungskompetenz sieht anders aus. |

Dr. Ernst Rösner arbeitete bis zu seiner Pensionierung als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Schulentwicklungsforschung der TU Dortmund. Bereits 1989 prognostizierte er in seinem gleichnamigen Buch den „Abschied von der Hauptschule“. 2006 entwickelte er für Schleswig-Holstein das Konzept der Gemeinschaftsschule. Aufmerksamkeit fand 2014 sein im Auftrag des Verbands Bildung und Erziehung Nordrhein-Westfalen erstelltes Gutachten über die Schullandschaft NRWs, das bildungspolitische Handlungsnotwendigkeiten aufzeigte.

Zielsprache Deutsch

Prof. Dr. Christiane von Stutterheim, Leiterin des Instituts für Deutsch als Fremdsprachenphilologie an der Universität Heidelberg, begrüßte die Teilnehmer des Kongresses.

„Deutsch lehren lernen“, „Sprache durch Kunst“, „Begleitforschung und Qualitätssicherung“: Die Agenda des internationalen Fachsymposiums CLILiG GLOBAL 2016 umfasste eine große Bandbreite an Themen zum fach- und sprachintegrierten Lernen auf Deutsch.

von Stefany Krath

„Content and Language Integrated Learning in German“, kurz CLILiG, ist in Fachkreisen ein durchaus gebräuchlicher Begriff und ein spannendes Thema, über das rund 70 geladene Experten der Fremdsprachenbildung Anfang Juli im Internationalen Wissenschaftsforum der Universität Heidelberg diskutierten. Sie waren aus über 20 Ländern angereist, um sich über innovative Wege und Werkzeuge für integriertes Sprachen- und Fächerlernen auf Deutsch auszutauschen. Das Fachsymposium bildete den Abschluss des INNOCLILiG-Projekts, einer vom Auswärtigen Amt geförderten dreijährigen Dokumentationsstudie.

Mit dem Fachsymposium werde „eine bisher einmalige internationale Dokumentationsstudie zu schulisch-universitären Lernumgebungen des Deutschen abgeschlossen, in denen das Deutsche nicht nur als Zielsprache im Sprachunterricht, sondern auch als Arbeitssprache in anderen Fächern und Disziplinen gelehrt und gelernt wird“, zieht Kim Haataja, Initiator des weltweiten Entwicklungsprojekts, ein positives Fazit. Für den finnischen Sprachforscher entspricht das durchaus den internationalen Trends der Sprachbildungspolitik, die in den Rahmencurricula einiger Länder bereits verankert sind.

Gemeinsamer Austausch

Für viele war das Symposium auch ein Startschuss: für weitere internationale Kooperationen bei der Entwicklung von Lehr-, Lern- und Diagnosematerialien, der Bereitstellung internationaler Angebote zur Qualifizierung von Lehrkräften und der Systematisierung der wissenschaftlichen Begleitforschung. Zu diesen drei Bereichen wurden Workshops durchgeführt, in denen nicht nur Erfahrungen ausgetauscht, sondern gemeinsam weitere Perspektiven entwickelt wurden. „Gerade dieser Informationsaustausch und die gemeinsame Planung der Weiterarbeit waren für mich von großem Wert“, stellte Jo Sanders fest, die Gründerin der Rilke-Schule in Anchorage, Alaska. „In der Regel arbeiten wir vor Ort doch sehr isoliert, von daher trägt diese Konferenz sicherlich auch zur wichtigen Netzwerkarbeit bei.“

Interessierte können sich auf der Website von **INNOCLILiG http://innoclilig.uta.fi/** informieren. Im Werkzeugkasten findet sich eine Unterrichtsreihe zu Kunst im Deutsch-als-Fremdsprache-Unterricht unter: www.dw.com/de/kunst-im-daf-unterricht-eine-unterrichtsreihe/a-19277234

Positiv äußerte sich auch Benjamin Hedzic, Vorstandsmitglied des Internationalen Deutschlehrerverbands und Leiter der einzigen bilingualen Schule in Sarajevo, Bosnien und Herzegowina: „Für uns ist die während der Konferenz geleistete Arbeit von besonderer Bedeutung, da das Symposium das integrierte Lernen in Sprache und Fach deutlich in den Fokus der gegenwärtigen didaktischen Situation gerückt hat.“

Aus der Praxis für die Praxis

Während der INNOCLILiG-Dokumentationsstudie wurden auch praktische Werkzeuge und Methoden entwickelt, die zu umfangreicheren Materialreihen, teilweise per Videodokumentation, ausgebaut und auf der Internetseite der Deutschen Welle – dem Hauptsponsor der Fachtagung – veröffentlicht wurden. „Die Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien zu CLILiG ist ein wichtiger Bestandteil des Projekts“, so Dr. Rainer E. Wicke, Mitinitiator der Dokumentationsstudie und langjähriger Koordinator für Fortbildung der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA). „Aufgrund ihrer hohen Arbeitsbelastung kann man die Lehrer mit der Materialentwicklung nicht allein lassen.“ Wicke sieht in der Verzahnung von Wissenschaft und schulischer Praxis einen weiteren wichtigen Aspekt. Auch bildungspolitisch habe sich die Projektarbeit bereits ausgewirkt, „indem der Stellenwert der deutschen Sprache im internationalen Kontext an Gewicht und Bedeutung zugenommen hat“. „Außerdem ist uns die Netzwerkbildung zwischen Institutionen und Personen sehr wichtig“, erklärte Wicke weiter, „denn gerade im Bereich von CLILiG sind Synergiebildungen zwischen den Beteiligten und ihren Häusern wichtig.“

Der Veranstaltungsort wurde von den Initiatoren bewusst gewählt, denn bereits vor gut 15 Jahren war dort am Institut für Deutsch als Fremdsprachenphilologie (IDF) eine umfangreiche Dissertationsarbeit zu fach- und sprachintegriertem Lernen auf Deutsch verfasst worden. „Inzwischen ist das Thema nicht nur aus fremdsprachendidaktischer oder sprachenbildungspolitischer Sicht relevant, sondern auch gesamtgesellschaftlich“, erläutert Kim Haataja. Durch den demografischen Wandel komme nun zur Förderung von Deutsch als Fremdsprache im Ausland die Förderung von Deutsch als Zweit-, Schul- und Bildungssprache in deutschsprachigen Ländern und Bildungssystemen hinzu. „Unser erklärtes Ziel ist es, die wissenschaftliche Begleitforschung dazu zu systematisieren, um auch neuartige Synergieentwicklungen zwischen Deutsch als Zweit- und Deutsch als Fremdsprache zu erlangen“, so der Wissenschaftler. |

2015 erschien im Rahmen von INNOCLILiG die Publikation **„Sprache und Fach – Integriertes Lernen in der Zielsprache Deutsch“**. Der Arbeitsbegriff für CLILiG lautet in der ZfA Deutschsprachiger Fachunterricht (DFU).

Meldungen

Niedersachsen stärkt DSD

Hannover. Im Schuljahr 2016/2017 können Schüler an bis zu 46 allgemeinen und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen das Deutsche Sprachdiplom (DSD) der Kultusministerkonferenz Stufe I ablegen. Das sind 13 Schulen mehr als im vergangenen Schuljahr. Zugewanderte Jugendliche können ihre neu erworbenen Deutschkenntnisse zertifizieren lassen, in der Regel auf dem Niveau B1. „Mit dem Sprachdiplom wird die sprachliche Erstintegration gefördert und durch den Nachweis elementarer Sprachkenntnisse die Chance auf eine Berufsausbildung gefördert“, sagt Niedersachsens Kultusministerin Frauke Heiligenstadt. Insgesamt haben sich 2016 in Niedersachsen 329 Jugendliche aus 50 verschiedenen Ländern für die Prüfung angemeldet. Die größten Prüflingsgruppen kamen aus Syrien und Afghanistan. Niedersachsen gehörte 2014 nach Berlin und Hessen zu den ersten Bundesländern, die das DSD für zugewanderte Jugendliche einführten. Heiligenstadt betonte, dass mit der Ausweitung des DSD ein „wichtiger Baustein im umfangreichen Paket schulischer Sprachfördermaßnahmen“ gestärkt werde. Die Schulen profitieren zudem, weil die verantwortlichen Lehrkräfte zu Prüfern fortgebildet werden und so Kenntnisse in Deutsch als Zweit- und Fremdsprache erlangen. | [AO]

d*** Deutsches Sprachdiplom der Kultusministerkonferenz

Meldungen

Weniger Hauptschulen, mehr Gesamtschulen

Wiesbaden. In den letzten zehn Jahren sind vier von zehn Hauptschulen in Deutschland geschlossen worden. Keine andere Schulart war laut Statistischem Bundesamt so stark von Schließungen betroffen. Während zwischen 2004 und 2015 auch nahezu ein Viertel der deutschen Realschulen ihren Betrieb einstellten, entstanden mehr als doppelt so viele Integrierte Gesamtschulen (+144 Prozent). Anfang letzten Jahres gab es in der Bundesrepublik damit 33.600 allgemeinbildende Schulen, das sind rund 5.500 weniger als 2004/2005. Auch die Schülerzahlen nahmen in diesem Zeitraum deutschlandweit um 13 Prozent ab. Die Erhebung von Destatis bestätigt zudem die viel diskutierte Tatsache, dass immer mehr junge Menschen eine Hochschulreife anstreben: Im Schuljahr 2014/2015 besuchten 24 Prozent mehr Schüler einen allgemeinbildenden Bildungsgang im Sekundarbereich II als zehn Jahre zuvor. | [AP]

Weitere statistische Kennzahlen bietet die Publikation „Schulen auf einen Blick“ unter: **www.destatis.de**

Impressum

Herausgeber
Dr. Boris Menrath (v.i.S.d.P.) im Auftrag des Auswärtigen Amts, Berlin, und des Bundesverwaltungsamts, Köln – Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA)
E-Mail: belgrad@auslandsschulwesen.de
www.auslandsschulwesen.de
www.facebook.com/auslandsschulwesen

Koordination
Bettina Meyer-Engling (ZfA)

Redaktionelles Konzept
die-journalisten.de GmbH
Lichtstr. 43 H, 50825 Köln
E-Mail: redaktion@die-journalisten.de
www.die-journalisten.de

Chefredakteurin
Stefany Krath [SK]

Leitende Redakteurin
Anna Petersen [AP]

Redaktion
Johanna Böttges [JB], Anika Wacker [AW], Anne Odendahl [AO], Bettina Taylor [BT], Pia Behme [PB]

Gastautoren dieser Ausgabe
Dr. Helmut Meißner, Dr. Ernst Rösner, Alyona Gula

Redaktioneller Beirat
Yvonne Büscher, Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder, Referat Auslandsschulen; Ulrike Kunert, Auswärtiges Amt, Referat 605, Deutsche Auslandsschulen und Sport; Dr. Boris Menrath, Leiter des Regionalbüros Südosteuropa

Wissenschaftlicher Beirat der ZfA
Vorsitzender: Prof. Dr. Hermann Funk
E-Mail: hermann.funk@uni-jena.de

Gestalterisches Konzept, Layout & Satz
coplanar design GmbH
Lichtstr. 49, 50825 Köln
E-Mail: kontakt@coplanar.eu
www.coplanar.eu

Art Direction, Layout
Christiane G. Schmidt, Sabrina Gielessen, Anne Böhm

Korrektorat
Diethelm Kaminski, Kirsten Skacel

Bildnachweis
Titelbild iStock©indukas; S. 6–7, 14 die-journalisten.de GmbH; S. 8 o., 22, 26, 28, 57, 61 o. und M., 62 privat; S. 8 u. Deutsche Botschaft Sofia/Presse- und Kulturreferat; S. 10 iStock©vm; S.11 l. HRK/Lichtenscheidt; S. 11 r. DPhV; S.13 Michael Zapf; S. 15 DS Guayaquil; S. 18 DIHK/Paul Aidan Perry; S. 19 Warren Markley; S. 20/21 iStock©Ridofranz; S. 20/21, 25 Icons: iStock©enotmaks; S. 24 iStock© kupicoo; S. 25 Marcel Wargowski/Bundesverwaltungsamt; S. 27 iStock©Christopher Futcher; S. 29 iStock©Rene Mansi; S. 30 iStock©Pamela Moore; S. 31 PASCH-net; S. 31 u. l. iStock©3D_generator; S. 32 o. iStock©Goodluz; S. 33 iStock©omgimages; S. 34 AgVDK „Wiedergeburt“; S. 35 Berna Budur/Gymnasium Nr. 46; S. 36 Deutsche Telekom Stiftung; S. 38/39 o. iStock© Sjoerd van der Wal; S. 39 u., 42 DISDH; S. 40 Friederike Tiemersma; S. 41 iStock©chokkicx und iStock©PeterHermesFurian; S. 43 Stefanie Richter; S. 44 DS Moskau; S. 45 iDS Brüssel; S. 46–47 WDA/Jan Michalko; S. 48 David Ausserhofer; S. 49 DS Athen; S. 50 DS Tokyo Yokohama; S. 51 Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen; S. 52 o. St. Kilian’s DS Dublin; S. 52 u. Ole Dahnke; S. 54 Hans Weingartz; S. 55 Bundesregierung/Guido Bergmann; S. 56 DS Prag; S. 58 IDF Universität Heidelberg; S. 59 o. Hueber Verlag; S. 60 iStock©shironosov; S. 61 u. shutterstock©Designer things

Gesamtherstellung und Druck
Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG
Sontraer Str. 6, 60386 Frankfurt am Main
E-Mail: hans-juergen.ehrhardt@zarbock.de
www.zarbock.de

Rechtlicher Hinweis
Beiträge von Gastautoren geben nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber wieder. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Fremdbeiträge redaktionell zu bearbeiten.

Die **BEGEGNUNG** enthält Verknüpfungen zu Websites Dritter. Für die Inhalte ist der jeweilige Anbieter der verlinkten Website verantwortlich. Rechtswidrige Inhalte waren zum Zeitpunkt der Verlinkung nicht erkennbar.

Im Magazin **BEGEGNUNG** wird die männliche Form stets generisch gebraucht und bezieht folglich die weibliche Form mit ein.

Schreibtischwechsel

Malaysia

Die Deutsche Schule Kuala Lumpur leitet seit August **Dr. Ulrich Mayer.** Der Mathematik- und Physiklehrer promovierte in mathematischer Logik und arbeitete im Laufe seiner Karriere als Lehrer ebenso wie zeitweise als Consultant in der Unternehmensberatung. Zuletzt war er neun Jahre Schul- und Gesamtleiter der Schloss-Schule Kirchberg, einem staatlich anerkannten Gymnasium mit Internat in Baden-Württemberg. Ulrich Mayer hat sich für den Auslandsschuldienst entschieden, weil er Schule in „einem anderen kulturellen Kontext erleben und gestalten“ und seinen Blick auf politische und gesellschaftliche Zusammenhänge „über meinen europäisch zentrierten Tellerrand hinaus“ erweitern möchte. Der verheiratete Vater von zwei Kindern wünscht sich in seiner neuen Position „spannende Herausforderungen, interessante Gestaltungsmöglichkeiten und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit einer lebendigen Schulgemeinde“.

Zuvor leitete **Dr. Wolfgang Munzinger** die Deutsche Schule in der malaysischen Hauptstadt.

Mexiko

Neue Leiterin der Deutschen Schule Mexiko-Stadt, Lomas Verdes ist seit dem 1. Oktober **Edeltraud Smolka.** Sie möchte dort „neue Erfahrungen beruflich sowie privat sammeln“. Die Lehrerin mit der Fächerkombination Deutsch und Geschichte mit Gemeinschaftskunde leitete zuvor die Gewerbliche Schule im baden-württembergischen Bad Mergentheim. Edeltraud Smolka hat unter anderem Erfahrung in der Fortbildungskonzeption und -leitung, ist Ausbildungslehrerin für Studierende und Auszubildende sowie Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands des Berufsschullehrerverbands Baden-Württemberg. An ihrer neuen Position im Ausland reizt sie „die Verbindung der mexikanischen und deutschen Kultur“ sowie die „122-jährige, lebendige Tradition“ der Deutschen Schule: „Mein Beitrag könnte sein, Bewährtes zu bewahren, die Schule zusammen mit anderen pädagogisch weiterzuentwickeln und impulsgebend zu wirken. Dazu möchte ich meine Kompetenzen, Fähigkeiten sowie mich als Person einbringen.“

Smolkas Vorgänger in Mexiko-Stadt war **Ulrich Gibitz**, der im Anschluss Gründungsrektor der deutschen Schule Nikolaus Kopernikus in Panama-Stadt wird. Mit Blick auf seine neue Position freut er sich auf „die Gründung und den Aufbau einer Schule für das 21. Jahrhundert“. Bereits in der Vergangenheit sammelte der Deutsch- und Englischlehrer zahlreiche Auslandserfahrungen, beispielsweise als Lehrer in Peru, China und Laos sowie als Schulleiter in Ecuador. Ulrich Gibitz arbeitete zudem unter anderem als Fachberater für Deutsch als Fremdsprache, Prüfungsbeauftragter des BLASchA, Ausbilder und Referent im Ministerium.

Voraussichtlich ab Mitte Dezember leitet **Martin Klauer** den Campus Xochimilco der Deutschen Schule Mexiko-Stadt. Der verheiratete Vater eines Sohnes ist Lehrer für Mathematik, Physik und Ethik und absolvierte einen Master of Arts in Schulmanagement. Der diplomierte Technomathematiker hofft, „dass sich unser erster äußerst positiver Eindruck von der Schule und den Menschen in den folgenden Jahren in Mexico-City vertieft“. Zuvor war Martin Klauer stellvertretender Schulleiter der IGS Emmelshausen in Rheinland-Pfalz. Nun geht er ins Ausland, weil „sich durch glückliche Umstände diese Möglichkeit kurzfristig eröffnet hat, wir ohnehin mittelfristig als Familie den Auslandsschuldienst in unseren Planungen hatten und unser erster einwöchiger Besuch in Mexico-City meiner Familie und mir hervorragend gefallen hat“.

Bisher ist **Sonja Irmler de Garcia** kommissarische Leiterin der Deutschen Schule Mexiko-Stadt, Xochimilco.

Vorschau

Die BEGEGNUNG 1-2017 mit dem Schwerpunktthema „Auslandsschulwesen international“ erscheint im Februar 2017.

Die Gewinnerin der Schülerkolumne „Wertevermittlung“

Der Mensch des 21. Jahrhunderts – pragmatisch, praktisch, gut?

Das 21. Jahrhundert: Unzählige Möglichkeiten stehen dem Menschen zur Verfügung, und die Welt entwickelt sich rücksichtslos. Schritt für Schritt verändern sich auch die Werte der Gesellschaft – das betrifft auch meinen Alltag:

Ich gehe zur Schule und treffe meine Mitschüler, die das neueste Handy und die teuersten Sportschuhe besprechen.

Später gehe ich nach Hause und sehe meinen blinden Nachbarn, der sich mühevoll um seinen kleinen Garten vor dem Eingang kümmert.

Danach surfe ich im Internet, wo per Kommentarfunktion besprochen wird, wie viel das Kleid eines Medienstars für den roten Teppich gekostet hat. Ein Teil der Leser ist fasziniert, ein anderer Teil bedauert das eigene Leben ohne ein solches Kleid.

Schließlich schalte ich den Fernseher an und sehe abgemagerte Kinder in Schwellenländern, die trotz ihrer Situation nicht komplett von ihrem Leben enttäuscht sind.

Am Ende des Tages stellen sich mir zwei ewige Fragen, die mein Verständnis von der Welt zerbrechen: Was ist mit unserer Gesellschaft los? Und warum haben wir so unterschiedliche Wertvorstellungen?

Mir scheint, dass jede soziale Gruppe ihre eigenen Wertvorstellungen hat. Ihr glaubt, dass es früher auch so war? Nein, denn heutzutage sieht sich jeder als soziale Gruppe, die nur aus ihm selbst besteht. Ein Großteil der Menschen ist so geld-, karriere- und erfolgsstrebend geworden, dass Leute wie mein Nachbar sogar belacht werden. Ist der moderne Mensch des 21. Jahrhunderts pragmatisch oder hat er einfach kein Herz?

Auch für das Heft 2-2017 freuen wir uns auf die Einsendung von Schülerkolumnen, diesmal zum Thema **Berufswahl**. Einsendeschluss ist der 1. Februar.

Alyona ist 18 Jahre alt und ein optimistischer, lustiger Mensch, was, aus ihrer Sicht, „mein Leben leichter macht“. Außerdem ist sie ihr wichtigster und mitleidlosester Kritiker, weil sie sich immer weiterentwickeln möchte. Da sie später einmal professionelle Journalistin werden will, versucht sie schon jetzt, beispielsweise Artikel zu schreiben und „meine Weltanschauung in verschiedenen Bereichen zu verbreiten“.

Doch, und manchmal ist es größer, als wir uns vorstellen können. Jedes Kind wird mit einem Herzen geboren, aber von seinem Geburtstag an beginnt die signifikanteste Aufgabe der Eltern: Es hängt von ihnen ab, ob ihr Nachwuchs ein hartherziger Mensch ohne Toleranz, Empathie und Menschlichkeit sein wird. Bis zum sechsten Lebensjahr liegt diese Verantwortung auf den Schultern der Eltern, danach übernimmt auch die Schule einen Teil: Lehrer sollen nicht nur Lernstoff, sondern auch Werte vermitteln. Sie arbeiten mit Schülern in einem Alter, in dem man beginnt, nach Vorbildern zu streben und Lebensweisen zu suchen.

Solange sich das Verhalten des Menschen zur Arbeit, zur Umwelt und schließlich zu seinen Mitmenschen nicht ändert, kann man das gewünschte Ergebnis kaum erreichen! |

von Alyona Gula
11. Klasse der DSD-Schule Akademisches Lyzeum Nr. 2 bei der Weltsprachenuniversität, Taschkent, Usbekistan

Drei weitere ausgewählte Kolumnen bietet die App zur BEGEGNUNG.

Bundesverwaltungsamt
– Zentralstelle für das Auslandsschulwesen –

ZfA
Deutsche Auslandsschularbeit International

Mehr Service. Mehr Hintergrund. Mehr BEGEGNUNG.

Lesen Sie die BEGEGNUNG jetzt auch als digitales Magazin mit vielen zusätzlichen Features auf Ihrem Tablet, Smartphone oder E-Reader.

Laden Sie einfach unsere App herunter und seien Sie noch näher dran an der Welt der Auslandsschulen und des Bildungswesens.

Mehr Informationen unter www.auslandsschulwesen.de/e-begegnung

www.auslandsschulwesen.de
Tel.: 02 28 99 / 358 - 86 53, E-Mail: ZfA@bva.bund.de

Aus Hamburg in die Welt

Ihr Lieferant für Deutsche Schulen im Ausland.

Unsere Kunden in Deutschland und der ganzen Welt

- Kindergärten
- Schulen
- Universitäten
- Bibliotheken
- Kultureinrichtungen
- Buchhändler
- Sprachschulen
- Zentralstelle für das Auslandsschulwesen

Unser Sortiment

umfasst Schulbücher, Bibliotheksbücher und Lehrmittel aller Verlage und Lehrmittelhersteller und deckt den kompletten Bedarf Internationaler Bildungseinrichtungen in allen Lehrbereichen ab.

Bücher • Lehrmittel • Möbel Einrichtungsgegenstände

Möbel und Einrichtungsgegenstände für

- Klassenräume und Lehrerzimmer
- Verwaltungsräume
- Kindergärten
- Bibliotheken und Turnhallen
- Aulen und Hörsäle
- Computerräume und Mensen
- Naturwissenschaftliche Unterrichtsräume

Unser Service übernimmt für Sie

– Die Kommunikation mit allen Verlagen und Herstellern
– Die Sortierung der Waren nach Ihren Wünschen
– Den Versand aller Waren in einer einzigen Sendung
– Auf Wunsch die Lieferung der Waren direkt an Ihre Schule
– Bequeme Nachlieferungen auf dem schnellsten Weg

Bitte forden Sie uns zu einem kostenlosen Vergleichsangebot auf, wir erstellen Ihnen gerne eine Offerte.

Alles aus einer Hand

knickmann

GEORG H. KNICKMANN

Rahlau 4-6 • D-22045 Hamburg • Telefon +49 - 40 - 44 15 55 • Fax +49 - 40 - 44 63 45
info@schul-knickmann.de • www.schul-knickmann.de • www.buch-knickmann.de